

# **Umwelt, Konflikt und Prävention. Eine Rolle für Unternehmen?**

**Endbericht**

**Teilbericht F+E Vorhaben Nr. 903 19 226**

**Moira Feil, Aike Müller, Alexander Carius**

**Im Auftrag des  
Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit**

Oktober 2005

**Umwelt, Konflikt und Prävention.  
Eine Rolle für Unternehmen?**

**Endbericht**

**Teilbericht F+E Vorhaben Nr. 903 19 226**

**Moira Feil, Aike Müller, Alexander Carius**

**Oktober 2005**

**Adelphi Research gGmbH**  
Caspar-Theyß-Straße 14a  
D – 14193 Berlin

**Fon** +49-30-8900068-0  
**Fax** +49-30-8900068-10  
**E-Mail** [office@adelphi-research.de](mailto:office@adelphi-research.de)  
**Internet** [www.adelphi-research.de](http://www.adelphi-research.de)

© Adelphi Research 2001-2005

## Zusammenfassung

In diesem Forschungsvorhaben wird die Rolle unternehmerischen Handelns als Beitrag zur Förderung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung in Konflikten und Krisen untersucht. Das Forschungsvorhaben wurde von Adelphi Research in Zusammenarbeit mit der oekom research AG in München im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit durchgeführt. Um die Rolle der Wirtschaft und hier vorrangig die der deutschen Unternehmen im Kontext von umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten zu erfassen, wurden drei grundsätzlich verschiedene Forschungsansätze verfolgt:

1) eine Analyse internationaler Verhaltenskodizes; 2) eine Branchenanalyse anhand von Daten des Nachhaltigkeitsratings von oekom research und 3) eine Analyse von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public-Private Partnerships, PPP) als mögliches Instrument staatlicher Förderung zur Verhaltenssteuerung in umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten. Zur Analyse der Erwartungen, Strategien und Verhaltensweisen von Unternehmen in umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten wurden teilstrukturierte persönliche Interviews mit 12 Unternehmensvertretern großer deutscher Unternehmen sowie einem Industrieverbandsvertreter geführt. Neben den zusammengefassten Ergebnissen der Studie werden im Fazit konkrete Ansätze zur Weiterentwicklung der einzelnen Forschungsansätze sowie der Thematik insgesamt aufgezeigt.

### 1) Verhaltenskodizes

Im Kontext der Debatte über Corporate Social Responsibility (CSR) gehören vor allem Verhaltenskodizes (Codes of Conduct - CoC) zu den Instrumenten, die das Interesse der Wirtschaft an bestimmten CSR-Themen unterstreichen, da sie von den Unternehmen selbst formuliert und implementiert werden. Anhand bestehender Voruntersuchungen und Studien wurde aus der Vielzahl der Codes of Conduct eine Vorauswahl getroffen und im Hinblick auf ihre Behandlung von Gewaltkonflikten sowie nach ihren Umsetzungs- und Prüfmechanismen untersucht. Wie diese Studie verdeutlicht, haben von den ausgewählten 15 CoC nur vier einen direkten Bezug zu Konflikten. Die identifizierten einschlägigen Verhaltenskodizes unterscheiden sich jedoch im Grad ihrer Konkretisierung und Reichweite hinsichtlich des unternehmerischen Handelns. Nur ein Code behandelt explizit ressourcen- und umweltbezogene Konflikte. Es handelt sich hierbei um einen Modellkodex, der von der Konföderation der norwegischen Unternehmen und Industrie (NHO) zusammen mit dem Friedensforschungsinstitut Oslo (PRIO) entwickelt wurde. Die anderen drei Verhaltenskodizes (Global Compact, US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights und UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights) erfassen zwar das Unternehmensverhalten gegenüber Gewaltkonflikten, behandeln aber Konflikte nicht explizit unter dem Gesichtspunkt von Umwelt- und Ressourcendegradation.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass der überwiegende Teil der Verhaltenskodizes nur bedingt relevante Konflikt determinanten behandelt. In den Interviews wurde zudem bestätigt, dass der Konflikttyp „Umwelt- und Ressourcenkonflikt“ keine für Unternehmen selbständige

Kategorie darstellt und für Unternehmen im Rahmen der Krisenvorsorge oder des Risikomanagements nur schwer zu operationalisieren ist. Gleichzeitig zeigte sich in den Interviews, dass deutschen Unternehmen im Rahmen ihrer Managementsysteme zur Umsetzung von CSR Kriterien oder im Rahmen ihres Risikomanagements vor allem an der Minimierung oder Vermeidung von Reputationsrisiken gelegen ist. Dies gilt insbesondere für börsenorientierte Kapitalgesellschaften. Darüber hinaus orientieren sich die deutschen Unternehmen nicht zwangsläufig an internationalen (Branchen) Kodizes, sondern greifen auf ein breites Spektrum unternehmensspezifischer Verhaltenskodizes zurück.

Neu in der Debatte über die Entwicklung und Anwendung von Verhaltenskodizes ist die Frage der Anwendung und deren Kontrolle in den Unternehmen – und zwar bezogen auf den gesamten Produktionszyklus, der die Kette der Zulieferer einschließt. Nicht nur in der ressourcenintensiven extraktiven Industrie befinden sich Zulieferer oftmals in weniger regulierten Märkten mit niedrigen Umwelt- und Sozialstandards. Diese Herausforderung haben zahlreiche – auch deutsche - Unternehmen aufgegriffen. Von den interviewten deutschen Unternehmensvertretern gehören hierzu die Energieversorger sowie die Automobil- und Tourismusbranche. Jedoch ist dieser Prozess der Ausweitung des Geltungsbereichs von Verhaltenskodizes auf die gesamte Zulieferkette derzeit nicht transparent, weil Unternehmen hier Neuland betreten. Die Sozial- und Umweltstandards auch auf die Zulieferer auszuweiten birgt jedoch großen Gestaltungsspielraum für die Unternehmen, Branchenverbände, beratende Einrichtungen und Zivilgesellschaft, diese Verhaltenskodizes gerade für Unternehmensteile und Zulieferer in Entwicklungs- und Transformationsländern konfliktensibel zu gestalten. Durch einen frühzeitigen Austausch zwischen interessierten Unternehmen oder Branchenverbänden mit Experten der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie Konfliktforschern und –beratern, könnte einerseits der Privatsektor bei der Erweiterung der Verantwortlichkeit unterstützen und andererseits die CSR Ansätze entsprechend konfliktensibel gestaltet werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Frühstadiums dieser Debatte und konkreter Unternehmensstrategien scheint eine prozeßbegleitende Forschung in Kooperation mit den Unternehmen sinnvoll. Dieser Ansatz könnte anhand konkreter Fallbeispiele Chancen und Restriktionen der Ausweitung von Verhaltenskodizes aufzeigen sowie ihre Anwendung und Kontrolle der Einhaltung prüfen bzw. verbessern. Prozessbezogene Forschung erlaubt gleichzeitig ein Lernen zwischen den Unternehmen sowie staatlichen und weiteren nicht-staatlichen Akteuren.

## **2) Branchenanalyse & Nachhaltigkeitsrating**

Die Analyse der Branchen Öl und Gas, Bergbau und Metalle, Finanzdienstleister sowie der DAX 30 Unternehmen erfolgte anhand von Daten aus dem Nachhaltigkeitsrating von oekom research. Die Analyse konzentrierte sich aber vor allem auf die von oekom research erfassten sozio-kulturellen Kontroversen und Umweltkontroversen. Dieser Indikator schien besonders geeignet, um das tatsächliche Verhalten von Unternehmen und Branchen im Hinblick auf umweltbezogene Konflikte bewerten zu können. Neben Verstößen gegen geltendes Recht, Protesten gegen kontroverse Investitionen und mangelnde Partizipations-

möglichkeiten bei Investitionsentscheidungen erlauben diese Indikatoren auch Lernprozesse der Unternehmen abzubilden.

Die Branchenanalyse zeigt, dass nur die Branchen Öl und Gas sowie Bergbau und Metalle einen direkten Bezug zu tatsächlichen ressourcenbezogenen Gewaltkonflikten haben. Diese Branchen stellen insofern eine Ausnahme dar, als das für sie der Konflikttyp „Ressourcenkonflikt“ eine unmittelbare Bedeutung im unternehmerischen Handeln hat. Die von oekom erfassten deutschen Finanzdienstleister und DAX 30 Unternehmen haben hingegen nur einen indirekten Bezug zu Konflikt determinanten. Dies betrifft insbesondere die Aspekte Menschenrechte, Transparenz, Beteiligung und Umweltstandards. Insbesondere die Finanzdienstleister (Banken wie Versicherungen) berücksichtigen bei der Kreditfinanzierung von Projekten (meistens im Verbund mit anderen Finanzinstitutionen) hinreichend soziale und ökologische Kriterien und orientieren sich hierbei an den Equator-Principles, die alle wichtigen deutschen Banken unterzeichnet haben und bei der Kreditvergabe einbeziehen.

In den Interviews mit Vertretern von Banken, Versicherungen, Energieversorgern, Automobilherstellern sowie der Tourismus- und Chemiebranche zeigte sich, dass die Branchen sehr unterschiedliche Ansätze verfolgen, indirekte konfliktrelevante Aspekte in ihren Unternehmensaktivitäten zu berücksichtigen und deren Umsetzungen (in den jeweiligen Unternehmen und hinsichtlich der Zulieferkette) unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Die Relevanz von Umwelt- und Ressourcenkonflikten sowie Gewaltkonflikten für deutsche Unternehmen scheint jedoch an Bedeutung zu verlieren, da deutsche Unternehmen sich ohnehin aus Märkten in Krisen- und Konfliktregionen und risikoreichen Projekten zurückziehen. Dies trifft beispielsweise für deutsche Unternehmen in der Berg- und Schachtbaubranche zu, die sich aus Angola und Mosambik zurückgezogen haben. Eine ähnliche Tendenz lässt sich im deutschen Bankensektor beobachten, in dem sich deutsche Finanzinstitute aus der Projektfinanzierung in Transformations- und Entwicklungsländern bzw. konkret aus Krisenregionen zunehmend zurückziehen.

In den Interviews wurde seitens der Unternehmensvertreter die Bedeutung von Nachhaltigkeitsratings für Unternehmen allgemein hervorgehoben und die Notwendigkeit der Kommunizierung der Inhalte der Ratings im Unternehmen unterstrichen. Nachhaltigkeitsratings sind keine Primärmotivation für verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen, sie tragen aber einen Teil zum ‚Reputationsmosaik‘ des Unternehmens bei. Daher können Nachhaltigkeitsratings grundsätzlich zur Vermittlung des Themas „Umwelt- und Ressourcenkonflikte“ in Unternehmen beitragen. Einige Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (wie etwa GTZ, DEZA, SIDA oder USAID) haben in den vergangenen Jahren erste Erfahrungen mit der systematischen Konfliktanalyse und Konfliktfolgenabschätzung im Rahmen ihrer Conflict Mainstreaming Strategien gewonnen und entsprechende Indikatoren entwickelt, die auch für die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsratings angewandt werden könnten. Die Weiterentwicklung der Methodik des Nachhaltigkeitsratings und die Bedeutung für Unternehmensentscheidungen und –prozesse erfordert jedoch weitere Forschungsanstrengungen, insbesondere hinsichtlich der Einbeziehung weiterer Ratingansätze anderer Agenturen sowie die Ausweitung einer solchen Untersuchung auf multinationale Konzerne. Um die Rolle der Ratings für Unternehmensentscheidungen weiter zu entwickeln, ist darüber

hinaus ein Dialog zwischen Rating Agenturen, Banken und Versicherungen auf der einen Seite und Experten aus den Bereichen Risiko- und Konfliktmanagement sowie Vertretern der Unternehmen und Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit notwendig. Auch hier scheinen dialogorientierte Prozesse zur Weiterentwicklung dieses Ansatzes am sinnvollsten.

### **3) Public-Private Partnerships**

Inwieweit staatliche Institutionen konfliktsensibles Verhalten von Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Umwelt- und Konfliktmanagement steuern oder fördern können, wurde durch eine Analyse von Public-Private Partnerships (PPP) untersucht. Eine Analyse der GTZ Datenbank mit 300 Projektbeschreibungen sowie die Analyse von 17 Projektinformationsblättern zeigte keine explizite Konfliktbearbeitung im Rahmen von PPP – und zwar weder hinsichtlich des Projektgegenstandes noch bezüglich der Projektumsetzung durch bestimmte Formen der Konfliktbearbeitung. Aus der Analyse der verfügbaren Daten konnten keine Projektansätze identifiziert werden, die explizit das Thema ressourcen- und umweltbezogene Konflikte behandeln. Generelle Schlussfolgerungen lassen sich jedoch auf der Grundlage von Projektdatenblättern nicht ziehen, sie geben allenfalls einen ersten Eindruck über Chancen und Grenzen dieses Instruments zur Konfliktbearbeitung. Hierzu müssten einzelne Projekte vertieft untersucht, ausführliche und bisher nicht öffentlich zugängliche Projektdokumentationen ausgewertet und die beteiligten Akteure – insbesondere die Unternehmen – interviewt werden. Weder die Dokumentenlage noch die für dieses Vorhaben zur Verfügung stehende Zeit haben ein solches Vorgehen zugelassen. Zudem kann eine reine „desk study“ bei dieser Frage nur erste Hypothesen bilden, die in einem dialogischen Forschungskontext weitergeführt werden sollten. Insbesondere ein prozessbegleitender Forschungsansatz wäre sinnvoll, der die Erfahrungswerte von Unternehmen bei der Durchführung von PPP in Krisen- und Konfliktregionen untersucht. Dadurch könnten einerseits wertvolle Erkenntnisse über das Potential von PPP in diesem Bereich gewonnen und andererseits Unternehmen für diese Form der Kooperation mobilisiert werden.

Neben den konkreten PPP Projekten werden auch beispielhaft privat-staatliche Netzwerke, Dialoge und Forschungsk Kooperationen untersucht, die sich mit Konflikten befassen. Zum einen gibt es Beispiele für privat-öffentliche Kooperationen zur Erarbeitung von Handlungsrichtlinien und Verhaltenskodizes. Dazu gehören die britische Initiative 'Extractive Industries Transparency Initiative' und die 'US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights'. Auch im Global Compact wurde auf Initiative der Bundesregierung ein ‚Politikdialog‘ zur Rolle des Privatsektors in Konfliktregionen eingerichtet, an dem zahlreiche Öl- und Gas- sowie Bergbauunternehmen teilnehmen. Darüber hinaus haben die Business Partners for Development ein Forschungsprogramm zur Rolle der extraktiven Industrie in Konflikten eingerichtet. In dieser Zusammenarbeit von Unternehmen, NRO und dem britischen Entwicklungsministerium wurden öffentlich-private Partnerschaften auch im Hinblick auf ihr friedensstiftendes Potential untersucht.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend die Bedeutung von PPP hervorgehoben. Im Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung wurde dieser

Ansatz auch für den Bereich der Konfliktprävention und Krisennachsorge betont. Aus diesem Grund wäre es ein wichtiger Schritt, insbesondere mit solchen Unternehmen, die in Krisenregionen tätig sind, einen Dialog zu initiieren um die Chancen und Restriktionen für die beteiligten Unternehmen in solchen PPP herauszuarbeiten.

Die vorliegende Untersuchung liefert eine erste Systematisierung der Diskussion über Umwelt- und Ressourcenkonflikte und die Rolle deutscher Unternehmen. Wie beschrieben existieren auf der Seite der Unternehmen bereits vielfältige Ansätze, die Potenziale für eine Bearbeitung des Themas Umwelt- und Ressourcenkonflikte aufweisen. Dazu gehören erste Ansätze der Energieversorger und Automobilbranche Unternehmenskodizes auf die gesamte Zulieferkette auszuweiten. Die erwähnten öffentlich-privaten Dialogprozesse, die sich mit der Konfliktthematik befassen, dienen als Beispiel, wie dieses Thema auch in konkreten PPP Maßnahmen behandelt werden kann.

Über eine „desk study“ hinaus scheint ein breiterer Dialog unter den beteiligten Akteuren notwendig. Damit sind gleichermaßen staatliche wie private Akteure angesprochen. Insbesondere die derzeit noch fragmentierten Diskurse über Nachhaltigkeitsmanagement auf der einen und Konfliktbearbeitung und Prävention auf der anderen Seite müssen zusammengeführt werden. Die gegenwärtige Diskussion in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit über die Integration von konflikt sensitiven Analysen in Sektorvorhaben und Regionalkonzepten kann hierzu einen fruchtbaren Beitrag leisten.

## Gliederung

ZUSAMMENFASSUNG .....	1
GLIEDERUNG .....	1
ABKÜRZUNGEN .....	3
ABBILDUNGEN, TEXTBOXEN UND TABELLEN .....	5
<b>1 EINFÜHRUNG .....</b>	<b>6</b>
1.1 RESSOURCEN- UND UMWELTKONFLIKTE .....	6
1.2 ROLLE VON UNTERNEHMEN IN GEWALTSAM AUSGETRAGENEN KONFLIKTEN .....	8
1.3 NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT ALS RISIKOMANAGEMENT .....	9
<b>2 UNTERSUCHUNGSRAHMEN UND VORGEHEN .....</b>	<b>9</b>
2.1 DEFINITIONEN UND ANALYSERAHMEN .....	9
2.2 VORGEHEN .....	12
<b>3 CSR UND CODES OF CONDUCT .....</b>	<b>13</b>
WARUM HABEN UNTERNEHMEN INTERESSE AN COC? .....	15
3.1 KRITIK AN CODES OF CONDUCT .....	16
3.2 WARUM VERHALTENSKODIZES IN DIESER STUDIE? .....	16
3.3 FORSCHUNGSSTAND UND BESTEHENDE VORUNTERSUCHUNGEN .....	17
3.4 CODES OF CONDUCT ZU UMWELT- UND RESSOURCENBEZOGENEN KONFLIKTEN? .....	19
3.5 ANALYSE VON CODES OF CONDUCT .....	19
3.5.1 <i>Global Compact (GC)</i> .....	22
3.5.2 <i>US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights (US-UK Principles)</i> 25	
3.5.3 <i>UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business     Enterprises with Regard to Human Rights (VN Normen)</i> .....	26
3.5.4 <i>NHO-PRIO Leitfaden: Corporate Actors in Zones of Conflict – Responsible     Engagement</i> .....	28
3.6 ZWISCHENFAZIT .....	29
<b>4 DIE ERFASSUNG VON UMWELT- UND RESSOURCENKONFLIKTEN IM NACHHALTIGKEITSRATING .....</b>	<b>32</b>
4.1 EINFÜHRUNG & BEDEUTUNG VON RATINGS .....	32
4.2 DIE ANWENDUNG VON NACHHALTIGKEITSRATINGS IN DIESER STUDIE .....	33
4.3 DAS CORPORATE RESPONSIBILITY RATING DER OEKOM RESEARCH AG .....	34
4.4 BRANCHENANALYSE ANHAND DER DATEN VON OEKOM RESEARCH .....	35
4.4.1 <i>Öl und Gas</i> .....	37
4.4.2 <i>Bergbau und Metalle</i> .....	40
4.4.3 <i>Finanzdienstleister</i> .....	44
4.4.4 <i>DAX 30 Unternehmen</i> .....	45
4.5 ZWISCHENFAZIT: BRANCHENANALYSE IM VERGLEICH .....	48
<b>5 PRIVATE PUBLIC PARTNERSHIPS .....</b>	<b>52</b>
5.1 FORMEN VON PPP .....	52
5.2 FORSCHUNGSSTAND UND BESTEHENDE VORUNTERSUCHUNGEN ZU PPP UND KONFLIKTEN 53	
5.3 PPP UND UMWELT- UND RESSOURCENBEZOGENE KONFLIKTE .....	56

---

5.3.1	<i>Analyse von PPP Projekten</i> .....	56
5.3.2	<i>Internationale PPP Netzwerke und Dialoge</i> .....	61
5.4	ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT .....	65
6	WEITERE ANSÄTZE ZU UMWELT- UND RESSOURCENKONFLIKTEN .....	67
6.1	RISIKOANALYSE UND RISIKOBEWERTUNG .....	67
6.2	RISIKOMANAGEMENT .....	68
6.3	EINKAUF UND AUSWAHL DER ZULIEFERER .....	68
6.4	STANDORTAUSWAHL.....	69
7	FAZIT .....	70
7.1	WEITERENTWICKLUNG DES ANSATZES DER NACHHALTIGKEITSRATINGS.....	71
7.2	DIE REICHWEITE DER CODES OF CONDUCT IN UNTERNEHMEN .....	73
7.3	WEITERENTWICKLUNG DES PPP ANSATZES .....	73
7.4	DETAILLIERTE ANALYSE EINZELNER BRANCHEN .....	74
7.5	DIALOGPROZESSE INITIIEREN .....	74
8	BIBLIOGRAPHIE.....	75
9	ANHANG 1: ÜBERSICHT RELEVANTER CODES OF CONDUCT .....	80
10	ANHANG 2: AUSWERTUNG DER PPP PROJETKINFORMATIONSBLÄTTER .....	98

## Abkürzungen

AI	Amnesty International
AGINN	Task Force on the Internationalisation of Norwegian Trade and Industry
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BTC	Baku-Tblisi-Ceyhan (Pipeline)
CDA	Collaborative for Development Action
CIME	OECD-Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen
CoC	Code of Conduct
COP	Communications on Progress
CSR	Corporate Social Responsibility
CTC	Center for Transnational Corporations (ECOSOC)
DAX	Deutscher Aktienindex
DEG	Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DFID	UK Department for International Development
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EA	Environmental Assessment
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EIR	Extractive Industries Review.
EMP	Environmental Management Plan
EP	Equator Principles
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
Forum	Forum for Development and Environment (Forum);
GC	Global Compact
GSP	Global Sullivan Principles
ICC	International Chamber of Commerce
ICMM	International Council on Mining and Metals
IFC	International Finance Corporation
IISD	International Institute for Sustainable Development
ILO	International Labor Organisation
IMF	International Monetary Fund
IUCN	The World Conservation Union
ISO	International Organization for Standardization
KMU	Klein- und mittelständische Unternehmen
MMSD	Minerals, Mining, and Sustainable Development
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NHO	Norwegische Verband der Industrie

---

NRO	Nichtregierungsorganisation /-en
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PPP	Public Private Partnership
PRIO	Peace Research Institute, Oslo
SEQUA	Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Chancen
TI	Transparency International
TNK	Transnationaler Konzern / Transnationale Konzerne
UNFCCC	United Framework Convention on Climate Change
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNHCHR	United Nations High Commissioner on Human Rights
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
VN	Vereinte Nationen
WSSD	World Summit on Sustainable Development

## Abbildungen, Textboxen und Tabellen

Abbildung 1 : Unternehmen / Umwelt- und natürliche Ressourcen / Konflikte .....	10
Abbildung 2: CSR Kontinuum .....	13
Abbildung 3: Themen von Verhaltenskodizes .....	17
Abbildung 4: Kontroverse Aktivitäten - Umwelt (Öl und Gas) .....	37
Abbildung 5: Kontroverse Aktivitäten – sozio-kulturell (Öl und Gas) .....	38
Abbildung 6: Kontroverse Aktivitäten - Umwelt (Bergbau & Metalle) .....	41
Abbildung 7: Menschenrechtsverletzungen (Bergbau % Metalle) .....	42
Abbildung 8: Kontroverse Projektfinanzierung (Finanzdienstleister) .....	44
Abbildung 9: Kontroverse Aktivitäten - Umwelt (DAX 30) .....	46
Abbildung 10: Kontroverse Aktivitäten – sozio-kulturell (DAX 30) .....	47
Abbildung 11: Branchenvergleich .....	50
Box 1: Definition von Code of Conduct .....	13
Box 2: OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen .....	15
Box 3: (Global) Sullivan Principles (GSP) .....	20
Box 4: Der lange Weg zum Global Compact .....	22
Box 5: Guidelines Concerning Human Rights and Environment for Norwegian Companies Abroad .....	29
Box 6: Equator Principles .....	30
Tabelle 1: Relevante Verhaltenskodizes und Initiativen .....	21

# 1 Einführung

## 1.1 Ressourcen- und Umweltkonflikte

Die Debatte über den Zusammenhang zwischen Degradation und Verknappung natürlicher Ressourcen auf der einen Seite und Konflikt und Konfliktbearbeitung sowie Prävention und Friedensentwicklung auf der anderen Seite, befasste sich lange Zeit vornehmlich mit der Rolle staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Seit Ende der 1990er Jahre rückte die ökonomische Dimension von Konflikten insbesondere durch Studien von Paul Collier für die Weltbank zunehmend ins Zentrum der wissenschaftlichen Diskussion und damit verbunden auch die Rolle insbesondere großer transnationaler Konzerne.

Die Debatte fokussierte sich hierbei insbesondere auf die Rolle der extraktiven Industrie. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen diene oftmals der Finanzierung von Bürgerkriegen, korrupten Regimen und Kriegsparteien oder fördere den illegalen Handel mit Konfliktgütern. In einer Studie für die Weltbank wies Paul Collier auf den Zusammenhang zwischen Rohstoffvorkommen und deren Ausbeutung und das Auftreten von Gewaltkonflikten hin (Collier und Hoeffler 2001). In Staaten mit einer starken Abhängigkeit von Rohstoffvorkommen sei das Risiko für bewaffnete Konflikte besonders hoch. Diese Konfliktrisiken gelten jedoch nicht für alle Rohstoffe gleichermaßen. Plünderbare Rohstoffe wie Diamanten oder Coltan sind eher mit nicht-separatistischen Konflikten verbunden und scheinen bestehende Konflikte zu verlängern. Rebellen haben hier geringere Anreize Konflikte zu beenden, da sie von der Ausbeutung der Ressourcen profitieren. Nicht-plünderbare Ressourcen wie Öl und Gas sind hingegen eher mit separatistischen Konflikten assoziiert, die oftmals durch die ungleiche Verteilung der Gewinne aus der Rohstoffausbeutung mit verursacht werden (vgl. Ballentine und Sherman 2003, Buhaug et al. 2003, Le Billion 2003, Ross 2003).

Die Konfliktdynamik und der Zusammenhang zwischen Rohstoffabbau und dem Auftreten von Gewaltkonflikten ist bisher nicht hinreichend untersucht worden. Unklar ist vor allem der jeweilige Beitrag der sozialen und politischen Faktoren neben den ökonomischen. Hierbei unterscheidet sich das Forschungsdefizit jedoch nicht wesentlich von der Debatte um den spezifischen Beitrag der Umweltzerstörung und Ressourcenausbeutung generell in so genannten „Umweltkonflikten“ spielen. Staaten mit stabilen Regierungssystemen und Handlungskapazitäten sind eher in der Lage eine ungleiche Verteilung der Gewinne aus dem Rohstoffabbau zu absorbieren oder gerecht zu verteilen. Umgekehrt fördern korrupte und „failed states“ auch dann Konflikte, wenn keine Ressourcenvorkommen vorhanden sind oder eine Rolle in Konflikten spielen.

Der Forschungsstand zeigt, dass Unternehmen hinsichtlich der Gewinnung von Rohstoffen in Konflikte involviert sind, wenn sie dazu beitragen, korrupte Regime zu unterstützen bzw. direkt zu finanzieren, wenn deren Sicherheitsdienste Menschenrechte missachten oder an Gewalttaten beteiligt sind oder sie soziale Missstände fördern, in dem Gebühren aus Förderlizenzen nur (korrupten) Eliten zu Gute kommen und damit soziale Ungleichgewichte

und Spannungen zunehmen. Dies gilt selbstverständlich nicht für alle Unternehmen im Rohstoffsektor. Zudem ist eine Differenzierung zwischen kleinen und transnationalen, regionalen und lokalen Unternehmen sowie Geschäfts- und Mittelsmännern erforderlich. Dementsprechend nehmen diese unterschiedlichen Wirtschaftsakteure auf sehr unterschiedliche Weise Einfluss auf Konflikte. Auch das potenzielle und tatsächliche konfliktpräventive Verhalten von Unternehmen unterscheidet sich maßgeblich durch die Größe des Unternehmens und seines Aktionsbereiches. Große transnationale Konzerne haben weit reichende freiwillige Selbstverpflichtung zu allen möglichen Fragen der unternehmerischen Verantwortung, die auch Konfliktsituationen sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen abdecken. Sie unterliegen dem Druck durch Investoren und der organisierten Öffentlichkeit durch Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen und sind in der Vergangenheit langwierige aber konstruktive Lernprozesse eingegangen, an deren Ende eine Managementpraxis steht, die konflikt-sensibles Verhalten gerade im Rohstoffsektor umfasst. Kleinere lokale Unternehmen hingegen verfügen oftmals weder über ausreichende Handlungsspielräume und das Know-how und sind zudem nicht oder weniger Reputationsrisiken auf westlichen Märkten oder durch Investoren ausgesetzt.

Die „Verantwortung für die Bereitstellung der globalen öffentlichen Güter Frieden und Sicherheit [liegt] nicht mehr nur bei Staaten [...]. Die „Grenzen der Verantwortung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren [haben sich] zumindest ein Stück weit verschoben [...], so dass eine Neubestimmung der sozialen und ökologischen Verantwortung öffentlicher und privater Akteure unvermeidlich ist.“ (Rittberger 2004). So hat sich seit Ende der 1900er Jahre die Rolle insbesondere der transnationalen Konzerne in Konflikten durch neue Partnerschaften zwischen Unternehmen und staatlichen Akteuren grundlegend geändert. Mit dem „Global Compact“, der im Sommer 2000 gegründet wurde, sollten Unternehmen eine größere Verantwortung zur Lösung globaler Probleme leisten. Bereits der erste „Policy Dialogue“ des Global Compact widmete sich der Rolle des Privatsektors in Konfliktregionen. 2004 wurden dann auch die neun Prinzipien des Global Compact um ein zehntes Prinzip zu Transparenz und Korruption erweitert.

Im gleichen Zeitraum entstanden weitere Partnerschaften wie die „Voluntary Principles on Security and Human Rights“, den die amerikanische und britische Regierung initiierten, um einen Rahmen für einen Verhaltenskodex für den Bereich Menschenrechte und Sicherheit für transnationale Konzerne der Rohstoffindustrie zu schaffen. Der Kimberley-Prozess ist ein internationales Regelwerk zur Zertifizierung der Herkunft von Diamanten, um damit den Eintritt von Diamanten, durch deren Verkauf Konflikte und Waffen finanziert werden, in den legalen internationalen Handels zu unterbinden. Neben staatlichen haben auch nicht-staatliche Akteure Handlungsrahmen entworfen, die teilweise staatlich unterstützt werden. Hier sind vor allem die „Publish What You Pay“ und „Publish What You Earn“ Kampagnen im Rahmen der von Premierminister Tony Blair in Johannesburg im Jahr 2002 angekündigten „Extractive Industries Transparency Initiative“ zu nennen, um mehr Transparenz in der Haushaltspolitik von Regierungen in Gaststaaten transnationaler Unternehmen zu erreichen.

Diesen Initiativen ist gemein, dass sie vorrangig auf das Verhalten großer transnationaler Konzerne der Rohstoffindustrie abzielen. Die Rolle anderer Industriezweige und vor allem kleinerer Unternehmen wurde hingegen bisher weitgehend vernachlässigt.

Über die konkrete Rolle von Unternehmen im Rohstoffsektor hinaus gibt es jedoch weitere Anknüpfungspunkte zwischen unternehmerischem Handeln und Umweltkonflikten, wenngleich es sich hierbei in erster Linie um indirekte Konfliktbezüge handelt. Beispielhaft seien an dieser Stelle einleitend die Rolle privater Wasserversorger sowie die Rolle von Unternehmen bei großen Infrastrukturprojekten genannt.

In der bolivianischen Stadt Cochabamba kam es im Februar 2000 zu bürgerkriegsartigen Zuständen, als in Folge der Privatisierung der städtischen Wasserversorgung die Wasserpreise drastisch steigen und große Teile der ärmeren Bevölkerung die hohen Wasserpreise nicht mehr zahlen können. Die Proteste legten die Stadt für mehrere Tage lahm und breiteten sich auf weitere Teile Boliviens aus. Im April verhängte die Regierung den Ausnahmezustand und schickte die Armee nach Cochabamba. Es folgten Unruhen, die ein Todesopfer und über hundert Verletzte fordern. Die Proteste lassen erst nach, als die Regierung die Wasserversorgung wieder der Kommunalverwaltung unterstellt.

Auch bei großen Infrastrukturprojekten spielen Unternehmen national und international eine wichtige Rolle in wasserbezogenen Konflikten. Die Beschaffenheit von Gewässern wird durch Staudämme und andere große Infrastrukturprojekte tief greifend verändert. Dies ist einer der wesentlichen Faktoren, die das Konfliktpotential zwischen Anrainerstaaten grenzüberschreitender Gewässer erhöhen. Darüber hinaus erfordert der Bau von Staudämmen oft die Umsiedelung ganzer Orte, wodurch Menschen ihre Heimat verlassen müssen und gewachsene soziale Strukturen dauerhaft zerstört werden.

## **1.2 Rolle von Unternehmen in gewaltsam ausgetragenen Konflikten**

Im April 2004 fand auf deutsche Initiative im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) eine Debatte über die Rolle von Unternehmen in gewaltsam ausgetragenen Konfliktsituationen statt. Die Bundesregierung beabsichtigt eine Initiative im VN Sicherheitsrat einbringen, durch die die verschiedenen bereits bestehenden Ansätze zur Unternehmensverantwortung in Konfliktregionen in einer Resolution des Sicherheitsrates zusammengeführt werden. Dabei sollen anknüpfend an den Global Compact und die OECD-Verhaltenskodizes die Freiwilligkeit des Engagements und die positiven Möglichkeiten einer konstruktiven Rolle des Privatsektors bei Krisenprävention und Friedenskonsolidierung in der Nachkonfliktphase besonders hervorgehoben werden.

Die Rohstoffindustrie spielt hierbei eine hervorgehobene Rolle. So soll Transparenz über Zahlungsströme und den Umgang mit Erlösen aus Rohstoffgeschäften zwischen den Mineralien gewinnenden Unternehmen und den betroffenen Regierungen hergestellt werden.<sup>1</sup> Hierzu soll ein zwischen Regierungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen gemeinsam 2001/2002 unterstützte die Bundesregierung das Corporate Engagement Project, das Empfehlungen entwickelt, wie in Konfliktregionen tätige Unternehmen mit der lokalen Bevölkerung und der Regierung zusammenarbeiten können, ohne zusätzliche

---

<sup>1</sup> Vgl. Extractive Industries Transparency Initiative, EITI und Publish What You Pay, PWYP (Anhang 1)

soziale Spannungen und Konflikte zu schüren und einen positiven Beitrag zur Stabilität in der Region zu leisten.<sup>2</sup> Es ist gelungen, deutsche Unternehmen zur Mitarbeit zu motivieren.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die Initiative Transparency of Payments (EITI), wonach Zahlungen der rohstoffabbauenden Industrien an Entwicklungsländer in geeigneter Weise auf freiwilliger Basis durch eine neutrale Instanz, etwa Weltbank/IWF, erfasst und offen gelegt werden sollen.<sup>3</sup> Sie wird sich am internationalen Dialog zu diesem Thema weiter aktiv beteiligen und dabei auch die Kooperation von Unternehmen einbeziehen. Diese Initiativen der Bundesregierung wurden im Aktionsplan Zivile Krisenprävention als wichtige Handlungsfelder hinsichtlich der Rolle von Unternehmen in gewaltsam ausgetragenen Konfliktsituationen identifiziert.

### **1.3 Nachhaltigkeitsmanagement als Risikomanagement**

Unter dem Gesichtspunkt der Risikoerkennung und Risikobewertung spielen Nachhaltigkeitsmanagement und Frühwarnung in Unternehmen eine wichtige Rolle für die Bestimmung von Unternehmen in Konfliktregionen und Konfliktsituationen. Insbesondere große Unternehmen verfügen über ein ausdifferenziertes System der Risikovorsorge, dass externe Expertise mit internen Managementsystemen zur Risikoabschätzung verbindet. Je nach Branche unterscheiden diese sich jedoch erheblich. Während im Bankensektor mit den bestehenden Instrumenten der Sicherung von Kreditrisiken auch Umweltrisiken abgedeckt werden, versucht die Versicherungsbranche insbesondere mit Modellen der Stakeholderdialoge neue oder „emerging risks“ abzuschätzen, für die es bisher keine Risikobewertung gibt. In dieser Branche können Risiken nur dann bewertet und mit Policen abgesichert werden, wenn bereits das Risiko bzw. die Eintrittswahrscheinlichkeit aus bisherigen Risiken bewertet werden kann. Für so genannte „neue Risiken“ wie sie die Folgen des Klimawandels darstellen, ist dies nicht möglich.

## **2 Untersuchungsrahmen und Vorgehen**

### **2.1 Definitionen und Analyserahmen**

Nachhaltigkeitsrating mit seinen drei Kategorien Corporate Social Responsibility, Corporate Governance und Nachhaltigkeitsmanagement scheint ein bisher vernachlässigter Ansatz in der Bewertung des Umgangs von Unternehmen mit Ressourcenkonflikten. Dieser Ansatz steht im Zentrum dieser Untersuchung. Die Konfliktdimension spielt für Unternehmen hierbei keine offensichtliche Rolle. Sie wird nur indirekt erfasst über Aspekte wie external stakeholder relations, community involvement, fair business, product und consumer standards. Vor diesem Hintergrund befassen sich die Autoren dieser Studie mit der Frage, ob und gegebenenfalls wie Unternehmen Ressourcen- und Umweltkonflikte über Methoden des Risiko- oder Nachhaltigkeitsmanagements erfassen.

---

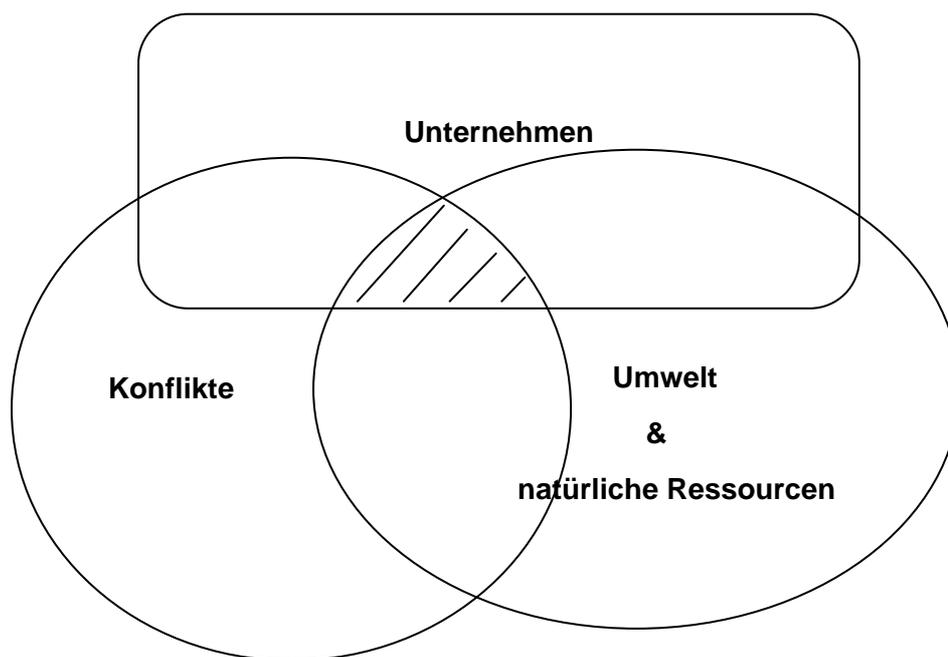
<sup>2</sup> Nähere Informationen sind im Kapitel zu Verhaltenskodizes sowie Anhang 1 zu finden.

<sup>3</sup> Nähere Informationen zu EITI sind im Kapitel zu Private-Public Partnerships sowie Anhang 1 zu finden.

In dieser Untersuchung werden **Konflikte** als gewaltsamer Konfliktaustrag verstanden, der Gewalt gegen Menschen und Dinge beinhaltet. Zu **Unternehmen** zählen multinationale, große nationale sowie klein- und mittelständische Unternehmen (KMU). Ein Bezug zu **Umwelt und natürliche Ressourcen** besteht durch den Nutzen, Zugang und Umgang mit der (natürlichen) Umwelt und natürlichen Ressourcen.

Diese Studie ist auf den Bezug zwischen diesen drei Bereichen fokussiert und behandelt damit eine sehr spezialisierte Schnittmenge:

Abbildung 1 : Unternehmen / Umwelt- und natürliche Ressourcen / Konflikte



Insbesondere geht es in der Studie also um den positiven und negativen Bezug von Unternehmen in umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten. Er kann **direkt** oder **indirekt** ausfallen. **Direkte** Konflikt determinanten, die umwelt- oder ressourcenbezogene Konflikte entstehen lassen oder verstärken sind insbesondere Konflikte über die Kontrolle von natürlichen Ressourcen (und damit verbunden die ungleiche Ressourcenverteilung bzw. Zugang zu Ressourcen) und die Finanzierung von Gewaltkonflikten durch natürliche Ressourcen. **Indirekte** Konflikt determinanten umwelt- oder ressourcenbezogener Konflikte sind strukturelle und verstärkende Kontextfaktoren, die zum Ausbruch, der Verlängerung oder der Lösung eines Konfliktes beitragen. Diese Faktoren sind vielseitig; in dieser Studie werden insbesondere solche in Betracht gezogen, die für unternehmerisches Handeln relevant sind und in den CSR Debatten sowie der Konflikttheorie thematisiert werden (siehe Einführung). Insbesondere werden drei Gruppen von indirekten Konflikt determinanten untersucht: 1) Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz, 2) Korruption und Transparenz, 3) sozio-politischer Kontext (politische und ökonomische Ungleichheit, sozio-kulturelle Standards, Partizipation).

Durch ein heuristisches Vorgehen sollen bestehende Handlungsansätze der Unternehmen möglichst offen erfasst werden. Der Analyserahmen dieser Untersuchung ist somit im Vergleich zu anderen Untersuchungen absichtlich wenig ausdifferenziert. Nelson (2000)

beispielsweise unterscheidet bei den Unternehmen zwischen der Art der Industrie, Größe sowie Geschichte des Unternehmens, Besitzstrukturen, ob das Unternehmen an kollektiven Aktionen beteiligt ist und welchen Einflussgrad es hat. Konflikte werden nach den Gründen, Phasen und Orten differenziert, während weitere Akteure nach ihrer Größe, Macht, Kapazitäten sowie Beziehungen betrachtet werden. Diese verschiedenen Aspekte werden von Nelson (ibid.) ausführlich beschrieben, jedoch nicht einzeln zueinander in Beziehung gesetzt. Während Nelson Konflikte allgemein betrachtet, liegt in dieser Untersuchung der Fokus und Ausgangspunkt auf der sehr spezialisierten Schnittmenge der drei Elemente (Umwelt & natürliche Ressourcen, Konflikte und Unternehmen). Eine weitere Differenzierung des Conflict-Company-Actor Modell von Nelson (ibid.) zu einem Environment – Conflict – Company – Actor Modell hätte somit eine Kleingliedrigkeit der Untersuchung zur Folge, die bestehende Ansätze möglicherweise ausschließen könnte. Aus diesem Grund wird von der ursprünglichen Überlegung, das Modell von Nelson um eine Umwelt- und Ressourcenkomponente auszuweiten, abgesehen.

Besonders zu berücksichtigen ist im Vorgehen außerdem, dass keines der Elemente (Konflikt, Umwelt & natürliche Ressourcen, Unternehmen) statisch ist. Konflikte durchlaufen verschiedene eskalierende und de-eskalierende Phasen, die in verschiedenen Modellen unterschiedlich definiert werden. Beispielsweise nutzen Nelson (ibid.) und die GTZ ein fünf Phasen Modell, deren Intensitätsphasen jedoch unterschiedlich definiert sind. Nelson (ibid.) unterscheidet zwischen ‚durable peace – stable peace – unstable peace – crisis – war‘ und die GTZ zwischen ‚latenter Konflikt – Konflikteskalation - akuter Konflikt – Konfliktbeendigung - Übergang zu Postkonfliktsituationen‘.<sup>4</sup> Die zeitliche Dimension wird dort, wo es die Daten ermöglichen, berücksichtigt (z.B. Lerneffekt in der Branchenanalyse) und zum Teil auch durch den sozio-politischen Kontext abgedeckt (z.B. Instabilität durch Postkonfliktsituation).

Unternehmen haben auch einen unterschiedlichen Bezug zu umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten. Sie können mit Aktivitäten vor Ort direkt darin involviert sein, oder lediglich durch Rohstoffnachfrage, Versicherungen und Finanzierungen indirekt beteiligt sein (siehe Kapitel 4). Ihre Position gegenüber dem Thema und Konflikten allgemein kann von Unverständnis oder Unwissen über einen ‚Do No Harm‘ Ansatz bis hin zum konfliktsensiblen Engagement reichen.<sup>5</sup> Auch Unternehmensverhalten in der Ressourcennutzung oder im Umweltmanagement durchläuft Erfahrungs- und Lernwerte. Diese verschiedenen Dynamiken haben wiederum Auswirkungen auf die anderen beiden Elemente der Analyse. Beispielsweise kann die Eskalation eines Konfliktes das Handlungsspektrum eines Unternehmens stark einschränken während das Unternehmen selbst bestimmt, ob es das mögliche Handlungsspektrum überhaupt ausfüllen möchte. Gleichzeitig kann das Unternehmensverhalten wiederum Rückkopplungen auf die Konfliktodynamik haben (Ballentine und Nitzschke 2004; Banfield et al. 2003; Bennett 2002).

---

4 Vgl. Glossar der GTZ zum Themenbereich Konflikt und Wirtschaft: <http://www.GTZ.de/de/themen/wirtschaft-beschaeffigung/privatwirtschaft/3572.htm> (11.01.2004)

5 Vgl. Addison et al. 2001; Banfield et al. 2003; Bomann-Larsen 2003; Brand et al. 2000; Corporate Engagement Project 2003; Fort und Shipani 2001; Gagnon et al. 2003; Goldwyn und Switzer 2003; Haufler 2001; International Alert 2004; MMSD 2002; Nelson 2000; Wenger und Möckli 2003

## 2.2 Vorgehen

Wie im Angebot beschrieben, wird die Aufgabenstellung des Forschungsvorhabens durch drei Hauptansätze untersucht, die sich gegenseitig ergänzen: Die Analyse von internationalen Verhaltenskodizes (**Codes of Conduct**) weist darauf hin, ob und wie das Thema umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte bereits in diesem Selbstregulierungsmechanismus behandelt wird. Die Branchenanalyse anhand von Informationen des oekom research **Nachhaltigkeitsratings** weist einerseits darauf hin, welche Branchen besonderen Bezug zu dem Thema haben und andererseits, wie Unternehmen und Branchen sich tatsächlich verhalten. Schließlich wird durch die Analyse von **PPP Maßnahmen** geprüft, ob in diesem Instrument der staatlichen Förderung das Thema umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte behandelt wird. Dadurch könnten Unternehmen ein de-eskalierendes oder präventives Engagement im Bezug zum Thema aufweisen. In dieser Hinsicht werden durch die Analyse der Ratings, der Codes of Conduct und der PPP alle drei ‚Strategien zum Management von Unternehmens- und Konfliktdynamiken‘ erfasst, nämlich ‚compliance‘ (Einhaltung nationaler Regelungen), ‚do no harm‘ (Verständnis um das Konfliktpotential des eigenen Wirkens und konfliktensibles Handeln) und ‚peacebuilding‘ (proaktives, friedensförderndes Engagement) (Banfield et al. 2003; Corporate Engagement Project 2003).

Die Vorgehensweise, Methodik und Einschränkungen zu den drei Instrumenten werden zu Beginn der jeweiligen Kapitel genau dargestellt. Außerdem wird in allen Kapiteln auf die Literatur zu umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten einerseits und dem Verhalten von Unternehmen in solchen und allgemeinen Konflikten andererseits zurückgegriffen. Diese Hintergrundliteratur wurde mit Publikationen und Quellen zu den jeweiligen Kapitelthemen ergänzt und im Literaturverzeichnis aufgelistet.

Im Zuge dieses Vorhabens wurden außerdem Interviews mit 12 Vertretern vorwiegend deutscher Unternehmen aus sieben Branchen und einem Verband durchgeführt,<sup>6</sup> deren Ergebnisse sowohl in die thematischen Kapiteln einfließen als auch im Fazit besondere Berücksichtigung finden. Die Interviews wurden persönlich vor Ort bei den Unternehmen von einem oder zwei Interviewern durchgeführt und betragen im Durchschnitt etwa eine bis eineinhalb Stunden. Durch das informelle Format und der Zusicherung der Anonymität kam es häufig zu sehr offenen Aussagen und wertvollen Einblicken. Neben einer offenen Diskussion zum Thema umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte mit dem Ziel, die firmenspezifische Herangehensweise an das Thema zu erfassen, wurde in den Interviews auch konkret nach der Bedeutung der drei Instrumente (Codes of Conduct, Nachhaltigkeitsratings und PPP) für das jeweilige Unternehmen gefragt.

Zur Durchführung der Interviews wurde zunächst eine Vorschlagsliste mit dem Auftraggeber abgestimmt und 20 Unternehmen ausgewählt. Nach schriftlicher und telefonischer Kontaktaufnahme stimmten 12 Interviewpartner einem persönlichen Interview zu. Drei Unternehmen bekundeten kein Interesse an der Thematik und standen für ein persönliches Interview nicht zur Verfügung. Mit weiteren acht Unternehmen kam kein Termin zustande, da sie trotz mehrfacher Kontaktaufnahme entweder nicht über die interne Zuständigkeit des

---

<sup>6</sup> Befragte Unternehmen gehören folgenden Branchen an: Reiseveranstalter, Banken, Versicherungen, Automobil, Chemie, Versorger, sowie Öl und Gas. Außerdem wurde ein Vertreter des BDI befragt.

Themas sicher waren, oder das Interesse am Thema nicht ausreichte, um konkrete Terminvereinbarungen einzugehen. Zwei Termine wurden kurzfristig abgesagt, ohne dass Alternativen gefunden werden konnten. Aus diesen Gründen wurden weitere Unternehmen kontaktiert, um eine breite Auswahl an Branchen und Unternehmen zu gewährleisten.

### 3 CSR und Codes of Conduct

In westlichen Industrienationen bewegen sich Unternehmen in Nationalstaaten mit gesetzlich definierten und verbindlichen sozialen, ökologischen und ökonomischen Regeln. Im internationalen Kontext ist dies nicht im selben Maße der Fall. Multinationale Unternehmen können durch Outsourcing, die Verlagerung von Zulieferung und Produktion in andere Länder und den Abbau von Rohstoffen in ressourcenreichen Ländern zu geringeren internalisierten sozialen und ökologischen Kosten produzieren. Zusätzlich führen die Internationalisierung der Produktion und längeren Zulieferketten zu größerer Intransparenz für Unternehmen und Verbraucher.

Verhaltenskodizes oder Codes of Conduct (CoC)<sup>7</sup> für Unternehmen sind deshalb eine in den letzten Jahren viel diskutierte Möglichkeit, durch Selbstverpflichtung der Industrie soziale und ökologische Handlungsansätze zu schaffen. Im Kontext der sozialen Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) lassen sich Verhaltenskodizes auf einem Kontinuum zwischen Werten, Prinzipien, Normen und Standards einordnen.

**Abbildung 2: CSR Kontinuum**



**Werte – Prinzipien – Verhaltenskodizes – Normen – Standards**

Vgl. Leipziger 2003: 36

Werte und Prinzipien sind eine Voraussetzung für die Formulierung von Verhaltenskodizes und können sich gegebenenfalls zu international anerkannten Normen oder Standards guter Unternehmensführung weiterentwickeln.

#### **Box 1: Definition von Code of Conduct**

Im Sinne der vorliegenden Studie ist ein Code of Conduct bzw. Verhaltenskodex eine freiwillige Absichtserklärung, Selbstverpflichtung oder ein Standard eines Unternehmens, in dem seine Geschäftspraktiken für bestimmte Bereiche formuliert werden, die über die reine Gewinnmaximierung hinausgehen (z.B. Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung). Die Einhaltung eines CoC wird angestrebt, bleibt aber unverbindlich. CoC müssen nicht notwendigerweise vom Unternehmen selbst entwickelt werden, sondern können auch von anderen Akteuren (Internationale Organisationen, NRO, Verbänden, Universitäten) formuliert werden, denen sich die Unternehmen dann anschließen. Einer breiten Öffentlichkeit und Investoren dienen sie als Information über die Ziele und Absichten des Unternehmens; für Mitarbeiter, Zulieferer und Geschäftspartner gelten sie als Auflagen, die einzuhalten sind.

<sup>7</sup> Die Bezeichnungen Verhaltenskodizes, Codes of Conduct oder Codes werden in dieser Studie synonym unter der Abkürzung CoC verwendet.

Die CoC kamen Mitte der 1990er Jahre aus den USA nach Europa. Dort hatten Menschenrechtsaktivisten und Verbraucherorganisationen die großen Handelshäuser unter Druck gesetzt, in dem sie von Verletzungen grundlegender Rechte von Arbeitnehmern bei deren Zulieferfirmen berichteten (Enquete-Kommission 2002: 177). Als Reaktion auf diese Proteste und um Reputationsschäden vorzubeugen, entwickelten amerikanische Unternehmen frühzeitig Verhaltenskodizes für ihre Geschäftstätigkeit.<sup>8</sup> So unterhalten in den USA mehr als 500 Unternehmen einen eigenen Kodex oder haben internationale Verhaltensrichtlinien unterzeichnet. Von den 500 größten Unternehmen Großbritanniens haben gegenwärtig mehr als 60 % einen Kodex. Anfang der 1990er Jahre waren es nur etwa 18 %. Eine genaue Zahl der in Deutschland existierenden Kodizes ist unbekannt, Köpke und Röhr gehen auf Grund ihrer Forschung allerdings davon aus, dass sich „die Anzahl freiwilliger Verhaltensnormen den Größenordnungen in Großbritannien [...] mit einem gewissen Zeitverzug“ annähert (Köpke und Röhr 2003: 10).

Der sprunghafte Anstieg von Verhaltenskodizes in den neunziger Jahren muss außerdem vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung in den 1980er Jahren verstanden werden. Eine zunehmend monetaristische Wirtschaftspolitik setzte auf Deregulierung der Wirtschaft, die Privatisierung staatseigener Betriebe, Liberalisierung der Handels- und Finanzmärkte und einen Rückzug des Staates aus dem Markt. Parallel zu dieser Entwicklung wuchs die Bedeutung der Selbstregulierung der Wirtschaft im Rahmen einer Corporate Social Responsibility, da sich der Staat von der Regulierung zurückzog und gleichzeitig der Druck nach Regulierung von Seiten der Zivilgesellschaft größer wurde (Jenkins 2001). In der Globalisierungsdebatte wird die Standardsetzung durch CoC oft als konstituierendes Element von Corporate Governance und damit als Teil einer jenseits nationalstaatlicher Regulierung angesiedelten „Global Governance“ analysiert (z.B. Brinkmann und Pies 2003, Brand et al. 2000, Messner und Nuscheler 1996).

1992 wurde die Vorlage eines verbindlichen Standardkatalogs für transnationale Konzerne im Rahmen der Vereinten Nationen verworfen. Trotz allem wird versucht, die zahlreichen unverbindlichen Kodizes in internationales ‚Soft Law‘<sup>9</sup> einzubetten. Wichtige Etappenziele auf diesem Weg sind die OECD-Erklärung zu multinationalen Unternehmen von 1976, die Empfehlungen der International Labour Organization (ILO) von 1977 („Tripartite Declaration on Multinational Enterprises“) und 1998 („Tripartite Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work“), des „Global Compact“ der Vereinten Nationen von 2000 sowie die überarbeiteten ‚OECD Leitsätze multinationaler Unternehmen‘.

---

<sup>8</sup> Im Vergleich zu vielen Staaten Europas, begünstigten schwache, korporatistische Strukturen in den USA die Entwicklung von Verhaltenskodizes (Köpke und Röhr 2003:23).

<sup>9</sup> Unter Soft Law werden Verhaltensregeln (z.B. Verhaltenskodizes von Unternehmen) für Akteure verstanden, die im Gegensatz zu völkerrechtlich verbindlichen Verträgen und nationalen Gesetzen (hard law) nicht verbindlich sind und damit nicht eingeklagt werden können. Internationales Soft Law bezeichnet Verhaltensstandards, deren Regulierungsbemühungen international ausgerichtet sind. Hierzu gehören etwa der UN Global Compact oder die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen.

**Box 2: OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen**

In den 1976 erstmalig verabschiedeten und im Jahr 2000 überarbeiteten OECD Leitlinien werden Grundsätze und Maßstäbe (10 Kapitel) für ein verantwortungsvolles und dem geltenden Recht entsprechendes unternehmerisches Verhalten formuliert. Mit den Leitsätzen soll gewährleistet werden, dass die Aktivitäten multinationaler Unternehmen im Einklang mit den staatlichen Politiken stehen, die Vertrauensbasis zwischen den Unternehmen und dem Gastland gestärkt, das Klima für ausländische Investitionen verbessert und der Beitrag der multinationalen Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung gesteigert werden.

Unterzeichnet wurden die Leitlinien von den Regierungen der 30 OECD Mitgliedsländer sowie acht Nicht-Mitgliedern (Argentinien, Brasilien, Chile, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Israel). Die Regierungen der jeweiligen Länder fördern die Einhaltung und Durchsetzung der Leitsätze. Zu diesem Zweck unterhalten die Regierungen ein Netz nationaler Kontaktstellen (für Deutschland beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, BMWA), die die Anwendung der Leitsätze fördern, Anfragen bearbeiten und bei der Lösung von Fragen der Umsetzung helfen. Dem OECD-Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen (CIME) obliegt die Auslegung der Leitsätze sowie die Überwachung ihrer Wirksamkeit. Trotz dieser Mechanismen beruhen auch die OECD Leitsätze auf dem Freiwilligkeitsprinzip und haben rechtlich keinen bindenden Charakter.

Leitsatz V der Leitsätze widmet sich dem Thema Umwelt, hat aber keinen direkten Bezug zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten: „Die Unternehmen sollten im Rahmen der Gesetze, Bestimmungen und Verwaltungspraktiken der Länder, in denen sie tätig sind, und unter Berücksichtigung der einschlägigen internationalen Abkommen, Grundsätze, Ziele und Standards der Notwendigkeit des Schutzes von Umwelt, öffentlicher Gesundheit und Sicherheit in gebührender Weise Rechnung tragen und ihre Geschäftstätigkeit allgemein so ausüben, dass sie einen Beitrag zu dem allgemeineren Ziel der nachhaltigen Entwicklung leistet“ (S. 25).

<http://www.bmw.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/M-O/oecd-leitsaetze.property=pdf,rwb=true.pdf>

(23.06.2005)

**Warum haben Unternehmen Interesse an CoC?**

Die meisten Kodizes verstärken die öffentliche Aufmerksamkeit über Produktionsbedingungen im Ausland und sind häufig mit zusätzlichen Kosten für Unternehmen verbunden. Trotzdem kann für viele multinationale Konzerne die Entwicklung eigener oder der Beitritt zu bestehenden CoC mit Vorteilen verbunden sein. Unternehmen setzen mit der Einhaltung ihrer Codes ein Zeichen gegenüber allen Beteiligten (von den Mitarbeitern bis zu den Aktieninhabern) und steigern ihr Ansehen in der Gesellschaft, bei Kunden und in der eigenen Branche. Dies hat sowohl Auswirkungen auf das Kundenverhalten als auch auf Aktionärsgruppen, insbesondere im Bereich des ethischen Investments. Ferner können Kodizes über die Nutzung von Anpassungsspielräumen, Kostenvorteilen, Mitarbeiterschulung und Motivationssteigerung zu Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen führen. Auf Seiten der Zulieferer kann die Einhaltung von CoCs zur Verbesserung von Marktchancen führen, falls sie sich mehreren Abnehmern gegenüber sehen, die auf der Basis der gleichen Kodizes operieren (Enquete-Kommission 2002: 181f).<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Vgl. hierzu auch The Economist (2004a, b) und Jenkins (2001).

### 3.1 Kritik an Codes of Conduct

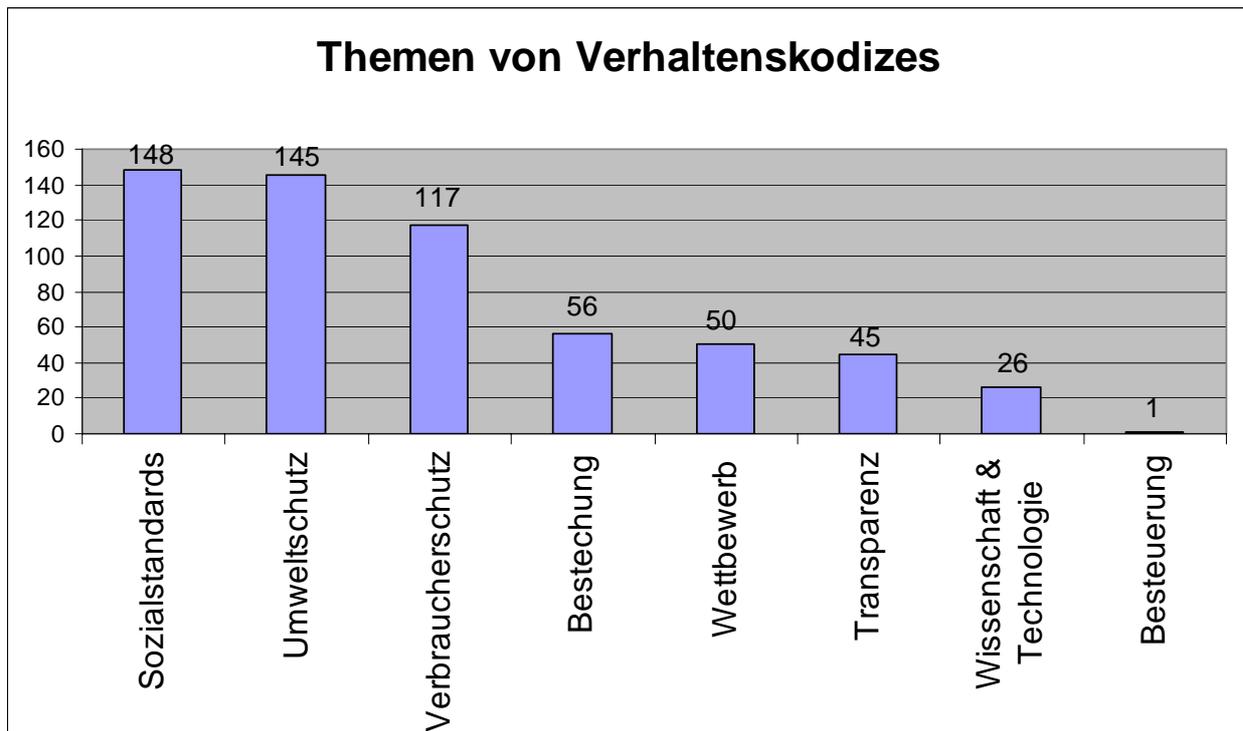
Parallel zur Zahl der Codes of Conduct wuchs auch die Kritik an diesem Instrument. Die Hauptkritik gilt der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit, da die Einhaltung und Überwachung der Kodizes nur schwer möglich ist (Jenkins 2001; Kolk und van Tulder 2002). NRO sehen in den Selbstverpflichtungen folgenlose Erklärungen von Unternehmen, mit der sie staatliche Regulierung unnötig erscheinen lassen wollen. Da Kodizes bestehende Konsum- und Produktionsgewohnheiten nicht in Frage stellen, thematisieren sie nur Verbesserungen der bestehenden Produktionsprozesse. Somit könnten Codes die Markt- und Gewinnerorientierung von Unternehmen nicht durchbrechen und dienen allenfalls dem „greenwashing“ des jeweiligen Unternehmens und seinen Produkten gegenüber kritischen Konsumenten und einer besorgten Öffentlichkeit (vgl. Fuchs 2000). Dieses Argument wird damit begründet, dass in vielen Fällen die Kodizes keine Überwachungsmechanismen vorsehen. Die Unternehmen bevorzugen die eigene Kontrolle von CoC, z.B. über eigene Revisionsabteilungen, während insbesondere NRO nur durch speziell eingerichtete, unabhängige oder staatliche Institutionen echte Kontrolle gewährleistet sehen. Allerdings sieht die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages die Bedeutung von Verhaltenskodizes gerade darin, dass sie im Spannungsfeld zwischen rechtlich verbindlichen Regelungen und Instrumenten auf der einen Seite (Sozialklauseln, nationale Arbeits- und Umweltgesetze) sowie Selbstverpflichtungen auf der anderen Seite liegen (Enquete-Kommission 2002: 182). Somit weisen sie einen Mittelweg zwischen diesen beiden Instrumenten auf.

Trotz mangelnder Überwachungs- und Kontrollmechanismen (Monitoring und Compliance) bei Verhaltenskodizes sollte ihr Einfluss nicht unterschätzt werden, da sie auf längere Sicht der transnationalen Normbildung dienen. Eine auf Codes of Conduct basierende soziale und ökologische Unternehmenspolitik kann auch bei fehlenden, rechtsverbindlichen Durchsetzungsmöglichkeiten positive Folgewirkungen entfalten. Langfristig kann es sich ein international tätiges Unternehmen aus Reputationsgründen nicht leisten, die Leitsätze ihrer Codes of Conduct nicht einzuhalten.

### 3.2 Warum Verhaltenskodizes in dieser Studie?

Codes of Conduct werden in dieser Untersuchung analysiert, weil sie erstens einen doppelten Bezug zu Unternehmen haben. Unternehmen sind nicht nur für die Entwicklung und Umsetzung von Verhaltenskodizes verantwortlich, sie sind meistens auch Adressat von CoC. Ein Unternehmen kann durch die Mitentwicklung oder Unterzeichnung eines entsprechenden Codes ausdrücken, dass es ein Interesse an einem Thema wie umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte hat oder sich der eigenen Rolle dazu bewusst ist.

Zweitens sind Verhaltenskodizes für diese Untersuchung relevant, weil sie soziale, rechtliche und ökologische Fragen mit direktem und indirektem Konfliktbezug berühren. Während in frühen Codes wie den Sullivan Principles (siehe Box 3) von 1977 überwiegend Sozialstandards und Handelbeziehungen geregelt wurden, thematisieren jüngere Codes zunehmend auch die Verantwortung von Unternehmen für Menschenrechte, Umwelt-, Natur-, Verbraucherschutz oder Bestechung (siehe Abbildung 3).

**Abbildung 3: Themen von Verhaltenskodizes**

Quelle: OECD 2001: 8

Vor diesem Hintergrund wird in den folgenden Kapiteln dieser Studie untersucht, inwiefern bestehende Verhaltenskodizes Umwelt- und Ressourcenkonflikte erfassen. Anhand von Voruntersuchungen zur Thematik soll zunächst beurteilt werden, welche Codes einen Bezug zu diesem Thema haben und im zweiten Schritt analysiert werden, ob und wie einzelne Determinanten von umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten von den Codes abgedeckt werden.

### 3.3 Forschungsstand und bestehende Voruntersuchungen

Der Forschungsgegenstand zu Verhaltenskodizes, die Unternehmensverantwortung in Umwelt-, Ressourcen und anderen Konfliktsituationen thematisieren, ist bisher äußerst gering. Erst in jüngster Zeit haben sich einige Arbeiten direkt oder indirekt mit dem Thema auseinandergesetzt.<sup>11</sup>

In einer von der Weltbank in Auftrag gegebenen Studie (Bannon und Collier 2003) zum Einfluss natürlicher Ressourcen auf gewaltsam ausgetragene Konflikte untersucht der kanadische Wissenschaftler Philippe Le Billon verschiedene internationale Instrumente und Durchsetzungsmechanismen zur Regulierung des Handels mit solchen Ressourcen, die zu Konflikten beitragen. Le Billon (ibid.) geht davon aus, dass die Einnahmen aus dem Abbau natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern häufig dazu verwendet werden, gewaltsam

<sup>11</sup> Hierzu zählen insbesondere die Arbeiten von Le Billon 2003, Switzer und Ward 2004, Ipsen et al. 2004, Rieth und Zimmer 2004.

ausgetragene Konflikte zu finanzieren.<sup>12</sup> Während der Staat nach wie vor der wichtigste Akteur<sup>13</sup> zur Lösung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten bleibt, gewinnen zunehmend auch andere Akteure an Bedeutung. In seiner Studie diskutiert Le Billon (ibid.) unter anderem die Möglichkeit, durch Verhaltenskodizes Umwelt- und Ressourcenkonflikte in solchen Fällen einzudämmen, wo sie durch die Tätigkeit multinationaler Unternehmen verstärkt werden.<sup>14</sup> Dabei stellt er fest, dass Verhaltenskodizes, die bewaffnete oder Umwelt- und Ressourcenkonflikte thematisieren, im Vergleich zu anderen Themenfeldern noch nicht weit entwickelt sind.

Die Tatsache, dass multinationale Unternehmen im Vordergrund der Regulierungsbemühungen durch Verhaltenskodizes stehen, hängt damit zusammen, dass sie durch ihre Geschäftstätigkeit in Krisenregionen nicht selten zu einer Verschärfung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten beitragen. Dies gilt insbesondere für große transnationale Unternehmen der Rohstoffindustrie. Ein gemeinsames Charakteristikum dieser Unternehmen ist, dass sie im Fall von Krisen nicht auf andere Produktionsstandorte ausweichen können, da Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas, Edelsteine etc. nur in bestimmten Regionen vorkommen. Zusätzlich sind standort- und anlagenspezifische Investitionen – etwa der Bau von Pipelines und Minen – im Regelfall sehr hoch. Dadurch haben diese Unternehmen starke Anreize, an einem Standort zu bleiben, auch wenn dort Konflikte auftreten. Dabei können sie zum einen versuchen, den Konflikt weitestgehend zu ignorieren und sich selbst lediglich vor den negativen Auswirkungen des Konfliktes zu schützen. Ein Unternehmen kann aber auch positive Beiträge zur Prävention des Konfliktes leisten (Rieth und Zimmer 2004: 76).

Ingesamt hebt Le Billon nur wenige Verhaltenskodizes<sup>15</sup> hervor, die sich dem Thema umwelt- und ressourcenbezogene Krisen und Konflikte auch tatsächlich annehmen. Allerdings verfügen diese Codes über keine verbindliche Durchsetzung der formulierten Ziele. Auch Switzer und Ward (2004) kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass umwelt- und ressourcenbezogene Krisen und Konflikte im Rahmen der CSR-Debatte wenig Beachtung finden: "The business and violent conflict agenda is still taking shape." (Switzer und Ward 2004: xxi). Eine OECD-Studie von immerhin 246 unilateralen Codes und Codes aus gemischten Interessensgruppen enthält beispielsweise nicht ein einziges Mal die Begriffe „conflict“ oder „crisis“ (ibid., OECD 2001).

---

<sup>12</sup> „Arguably, natural resources have provided the bulk of revenues that have financed wars in developing countries since the end of the cold war“ (Le Billon 2003: 215).

<sup>13</sup> Ähnlich sieht es auch Jenkis (2001: 39): „[...] codes of conduct have grown rapidly in the aftermath of the period of extensive liberalization. However, the growth of codes as such has not led to the reduced role of the state, although the reverse may be partially true. Corporate codes often explicitly mention the need to observe local standards as an element in their code, whether in terms of hours of work, wage levels or environmental standards. It would be a mistake to see codes of conduct as a substitute for government regulation, and any realistic evaluation of codes must take this point into account.“

<sup>14</sup> Le Billon diskutiert außerdem ökonomische Sanktionen, unterschiedliche juristische Instrumente, die Konditionierung von Hilfsprogrammen, die ökonomische Überwachung von Staaten und NRO sowie Medienarbeit als Instrumente zur Eindämmung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten und zur Durchsetzung bestehender Gesetze.

<sup>15</sup> Le Billon erfasst die Global Mining Initiative (Vorläufer des ICMM), den UN Global Compact, die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Diese Codes wurden in dieser Studie ebenfalls ausgewertet (siehe Anhang 1).

### 3.4 Codes of Conduct zu umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten?

Aus der Literaturanalyse werden in diesem Kapitel zunächst relevante, internationale Codes ausgewählt, einzeln erfasst und allgemeine Informationen sowie Angaben zu ihrer Gültigkeit, Grundsätze und Umsetzung aufgezeigt. Außerdem wird geprüft, ob die Codes die Bereiche Umwelt und Sicherheit sowie Korruption, Bestechung und Transparenz behandeln. Eine systematische Analyse hierzu befindet sich in Anhang 1. Dabei wurde zunächst geprüft, ob die Verhaltenskodizes allgemein Krisen und Konflikte behandeln. Anschließend wurde untersucht, ob die behandelten Krisen und Konflikte einen Bezug zu Umweltdegradation oder Ressourcennutzung haben.

Auf eine Analyse indirekter Konflikt determinanten in den Codes wird an dieser Stelle verzichtet, da alle Codes dazu dienen, ein verantwortungsbewusstes Handeln von Unternehmen zu fördern. Sie behandeln also immer einzelne indirekte Konflikt determinanten, ohne dass daraus wirkliche Schlüsse über die Konfliktsensibilität von Unternehmen gezogen werden können.

### 3.5 Analyse von Codes of Conduct

In der wissenschaftlichen Diskussion werden fünf Typen von Verhaltenskodizes unterschieden, was bereits die Vielfalt an bestehenden Ansätzen widerspiegelt (vgl. Jenkins 2001, Fuchs 2000):

1. **Unternehmenskodizes** (Company Codes): Sie sind alleine vom Unternehmen entwickelt oder angenommen worden und beziehen sich auf die eigenen Geschäftspraktiken oder die der Zulieferfirmen. Ihre Entwicklung ist häufig ‚antizipierend‘, indem sie angekündigte oder „drohende“ staatliche Regulierungen vorwegnehmen oder diese verhindern;
2. **Branchenkodizes** (Trade Association Codes): Sie werden von einer Gruppe von Firmen entwickelt bzw. angenommen, die einer bestimmten Branche angehören (Ölindustrie, extraktive Industrie, Spielwarenbranche etc.). Analog zu den Unternehmenskodizes steht auch hier häufig eine ‚antizipierende‘ Logik der Kodizes im Vordergrund;
3. **Gemischte Interessensgruppenkodizes** (Multi-stakeholder Codes): Diese Verhaltenskodizes werden durch Verhandlungen zwischen mehreren Interessensgruppen wie Unternehmen, NRO, Gewerkschaften oder auch Regierungen ausgehandelt;
4. **Modellkodizes** (Model Codes, Framework Codes): Sie werden als Leitfäden oder „Best-Practice-Modelle“ verschiedener Organisationen wie Gewerkschaften, Universitäten, NRO etc. entwickelt. Unternehmen treten diesen Codes nicht bei, aber sie berücksichtigen vereinzelt Modellkodizes bei der Entwicklung eigener Codes. Modellkodizes stellen oft höhere Ansprüche als die Verhaltenskodizes von Unternehmen, dienen als Orientierungsgrößen und umfassen einen breiteren politischen Forderungskatalog;
5. **Zwischenstaatliche Verhaltenskodizes** (Intergovernmental Codes): Sie bezeichnen Verhaltenskodizes, die durch internationale Organisationen verhandelt und von

nationalen Regierungen anerkannt werden. Beispiele hierfür sind etwa die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen oder die Kernarbeitsnormen der ILO.

In dieser Studie wurden fast alle Kodextypen in Betracht gezogen. Lediglich die Unternehmenscodes wurden vernachlässigt. Sie sind erstens zu zahlreich und zweitens wurde in Stichproben kein Kodex gefunden, der einen direkten Krisen- oder Konfliktbezug aufweist. Im Übrigen sind viele Unternehmenskodizes an bestehende Kodizes, wie die OECD Leitsätze oder die Sullivan Principles (vgl. Box 3), angelehnt. So wurden die Global Sullivan Principles bereits von über 300 multinationalen Unternehmen<sup>16</sup> unterzeichnet. Auch in den Interviews verwiesen Unternehmensvertreter wiederholt auf internationale Codes wenn es um die Regelung bestimmter Handlungsbereiche geht, wie beispielsweise Fragen der Beachtung von Menschenrechten.

### **Box 3: (Global) Sullivan Principles (GSP)**

Einen wichtigen Ausgangspunkt für viele aktuelle Verhaltenskodizes stellen die „Sullivan Principles“ dar. Leon H. Sullivan († 2001), Pastor und Mitglied des Aufsichtsrates von General Motors, verfasste 1977 Grundsätze sozial verantwortlicher Unternehmensführung. Sie sollten vor allem den Umgang US-amerikanischer Transnationaler Konzerne (TNK) beim Handel mit und Investitionen in Südafrika regeln. Bis 1986 hatten bereits über 200 Unternehmen diese unterzeichnet. Diesem Kodex folgten weitere, die den Umgang mit Nordirland und China regeln sollten, bevor die „Sullivan Principles“ 1999 zu einem globalen Standard (Global Sullivan Principles) für allgemeine Geschäftspraktiken weiterentwickelt wurden.

Die GSP gelten für alle Unternehmen und ihre Arbeitnehmer in allen Industriezweigen und in allen Ländern. Bis heute haben sich weltweit mehr als 300 überwiegend US-amerikanische Unternehmen, NRO und Universitäten zu diesen Grundlagen verpflichtet. Zu den Unterzeichnern gehören auch einige multinationale Unternehmen, wie etwa DaimlerChrysler, General Motors, Coca-Cola etc.

Zu den (acht) Grundsätzen gehören die Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und die Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven für alle Arbeiter in allen Industriezweigen und in allen Ländern. Die Umsetzung und Überwachung wird den einzelnen Unternehmen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung überlassen.

Die Unternehmen, die sich diesen Grundsätzen verpflichtet haben, müssen einen jährlichen Bericht über die Fortschritte bei der Erfüllung der Grundsätze vorlegen und sollten jährlich mit anderen daran teilnehmenden Unternehmen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen. Nach dem Tod von Sullivan führt die Sullivan-Stiftung die Arbeit fort. Es bleibt unklar, wie die Stiftung die Einhaltung der Prinzipien überwacht und fördert. Gewaltsame Konflikte erwähnen die GSP nicht.

Links: [http://www.globalsullivanprinciples.org/Endorser\\_list\\_Oct9.PDF](http://www.globalsullivanprinciples.org/Endorser_list_Oct9.PDF) (15.02.2005)

<http://www.leonhsullivanfoundation.org> (15.02.2005)

Vor dem Hintergrund der Untersuchung ausgewählter einschlägiger Codes und unter Berücksichtigung der bestehenden Voruntersuchungen von Le Billon (2003), Switzer und Ward (2004) und Leipziger (2003), wurden diejenigen Kodizes eingehender untersucht, die das größte Potential im Hinblick auf eine Regelung von umwelt- und ressourcenbezogenen Krisen und Konflikten aufweisen. Hierzu gehören die folgenden Kodizes:

<sup>16</sup> Vgl.: [http://www.globalsullivanprinciples.org/Endorser\\_list\\_Oct9.PDF](http://www.globalsullivanprinciples.org/Endorser_list_Oct9.PDF) (15.02.2005)

**Tabelle 1: Relevante Verhaltenskodizes und Initiativen**

<b>Verhaltenskodex / Initiative</b>	<b>Internet-Link (Stand 15.02.2005)</b>
AMNESTY INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS PRINCIPLES FOR COMPANIES (1998)	<a href="http://web.amnesty.org/library/index/engACT700011998?open&amp;of=eng-398">http://web.amnesty.org/library/index/engACT700011998?open&amp;of=eng-398</a>
BUSINESS PRINCIPLES FOR COMBATTING BRIBERY, TRANSPARENCY INTERNATIONAL AND SOCIAL ACCOUNTABILITY INTERNATIONAL (2002)	<a href="http://www.transparency.org/building_coalitions/private_sector/business_principles.html">http://www.transparency.org/building_coalitions/private_sector/business_principles.html</a>
CHECKLIST FOR CORPORATE ACTORS IN ZONES OF CONFLICT (2003)	<a href="http://www.nho.no/files/Responsible_Engagement_1.pdf">http://www.nho.no/files/Responsible_Engagement_1.pdf</a>
COLLABORATIVE FOR DEVELOPMENT ACTION'S CORPORATE ENGAGEMENT PROJECT	<a href="http://www.cdainc.com/cep/">http://www.cdainc.com/cep/</a>
EUROPEAN PARLIAMENT RESOLUTION ON EU STANDARDS FOR EUROPEAN ENTERPRISES OPERATING IN DEVELOPING COUNTRIES: TOWARDS A EUROPEAN CODE OF CONDUCT (1999)	<a href="http://www.citinv.it/associazioni/CNMS/archivio/convensioni/parlamentoEU.html">http://www.citinv.it/associazioni/CNMS/archivio/convensioni/parlamentoEU.html</a>
EQUATOR PRINCIPLES (EP)	<a href="http://www.equator-principles.com/documents/Equator_Principles.pdf">http://www.equator-principles.com/documents/Equator_Principles.pdf</a>
EXTRACTIVE INDUSTRIES TRANSPARENCY INITIATIVE (EITI), (2002)	<a href="http://www2.dfid.gov.uk/news/files/extractiveindustries.asp">http://www2.dfid.gov.uk/news/files/extractiveindustries.asp</a>
GLOBAL SULLIVAN PRINCIPLES (GSP), (1997)	<a href="http://www.leonhsullivanfoundation.org/">http://www.leonhsullivanfoundation.org/;</a> <a href="http://www.globalsullivanprinciples.org/principles.htm">http://www.globalsullivanprinciples.org/principles.htm</a>
GUIDELINES CONCERNING HUMAN RIGHTS AND ENVIRONMENT FOR NORWEGIAN COMPANIES ABROAD (2003)	<a href="http://www.milli.no/%7Eforum/dokumenter/guidelines.rtf">http://www.milli.no/%7Eforum/dokumenter/guidelines.rtf</a>
INTERNATIONAL CHAMBER OF COMMERCE. RULES OF CONDUCT TO COMBAT EXTORTION AND BRIBERY (1999)	<a href="http://www.iccwbo.org/home/statements_rules/rules/1999/briberydoc99.asp">http://www.iccwbo.org/home/statements_rules/rules/1999/briberydoc99.asp</a> <a href="http://www.iccwbo.org/home/environment/charter.asp">http://www.iccwbo.org/home/environment/charter.asp</a>
INTERNATIONAL CODE OF ETHICS FOR CANADIAN BUSINESS (2002)	<a href="http://www.cdp-hrc.uottawa.ca/globalization/busetics/codeint.html">http://www.cdp-hrc.uottawa.ca/globalization/busetics/codeint.html</a>
INTERNATIONAL COUNCIL ON MINING AND METALS (ICMM) PRINCIPLES	<a href="http://www.icmm.com/icmm_principles.php">http://www.icmm.com/icmm_principles.php</a>
OECD LEITSÄTZE FÜR MULTINATIONALE UNTERNEHMEN (2000)	<a href="http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/M-O/oecd-leitsaetze.property=pdf.rwb=true.pdf">http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/M-O/oecd-leitsaetze.property=pdf.rwb=true.pdf</a>
UN GLOBAL COMPACT (2000)	<a href="http://www.unglobalcompact.org">http://www.unglobalcompact.org</a>
UN NORMS ON THE RESPONSIBILITIES OF TRANSNATIONAL CORPORATIONS AND OTHER BUSINESS ENTERPRISES WITH REGARD TO HUMAN RIGHTS (2003)	<a href="http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?Opendocument">http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?Opendocument</a>
US-UK VOLUNTARY PRINCIPLES ON SECURITY AND HUMAN RIGHTS (2000)	<a href="http://www.state.gov/g/drl/rls/2931.htm">http://www.state.gov/g/drl/rls/2931.htm</a>
WOLFSBERG ANTI MONEY LAUNDERING PRINCIPLES (2002)	<a href="http://www.wolfsberg-principles.com/">http://www.wolfsberg-principles.com/</a>
WORLD BANK OPERATIONAL POLICIES	<a href="http://wbln0018.worldbank.org/Institutional/Manuals/OpManual.nsf/TOC1-DefinitionsOPs?OpenPage">http://wbln0018.worldbank.org/Institutional/Manuals/OpManual.nsf/TOC1-DefinitionsOPs?OpenPage</a>

In dieser Auswahl finden sich sowohl eine Reihe namhafter Multistakeholder Codes, wie die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen oder der UN Global Compact, als auch kleinere Modellkodizes und Branchenkodizes.

Von diesen 18 Kodizes thematisieren nur wenige das Verhalten von Unternehmen in Krisen- und Konfliktregionen (ohne dass diese Krise oder Kriege zwingend einen Bezug zu natürlichen Ressourcen haben). Dazu gehören:

- ❖ *Global Compact (GC)*
- ❖ *US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights (US-UK Principles)*
- ❖ *UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights (VN Normen)*
- ❖ *NHO-PRIO Leitfaden: Corporate Actors in Zones of Conflict (Leitfaden) und die Guidelines Concerning Human Rights and Environment for Norwegian Companies Abroad (Guidelines HRE)*

Diese Codes und Initiativen werden im folgendem kurz vorgestellt und der Konfliktbezug näher erläutert.

### 3.5.1 Global Compact (GC)

Im Rahmen der Diskussion um Corporate Social Responsibility und Codes of Conduct wurde dem Global Compact der Vereinten Nationen in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet, obwohl er nach eigener Definition kein Verhaltenskodex ist: „The Global Compact is not a code of conduct. Rather, it seeks to add new dimensions to good corporate citizenship by creating a platform - based on universally accepted principles - to encourage innovative new initiatives and partnerships with civil society and other organizations”<sup>17</sup> Für diese Studie wird der Global Compact aber im weitesten Sinne auch als Verhaltenskodex gewertet, da er zum einen mit seinen zehn Prinzipien Verhaltensleitlinien vorgibt, zum anderen sich historisch aus der Debatte innerhalb der Vereinten Nationen um einen internationalen Kodex für Unternehmen herausgebildet hat.

#### Box 4: Der lange Weg zum Global Compact

Die Entstehung des Global Compact steht im Zusammenhang mit einer mehr als 30 Jahre alten Auseinandersetzung innerhalb der VN über die Regulierung von multinationalen Unternehmen. Bereits 1974 gründete der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) aufgrund von Empfehlungen der VN Mitgliedstaaten das „Center for Transnational Corporations“ (CTC), das verbindliche Kriterien und Verfahren entwickeln sollte, um die Aktivitäten von TNK zu regulieren. 1982 legte das CTC einen VN „Draft Code of Conduct for Transnational Corporations“ vor, der aber auf Grund von Widersprüchen im Vorfeld und im Ausschuss selbst nicht verabschiedet wurde. Nach mehreren schwierigen Debatten innerhalb der VN wurde 1992 die Verabschiedung global verbindlicher Standards verworfen. Im März 1993 kündigte der VN Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die Umstrukturierung der ökonomischen

<sup>17</sup> Vgl.: <http://www.unglobalcompact.org/Portal/Default.asp> (15.02.2005). Siehe hierzu auch Schorlemer 2003.

und sozialen Abteilungen an, in dessen Folge das CTC aufgelöst wurde. Anfang 1999 begann im ECOSOC eine erneute Diskussion um einen Kodex für multinationale Unternehmen.

Der Global Compact wurde dann 1999 anlässlich einer Rede von Kofi Annan vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos ins Leben gerufen und im Juli 2000 offiziell eingerichtet. Innerhalb der VN sind neben dem Generalsekretär und dem Global-Compact-Büro das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisationen der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) sowie das Hochkommissariat für Menschenrechtsfragen (UNHCHR) beteiligt. Seit Januar 2002 unterhält der Global Compact einen Beirat, der die Initiative auf verschiedenen Ebenen unterstützen soll. Er besteht aus Vertretern der Privatwirtschaft, Gewerkschaften, NRO, Wissenschaft sowie Beobachtern aus fünf VN Mitgliedsstaaten.

Der GC bleibt unverbindlich, basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und gilt für alle Akteure, die sich zu ihm bekennen (Unternehmen, NRO, Verbände etc.). Eine Teilnahme ist prinzipiell allen Unternehmen möglich, die durch ihre Geschäftstätigkeit nicht grundsätzlich gegen die Mission der Vereinten Nationen verstoßen. Hierzu zählen etwa Unternehmen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, Landminen herstellen oder verkaufen, Zwangs- und Kinderarbeit tolerieren etc. Mittlerweile haben sich bereits 1.930 (Stand: 21.02.05) Akteure der Initiative angeschlossen, darunter multinationale Konzerne wie Shell, DaimlerChrysler, Novartis, Nike aber auch zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft wie Amnesty International, World Wildlife Fund for Nature und der Bund freier Gewerkschaften<sup>18</sup> Teilnehmende Unternehmen sollen in „Communications on Progress“ (COP) ihre jeweiligen Maßnahmen auf dem Weg zur Einhaltung der zehn GC-Prinzipien öffentlich machen. Diese COP können z.B. ihre jeweiligen Jahres- oder Nachhaltigkeitsberichte sein, die auf der Webseite des Global Compact gesammelt werden. Von den fast 2000 Teilnehmern liegen bisher allerdings nur 248 solcher COP vor. Statt einem festgelegten Kontroll- und Sanktionssystem sieht der Global Compact vor, Konzerne für gute Beispiele (best practices) im Zusammenhang mit der Erfüllung der Prinzipien zu loben und dies öffentlich zu machen.

Die ursprünglichen neun Prinzipien des GC behandeln Nachhaltigkeit, Menschenrechte und soziale Mindeststandards, nicht aber explizit die Rolle von Unternehmen in Krisen- und Konfliktregionen. Die Prinzipien wurden später um ein zehntes Prinzip gegen Bestechung und Korruption erweitert. In seiner Rolle als Dialognetzwerk richtete der GC 2001 ein Dialogprozess mit dem Thema „The Role of the Private Sector in Zones of Conflict“ ein (siehe auch Kapitel 3). Hier wird besonders das friedensfördernde Potential von Unternehmen angesprochen:

“Conflict prevention is a business issue because it affects corporate activity, but also because corporations can make an important contribution to conflict prevention and resolution”.<sup>19</sup>

Im Zuge des Dialogprozesses wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, sowie Studien und Leitfäden zum Thema publiziert. Auf der Webseite des GC ist außerdem ein Forum zum

<sup>18</sup> Für eine Übersicht der Teilnehmer am Global Compact vgl.: <http://www.unglobalcompact.org> (12.05.2005). Das Global Compact Deutschland Netzwerk zählt zurzeit 47 Mitgliedsunternehmen (vgl. <http://www.gtz.de/de/leistungsangebote/2701.htm>; 12.05.2005)

<sup>19</sup> <http://www.unglobalcompact.org/Portal/Default.asp?> (12.05.2005)

Thema Konfliktprävention eingerichtet, auf dem sich zudem ein ausführlicher „Business Guide for Conflict Impact Assessment and Risk Management“ findet: “This Guide shows how corporations can avoid doing harm in such environments and do good both for themselves and for all relevant stakeholders”.<sup>20</sup>

Der Global Compact hat mit dem Schwerpunktthema zur Rolle von Unternehmen in Konfliktgebieten ein Zeichen gesetzt. Allerdings bleibt offen, inwiefern er Unternehmen auch faktisch anspricht. Am eingerichteten Arbeitskreis zum Thema „Unternehmen und Konflikt“ beteiligen sich nach Aussage von Teilnehmern nur wenige Vertreter von Unternehmen. Der Global Compact als eine Art ‚Code‘ bleibt bisher unverbindlich und verfügt über keinerlei Maßnahmen zur Durchsetzung seiner zehn Prinzipien. Bisher haben nur knapp 13 Prozent aller Beteiligten Informationen über die Einhaltung bzw. Umsetzung der Prinzipien auf der GC-Webseite zur Verfügung gestellt. Die Schwelle zur Unterzeichnung des GC scheint gering. So haben einzelne der im Rahmen dieser Studie interviewten Unternehmen angegeben, dem GC im Wesentlichen aus Imagegründen beizutreten, ohne dass diese Unternehmen ihre Unternehmenspolitik bzw. Unternehmensgrundsätze dafür ändern müssten.

Dennoch verfügt der GC als Initiative der VN und ihres Generalsekretärs über moralische Autorität, die eine Leitbildfunktion annehmen könnte. Auch die Organisation als Netzwerk und Informationsplattform hat Vor- und Nachteile zugleich: einerseits bleibt die Umsetzung der zehn Prinzipien unspezifisch, andererseits ist der GC gerade deshalb für viele Unternehmen interessant. Auf diese Weise ist es dem GC möglich, eine „kritische Masse“ beteiligungswilliger Unternehmen in seine Arbeit einzubeziehen. Der GC besitzt das Potential, CSR relevante Themen auf die politische Agenda zu setzen und global zu verankern. Während mehrere Unternehmensvertreter in den Interviews deshalb den GC lobten, vertraten sie gleichzeitig die Meinung, dass der GC sich nun formiert habe und einen nächsten Schritt zu Erreichung seiner Ziele nehmen müsse. Für Unternehmen sei insbesondere wichtig, dass der GC nicht abstrakt bleibe. Die Prinzipien wirken dadurch eher wie ein Wunschkatalog, ohne Hilfestellungen oder Anweisungen zu ihrer Umsetzung. Auch McKinsey (2004) betont in der GC Evaluierung von 2004, dass nun die Formierungsphase beendet sei und im nächsten Schritt eine konkrete Hilfestellung zur Umsetzung der Prinzipien folgen müsse. Unternehmen sehen auch Gefahr darin, dass der Prozess auf Grund der zunehmenden Rolle von NRO zu schwerfällig werde und die Unternehmen in die Defensive gedrängt würden. Das würde dem bisher bestehenden, konstruktiven Dialog zwischen Wirtschaft und Vereinten Nationen sehr schaden. Viele Unternehmensvertreter machten deutlich, dass die Aufnahme weiterer Prinzipien der Änderung eines Vertrages im Nachhinein gleiche und zu einem großen Vertrauensverlust bei den Unterzeichnern führen würde.

Im Ergebnis thematisiert der GC Umwelt- und Ressourcenkonflikte zwar nicht als gesonderte Kategorie, greift aber mit den Aspekten Korruption, Transparenz, Menschenrechte und Nachhaltige Entwicklung einzelne Aspekte dieses Problems auf.

---

<sup>20</sup> [http://www.unglobalcompact.org/irj/servlet/prt/portal/prtroot/com.sapportals.km.docs/ungc\\_html\\_content/Dialogue/PolicyDialogues2002/ZonesOfConflict/BusinessGuide.pdf](http://www.unglobalcompact.org/irj/servlet/prt/portal/prtroot/com.sapportals.km.docs/ungc_html_content/Dialogue/PolicyDialogues2002/ZonesOfConflict/BusinessGuide.pdf) (12.05.2005)

### 3.5.2 US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights (US-UK Principles)

Die US-UK Principles (US-UK Principles 2001)<sup>21</sup> wurden im Dezember 2000 von der britischen und der US-amerikanischen Regierung vorgestellt und verstehen sich als Richtlinien und Leitfaden für das Management unternehmensspezifischer Sicherheitsvorkehrungen in Krisengebieten. Sie sind freiwillig und unverbindlich und gelten ausschließlich für Unternehmen aus der extraktiven Industrie, die sich zu den Prinzipien bekennen. An der Formulierung haben neben Regierungsvertretern auch Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen gearbeitet, nämlich:

- Die Regierungen der USA und Großbritanniens (die niederländische und norwegische Regierung traten später bei);
- Die Unternehmen BP, Chevron, Conoco, Freeport McMoran, Rio Tinto, Shell und Texaco (ExxonMobil und Occidental Petroleum traten später bei);
- Die NRO Amnesty International, Business for Social Responsibility, the Council on Economic Priorities, Fund for Peace, Human Rights Watch, International Alert, International Federation of Chemical, Mine and General Workers' Unions, Lawyers Committee for Human Rights und das International Business Leaders' Forum.

Die US-UK Principles behandeln die Aspekte „Sicherheit und Menschenrechte“ für die extraktive Industrie, um praktische Richtlinien für ihre Gewährleistung in den jeweiligen Sektoren zu fördern. Dabei werden vor allem die Beziehungen zu den Regierungen und Sicherheitskräften wie Militär und Polizei des Gastlandes sowie das Verhältnis zu privaten Sicherheitsdiensten thematisiert. Die teilnehmenden Unternehmen erkennen an, dass unternehmerische Tätigkeit positiven wie negativen Einfluss auf das gesellschaftliche Umfeld haben kann. Insbesondere verpflichten sich die Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte und der Gewährleistung der Sicherheit ihrer Angestellten. Es wird auch gefordert, dass die Unternehmenstätigkeiten im Gastland durch breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit erklärt wird. Auf diese Weise stellen die US-UK Principles einen direkten Krisenbezug insbesondere zu gewalttätigen Auseinandersetzungen her. Dabei wird insbesondere auf die Einhaltung der Menschenrechte durch private<sup>22</sup> und staatliche Sicherheitsapparate eingegangen. Im Vordergrund steht hierbei die rechtzeitige Konfliktanalyse:

“Identification of and understanding the root causes and nature of local conflicts, as well as the level of adherence to human rights and international humanitarian law standards by key actors, can be instructive for the development of strategies for managing relations between the Company, local communities, Company employees and their unions, and host governments. Risk assessments should also consider the potential for future conflicts” (US-UK Principles 2001).

<sup>21</sup> <http://www.state.gov/g/drl/rls/2931.htm> (01.06.2005)

<sup>22</sup> In Krisenregionen lassen Unternehmen häufig ihre Niederlassungen durch private Sicherheitsdienste bewachen. In der Vergangenheit kam es im Zusammenhang mit privaten wie auch staatlichen Sicherheitskräften wie Polizei und Militär zu Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen bei der Bewachung ausländischer Unternehmen (siehe z.B. Branchenanalyse).

Dieser Kodex basiert auf einem breiten Sicherheitsverständnis, das politische, wirtschaftliche, zivile und soziale Faktoren umfasst. Allerdings werden Umweltthemen nicht als sicherheits- und konfliktrelevant eingestuft und somit der spezifische Fokus dieser Studie nicht erfasst. Im Vordergrund der US-UK Principles steht die Informationsvermittlung, um die Skepsis gegenüber der unternehmerischen Tätigkeit in der Öffentlichkeit abzubauen.

Wie bei allen Kodizes bezieht sich die Hauptkritik auf das Prinzip der Freiwilligkeit und deren Unverbindlichkeit. Es gibt keine Mechanismen zur Überprüfung der Einhaltung bzw. Nicht-Einhaltung und Verstöße werden nicht geahndet. Problematisch ist zudem, dass nur vier Regierungen die Prinzipien unterstützen. Es fehlen sowohl die Länder aus besonders betroffenen Regionen wie etwa Nigeria, Kolumbien und Ecuador als auch weitere Länder mit wichtigen Bergbauindustrien (z.B. Australien und China). Dennoch stellen die US-UK Principles eine Grundlage zur Verbesserung von Transparenz in dieser Thematik dar. Sie könnten weiterentwickelt werden, um expliziter das Thema von umwelt- und ressourcenbezogenen Krisen und Konflikten aufzunehmen, da der Kodex bereits auf einem breiten Sicherheitsverständnis basiert und mit dem Fokus auf die Bergbau, Öl- und Gasbranche eine Zielgruppe betrifft, die einen besonderen Bezug zum Thema hat (siehe Kapitel 4).

### **3.5.3 UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights (VN Normen)**

Die VN Normen zu Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte wurden auf der 22. Sitzung der 55. Tagung der VN-Unterkommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte<sup>23</sup> am 13. August 2003 angenommen (UN 2003a, UN 2003b<sup>24</sup>).

Fünf unabhängige Experten aus den fünf Weltregionen, die 1998 als Arbeitsgruppe von der Unterkommission ernannt wurden, erarbeiteten die insgesamt 23 Verhaltensnormen. Entwürfe der VN Normen wurden in öffentlichen Anhörungen der Arbeitsgruppe (2000, 2001) sowie in öffentlichen Sitzungen der Unterkommission (2001, 2003) zur Diskussion gestellt, an der sich NRO, Wissenschaftler, einige Wirtschaftsunternehmen und Verbände aktiv beteiligt haben.

Die Normen basieren auf einem umfassenden Menschenrechtsverständnis, das bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie das Recht auf Entwicklung einschließt. Dabei stützen sie sich auf eine Vielzahl bereits existierender Dokumente, wie z.B. rechtsverbindliche Konventionen der VN oder freiwillige Abkommen (z.B. Rio Erklärung, Grundsatzklärung der ILO, OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen).

Am Primat der staatlichen Verantwortung wird festgehalten. Unternehmen wird aber auch eine Pflicht zur Wahrung und Förderung der Menschenrechte zugesprochen. Die Normen haben keine rechtsverbindliche Wirkung, außer in den Punkten, in denen ohnehin eine internationale Rechtsverbindlichkeit besteht (z.B. Verbot der Sklaverei, der Zwangsarbeit,

---

<sup>23</sup> Es handelt sich hierbei um ein der UN Menschenrechtskommission untergeordnetes Gremium.

<sup>24</sup> Für eine deutsche Übersetzung und ausführliche Kommentierung der Normen vgl.: DGVN 2004.

Folter etc.). Die Normen behandeln auch die Bereiche Korruption, Bestechung und Transparenz.

Fragen unternehmerischer Verantwortung im Zusammenhang mit Krisen- und Konflikten werden im Hinblick auf (Bürger)Kriegssituationen angesprochen. Umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte werden nicht ausdrücklich erwähnt. Sicherheit wird als Schutz vor Krieg, Folter, Völkermord und anderen Menschenrechtsverletzungen verstanden. Das Thema Umwelt wird in Norm 14 geregelt:

„Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen führen ihre Tätigkeit im Einklang mit den die Erhaltung der Umwelt betreffenden innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften, Verwaltungspraktiken und Politiken der Länder, in denen sie tätig sind, sowie im Einklang mit den einschlägigen internationalen Übereinkünften, Grundsätzen, Zielen, Verantwortlichkeiten und Standards in Bezug auf die Umwelt und unter Achtung der Menschenrechte, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Bioethik und des Vorsorgeprinzips und ganz allgemein in einer Art und Weise durch, die zu dem umfassenderen Ziel der nachhaltigen Entwicklung beiträgt“ (DGVN 2004).

Umfassende Kommentare und Durchführungsrichtlinien ergänzen die Normen und sollen zu ihrer Umsetzung beitragen. Sie behandeln konkrete Kriterien für Umsetzung und Kontrolle sowie Rechenschaftslegung durch die Unternehmen selbst<sup>25</sup>:

„Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen unterliegen bezüglich der Anwendung dieser Normen einer regelmäßigen Überwachung und Nachprüfung durch die Vereinten Nationen und andere bereits bestehende oder noch zu schaffende internationale und nationale Mechanismen. Diese Überwachung ist transparent und unabhängig und berücksichtigt die Beiträge von Interessenträgern (einschließlich nichtstaatlicher Organisationen) sowie Informationen, die auf Grund von Beschwerden über Verstöße gegen diese Normen eingehen. Ferner führen transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen regelmäßige Evaluierungen der Auswirkungen ihrer eigenen Tätigkeiten auf die Menschenrechte im Rahmen dieser Normen durch. Die Staaten sollen den erforderlichen Rechts- und Verwaltungsrahmen schaffen und festigen, um sicherzustellen, dass diese Normen und die sonstigen einschlägigen nationalen und internationalen Rechtsvorschriften von den transnationalen Unternehmen und anderen Wirtschaftsunternehmen umgesetzt werden“ (DGVN 2004).

Eine regelmäßige Kontrolle oder ein Monitoring der UN-Normen wird allerdings bisher nicht durchgeführt. Die VN-Unterkommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte verfügt nicht über die ausreichende Legitimität, um die Normen selbst zu verabschieden und zu prüfen, da sie aus Experten und nicht aus Regierungsvertretern besteht (Leipziger 2003: 107). Dies wird auch von der VN-Menschenrechtskommission betont, als sie dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) im Frühjahr am 20. April 2004 folgendes erklärt: „Affirm that document E/CN.4/Sub.2/2003/12/ Rev.2<sup>26</sup> has not been requested by the Commission and, as a draft proposal, has no legal standing, and that the Sub-Commission should not perform any monitoring function in this regard.“<sup>27</sup> Auf dieser 56. Sitzung über die Vorlage der VN Normen ihrer Unterkommission bittet die Menschenrechtskommission den Wirtschafts- und Sozialrat außerdem, beim VN Hochkommissar für Menschenrechte einen

<sup>25</sup> Die allgemeinen Umsetzungsbestimmungen sind in den Normen 15 bis 18 ausführlich geregelt.

<sup>26</sup> E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2 bezeichnet die Dokumentennummer der UN für die Normen.

<sup>27</sup> UN-Dokument E/CN.4/2004/L.11/Add.7

<http://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G04/139/76/pdf/G0413976.pdf?OpenElement> (13.07.2005).

Bericht zur Thematik anzufordern.<sup>28</sup> Dieser Bericht (UN-Dokument: E/CN.4/2005/91) wurde der Menschenrechtskommission Mitte Februar 2005 übermittelt. Als Ergebnis fordert die VN Menschenrechtskommission den Generalsekretär der VN am 15. April 2005 auf, einen Sonderbeauftragten zu benennen:

„Requests the Secretary-General to appoint a special representative on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, for an initial period of two years, who shall submit an interim report to the Commission on Human Rights at its sixty-second session (*Vorraussichtlich im Jahr 2006, Anmerkung Adelphi Research*) and a final report at its sixty-third session (*Vorraussichtlich im Jahr 2007, Anmerkung Adelphi Research*) with views and recommendations for the consideration of the Commission, [...]“ (UN-Dokument: E/CN.4/2005/L.87<sup>29</sup>).

Für den erwähnten Bericht soll der Sonderbeauftragte<sup>30</sup> auf den bisherigen Dialogprozess mit relevanten Stakeholdern aufbauen. Ob es im Anschluss an diesen Prozess zu einer offiziellen Verabschiedung der VN Normen kommt, ist nicht absehbar. Als VN-Dokument genießen diese aber schon jetzt eine hohe moralische Verbindlichkeit. Sie sind ein richtungweisendes Dokument, weil sie die allgemeine Erklärung der Menschenrechte für privatwirtschaftliche Unternehmen operationalisieren und auf den Erfahrungen von hunderten bisheriger Codes und Initiativen aufbauen. Mit der Diskussion von Kriegsverbrechen oder Bürgerkriegssituationen werden explizit Gewaltkonflikte in den Code aufgenommen, die in vielen Verhaltenskodizes vernachlässigt werden. Aus diesem Grund wertet Leipziger (2003) die Initiative als Meilenstein innerhalb der CSR Debatte.

### 3.5.4 NHO-PRIO Leitfaden: Corporate Actors in Zones of Conflict – Responsible Engagement

Beim NHO-PRIO Leitfaden (Bomann-Larsen 2003)<sup>31</sup> zu Corporate Actors in Zones of Conflict handelt es sich um einen Modellkodex, der sich als Leitfaden und Handlungsanweisung an norwegische Unternehmen richtet. Erarbeitet wurde er in Zusammenarbeit des norwegischen Verbandes der Industrie (NHO) mit dem Peace Research Institute Oslo (PRIO), um norwegische Unternehmen für das Thema „Unternehmen in Konfliktgebieten“ zu sensibilisieren und das Thema im Rahmen der generellen CSR-Debatte zu verankern:

“This booklet is intended as a point of departure for understanding responsible engagement by corporations in conflict zones. Responsible engagement means an engagement that includes assessment of indirect responsibility and complicity on the part

<sup>28</sup> “Request the Office of the High Commissioner for Human Rights to compile a report setting out the scope and legal status of existing initiatives and standards relating to the responsibility of transnational corporations and related business enterprises with regard to human rights, inter alia, the draft norms contained in the above-mentioned document and identifying outstanding issues, to consult with all relevant stakeholders in compiling the report, including States, transnational corporations, employers’ and employees’ associations, relevant international organizations and agencies, treaty monitoring bodies and non-governmental organizations, and to submit the report to the Commission at its sixty-first session in order for it to identify options for strengthening standards on the responsibilities of transnational corporations and related business enterprises with regard to human rights and possible means of implementation“ (UN-Dokument E/CN.4/2004/L.11/Add.7).

<sup>29</sup> <http://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G04/139/76/pdf/G0413976.pdf?OpenElement> (13.04.2005)

<sup>30</sup> <http://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G05/125/07/pdf/G0512507.pdf?OpenElement> (13.04.2005).

<sup>31</sup> Bei Redaktionsschluss für diesen Bericht stand noch dieser von Kofi Annan zu ernennende Sonderbeauftragte noch nicht fest.

<sup>31</sup> [http://www.nho.no/files/Responsible\\_Engagement\\_1.pdf](http://www.nho.no/files/Responsible_Engagement_1.pdf) (23.02.2005).

of the company. The conceptual framework introduced here is not proposed as an alternative to existing corporate social responsibility (CSR) strategies and standards. Rather, it aims to elaborate and nuance the concept of CSR." (Bomann-Larsen 2003: 5).

Unternehmerische Tätigkeiten in Krisen- und Konfliktregionen werden explizit angesprochen. Der Leitfaden bietet Handlungsanweisungen, wie sich Unternehmen bzw. ihre Manager im Vorfeld auf Konfliktsituationen einstellen können und welchen positiven Beitrag die Privatwirtschaft zur Reduzierung bestehender oder akuter Konflikte leisten kann. In diesem Zusammenhang wird auf die besondere Bedeutung der extraktiven Industrie sowie des Handels mit wertvollen natürlichen Ressourcen für die Thematik verwiesen (Bomann-Larsen 2003).

Da es sich um einen Modellkodex in Form eines Leitfadens handelt, sind keine Durchsetzungsmechanismen, sondern eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Umsetzung vorgesehen. In Form einer Checkliste von sechs Themenkomplexen sollen Unternehmen und ihre Mitarbeiter für das Thema sensibilisiert werden. Sie soll helfen, im Vorfeld geeignete Strategien und Szenarien zu entwickeln, um konfliktsensibel auf bestehende oder ausbrechende Konflikte zu reagieren.

#### **Box 5: Guidelines Concerning Human Rights and Environment for Norwegian Companies Abroad**

Analog zum NHO-PRIO Beitrag richten sich auch die "Guidelines Concerning Human Rights and Environment for Norwegian Companies Abroad" an norwegische Unternehmen, die im Ausland tätig sind. Es handelt sich dabei um 21 allgemeine Verhaltensrichtlinien zu Menschenrechten, Umweltschutz, Minderheitenschutz, Kinderarbeit etc., die norwegische Unternehmen im Ausland berücksichtigen sollten. Entwickelt wurde dieser Modellkodex von den NRO AGINN (Task Force on the Internationalisation of Norwegian Trade and Industry) und Forum (Forum for Development and Environment).

Die Umsetzung basiert auf freiwilliger Selbstverpflichtung durch die beteiligten Unternehmen sowie der Erwartung an die norwegische Regierung, entsprechende Umsetzungsverpflichtungen parlamentarisch zu formulieren.

Die Agenda 21 und die so genannten Rio-Konventionen (Biodiversität, Klima und Desertifikation) sowie Aspekte der Internalisierung externer Kosten (Prinzipien 13, 14, 15) sind ebenso berücksichtigt wie das Thema Sicherheit und Konflikt: „Show particular care when establishing an enterprise in countries afflicted by war, civil war, or under the threat of war". (Prinzip 18)

Auch hier handelt es sich weniger um einen Code of Conduct, als um NRO Forderungen. Dennoch wird auch hier das Thema von Unternehmen in Konfliktregionen explizit aufgegriffen, was diesen „NRO-Code“ von Unternehmenscodes absetzt.

Links: <http://www.milli.no/%7Eforum/dokumenter/guidelines.rtf> (23.02.2005)

Der NHO-PRIO Leitfaden erfasst außerdem Nachhaltigkeit im Sinne negativer Umweltauswirkungen für zukünftige Generationen. Auch die Themen Korruption, Bestechung und Transparenz werden im Leitfaden aufgegriffen.

Der NHO-PRIO Leitfaden ist kein Kodex im herkömmlichen Sinn. Vielmehr ist er eine Aufzählung von Fragen, die bei einem unternehmerischen Engagement in Krisenregionen beachtet werden sollten. Allerdings zeichnet diesen Modellkodex aus, dass er sich mit dem Thema „Unternehmen und Konfliktregionen“ ausführlich befasst und gleichzeitig einen Bezug zu Umwelt und natürlichen Ressourcenkonflikte herstellt. Gleichzeitig bleibt offen, ob der Leitfaden überhaupt in Unternehmen angewendet wird.

### **3.6 Zwischenfazit**

Nach einer ersten Auswahl von CoC anhand von Voruntersuchungen und eigenen Recherchen wurden 18 CoC identifiziert (siehe Anhang 1) und näher auf einen direkten Bezug zu Krisen und Konflikten untersucht. Von den 18 CoC haben nur die in diesem Kapitel diskutierten vier Kodizes einen direkten Bezug zu Konflikten, der aber auf unterschiedliche Weise ausfällt. Der Global Compact behandelt das Thema nicht in seinen zehn Prinzipien, sondern in einem gesonderten Dialogprozess. Demgegenüber erkennen die US-UK Guidelines den positiven oder negativen Einfluss unternehmerischer Tätigkeit in Konfliktregionen an. Allerdings erfassen sie nicht die Umwelt- oder Ressourcendimension. Die VN Normen greifen das Thema vor dem Hintergrund eines umfassenden Menschenrechtsschutzes auf, indem sie die Verantwortung von Unternehmen in Bürgerkriegs- und Konfliktsituationen in den Vordergrund rücken.

Explizit greift der NHO-PRIO Leitfaden diese Thematik auf, da er die unternehmerische Tätigkeit in Konfliktregionen direkt behandelt und sich auch der Ressourcendimension von Gewaltkonflikten annimmt. Dabei versteht sich der Modellkodex als Handlungsanweisung für Unternehmer und Manager, der versucht, das Thema innerhalb der generellen CSR-Debatte zu verankern und fördern.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass alle bisher besprochenen Initiativen gravierende Schwächen im Hinblick auf eine effektive Durchsetzung und Überwachung ihrer festgeschriebenen Leitsätze, Normen oder Prinzipien aufweisen. Die Durchsetzung oder die Einhaltung der jeweiligen Kodizes bleibt unverbindlich und eventuelle Verfehlungen einzelner Unternehmen können nicht sanktioniert werden. Wenn multinationale Unternehmen die von ihnen unterzeichneten Codes oder Initiativen missachten, müssen sie allenfalls einen Reputationsverlust befürchten. Allerdings zögern Unternehmen, sich an Initiativen zu beteiligen, die bei freiwilligen oder unfreiwilligen Regelverstößen Sanktionen nach sich ziehen würden. Die Interviews mit Unternehmensvertretern zeigten aber auch, dass einige Unternehmen auch internationale Kodizes meiden, die keine Überprüfung der Verpflichtungen verlangen, da Reputationsrisiken bei Verstößen trotzdem bestehen. Außerdem sind auch freiwillige Codes mit regelmäßiger Berichterstattung verbunden. Dieser zusätzliche administrative Aufwand von Kodizes wird von vielen Unternehmen gemieden. Deshalb verweisen Unternehmen oftmals auf unternehmensinterne Richtlinien und Grundsätze, die bereits die entsprechende Thematik weitgehend abdecken.

Einige Unternehmen haben aber auch internationale Codes of Conduct in ihren Tätigkeiten integriert. Die Banken, beispielsweise, haben in Anlehnung an Codes wie den Equator Principles (vgl. Box 6) detaillierte Risikoabschätzungsmechanismen entwickelt, die indirekte Konflikt determinanten mit erfassen. Anhand dieser Kriterien werden häufig Projektfinanzierungen abgelehnt.

#### **Box 6: Equator Principles**

Die Equator Principles (EP) wurden im Juni 2003 von zehn Grossbanken unterzeichnet, die gemeinsam einen Anteil von insgesamt 30% des Marktes der Projektfinanzierung haben (Switzer und Ward 2004). Mittlerweile haben sich 31 Banken verpflichtet, durch die EP Umsetzung die Umwelt- und Sozialrichtlinien der Weltbank-Gruppe einzuhalten.

Die Unterzeichner der Equator Principles verpflichten sich, Projekte mit einem Volumen von über 50 Millionen US Dollar in drei Risikoklassen (A/B/C) einzustufen. Projekte mit hoher Risikoklasse A haben wahrscheinlich signifikant negative Auswirkungen auf die Umwelt, die „spürbar, vielfältig oder beispiellos“ sind (z.B. irreversibler Verlust von Biodiversität, Umsiedlungsmaßnahmen, Schädigung von Kulturgütern). Weniger gravierend sind die Projekte der mittleren Risikoklasse B. Die möglichen negativen Auswirkungen sind z.B. spezifisch auf den Ort des Projektes beschränkt und nur selten irreversibel. Projekte der niedrigen Risikoklasse C haben voraussichtlich keine negativen Auswirkungen. Der Schuldner von Projekten der Kategorien A und B muss eine „Umweltprüfung“ (Environmental Assessment, EA) für das Projekt durchführen. Für alle Projekte der Kategorie A und manche Projekte der Kategorie B muss außerdem ein EMP (Environmental Management Plan) vor der Bewilligung entworfen werden, der die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Auf dieser Grundlage entscheiden die Banken dann über die Finanzierung der Projekte.

Im EA sollen Umwelt- und soziale Projektauswirkungen geprüft werden, wie etwa Nachhaltigkeit & Nutzen von erneuerbaren Energien, sozio-ökonomische Auswirkungen, Landnutzung, Auswirkungen auf Ureinwohner und ihren Gemeinschaften, unfreiwillige Umsiedlungen etc. Der EP Mechanismus erfasst damit indirekte Konflikt determinanten für umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte, stellt aber selbst keinen expliziten Konfliktbezug her. Da die Umsetzung der Prinzipien durch die Banken eigenständig ausgeführt wird und an interne Prozesse geknüpft ist, bleibt ungeklärt, in wie fern Banken Konflikte im Zuge der EP Prüfung explizit erfassen. Dieser Mangel an Transparenz und Vergleichbarkeit in der Umsetzung der EP ist ein wichtiger Kritikpunkt des Ansatzes (Chan-Fishel 2005). Gleichzeitig stellt die NRO BankTrack (Chan-Fishel 2005) in einer Evaluation der EP fest, dass fünf der 30 betrachteten Unterzeichner die Prinzipien auf andere Bereiche als der direkten Projektfinanzierung ausgeweitet haben.

<http://www.equator-principles.com/> (07.05.2005)

Obgleich eine Vielfalt von CoC bestehen, die indirekte Konflikt determinanten wie Menschenrechte, Bestechung, Transparenz, Korruption und soziale Ungleichheit behandeln (siehe Anhang 1), fehlt ein direkter, expliziter Konfliktbezug. Um das Thema umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikte im Bereich der CoC zu verankern steht also weniger die verbindliche Regelung eines kontroversen Sachverhalts im Vordergrund als mehr die Sensibilisierung für ein bisher vernachlässigtes Thema.

## 4 Die Erfassung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten im Nachhaltigkeitsrating

In diesem Kapitel soll anhand von Informationen aus dem Nachhaltigkeitsrating untersucht werden, welche Branchen und unternehmerische Geschäftstätigkeiten einen Bezug zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten haben. In Kooperation mit oekom research als Projektpartner wurden hierzu die Rating-Berichte ausgewählter Branchen und Unternehmen systematisch ausgewertet. Zudem erlaubt das Nachhaltigkeitsrating, anders als die Untersuchung der Verhaltenskodizes im vorangegangenen Kapitel, das tatsächliche Verhalten von Unternehmen und Branchen im Hinblick auf umweltbezogene Konflikte zu überprüfen.

### 4.1 Einführung & Bedeutung von Ratings

Rating-Agenturen haben eine lange Geschichte, die mit der Entstehung der ersten Kredit-Rating-Agentur 1837 in New York beginnt. Traditionelle Finanzratings sind etablierte Instrumente „zur Erfassung des emittentenspezifischen Ausfallrisikos“, das ausschließlich durch Analysen ökonomischer Indikatoren ermittelt wird (Schäfer et al. 2004: 3). So genannte Nachhaltigkeitsratings sind hingegen ein relativ neues Phänomen, das auf Grund der Nachfrage von Anlegern, Konsumenten und Beschäftigten entwickelt wurde, die zum einen aus ethischen Gründen, zum anderen aus wirtschaftlicher Weitsicht Unternehmen auch nach ökologischen und sozialen (CSR) Kriterien beurteilen:

„Ein in der Finanzwelt diskutiertes Beispiel ist die langfristige Wirkung der Abholzung der Tropenwälder in Indonesien. Kurzfristig stärkt sie die Finanzkraft des Holzexportlandes und damit seine Fähigkeit, die Schulden zu bedienen. Dies hat eine entsprechend positive Wirkung auf die Ratings. Langfristig sind die ökologischen und sozialen Kosten jedoch immens.“ (Hillebrand 2001: 169)

Nachhaltigkeitsratings sind in ihrer Logik und Methodik aus Finanzratings entstanden, analysieren und bewerten Unternehmen aber vor allem oder ausschließlich nach ökologischen und sozialen bzw. CSR Kriterien. Nachhaltigkeitsratings fließen entweder zusammen mit ökonomischen Ratings in eine Gesamtbilanz eines Unternehmens oder werden als zusätzliche Information getrennt vom Finanzrating im Rahmen des Non-Financial Reportings erhoben. Um das Nachhaltigkeitsprinzip ganz zu erfassen, kombinieren solche Ratings Umweltindikatoren mit Indikatoren, die soziale und gesellschaftliche Auswirkungen unternehmerischer Tätigkeiten messen.

Finanz- und Nachhaltigkeitsratings folgen generell einer vierstufigen Vorgehensweise:

1. Datenerhebung
2. Berichtserstellung (einschließlich Analyse und empfohlenes Rating)
3. Prüfung durch das Unternehmen bzw. Landesregierung (Gegenstand des Ratings)

4. Diskussion über mögliche Einwände und schließlich die Bereitstellung für Investoren (Hillebrand 2001: 157f.).

Trotz des ähnlichen Aufbaus sind Nachhaltigkeitsratings auf eine andere Informationsbasis gestellt. Finanzratings basieren auf festen Fakten, die beispielsweise für Vierteljahresberichte systematisch erhoben werden. Relevante Informationen für Nachhaltigkeitsratings hingegen werden von Unternehmen nur freiwillig gesammelt und zur Verfügung gestellt (Schäfer et al. 2004: 2). Auf Grund der mangelnden Transparenz dieser Informationen hat die Selbstdarstellung des Unternehmens einen größeren Einfluss als beim Finanzrating. Gleichzeitig müssen die Ratingsysteme mit Informationslücken umgehen und Bewertungsregime für solche Informationsdefizite anwenden.<sup>32</sup> Allerdings unterliegen vor allem namhafte Unternehmen dem Einfluss von NRO, die durch ihre Lobbyarbeit Unternehmen zur Veröffentlichung von Umwelt- und Sozialberichten drängen und auch selbst Informationen über Unternehmensaktivitäten sammeln und veröffentlichen.

Rating-Agenturen haben einen starken und umstrittenen Einfluss auf internationale Finanzströme. Insbesondere ökonomische Ratings von Unternehmen und Ländern haben eine solche Bedeutung, dass sie auch Auswirkungen auf wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Entscheidungen haben können. In wirtschaftlich schwachen Regionen und Ländern kann das Urteil eines Ratings weit reichende Folgen haben, wie der botswanische Präsident Festus Mogae erklärt: „Die Rating-Agenturen sind für uns wichtiger als die Weltbank und der IWF“ (zitiert in Hillebrand 2001: 159). Angesichts dieser Auswirkungen und der oligopolistischen Dominanz von drei großen Agenturen im Bereich des Finanzratings ist die Transparenz des Ratingverfahrens besonders wichtig. Nachhaltigkeitsratings haben nicht denselben Stellenwert wie Finanzratings, gewinnen aber zunehmend an Bedeutung, wie aktuelle Studien und Vergleiche von Nachhaltigkeitsratings zeigen (Beloe et al. 2004, Schäfer et al. 2004). Eine aktuelle Transparenzstudie der Bertelsmann Stiftung von über 23 international operierenden Rating-Agenturen und Rating-Systemen zeigt, dass die Anbieterstruktur in diesem Bereich weit weniger konzentriert ist.

## 4.2 Die Anwendung von Nachhaltigkeitsratings in dieser Studie

Um die Rolle von Unternehmen zu Umweltkrisen und –konflikten zu untersuchen, eignet sich das Nachhaltigkeitsrating auf mehrfache Weise. Die wirtschaftliche Bedeutung solcher Ratings hat zur Folge, dass Unternehmen grundsätzlich eine kooperative Haltung bei der Erstellung von Ratings einnehmen und oftmals im Umgang mit Rating-Agenturen geübt sind. Nach Erfahrung von oekom research nehmen Unternehmen die Möglichkeit der Kooperation mit Rating-Agenturen in Anspruch: Zwischen 60 und 90 Prozent der Unternehmen einer Branche tragen bei oekom research aktiv zum Corporate Responsibility Rating bei. Diese Art der Kooperation kann in einem zeitlich und finanziell begrenzten Forschungsvorhaben wie diesem nicht etabliert werden. Hinzu kommt, dass Rating-Agenturen in der Regel Unternehmen, Branchen und Sektoren kontinuierlich beobachten und bewerten. Agenturen sammeln und bewerten somit systematisch über einen längeren Zeitraum eine Fülle an

<sup>32</sup>

Oekom research, beispielsweise, vergibt für fehlende Information die schlechteste Wertung des Indikators. Dadurch soll vermieden werden, dass Transparenz sich nachteilig für Unternehmen auswirkt.

Informationen anhand relevanter Indikatoren, was im Rahmen dieses Forschungsprojektes in diesem Umfang nicht möglich ist.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Aufnahme von Ratings als methodischen Ansatz in diese Studie ist die Möglichkeit, über die Ratings die Implementierung von Sozial- und Umweltprinzipien der Unternehmen zu prüfen. Da Rating-Agenturen nicht nur Standards, sondern weitestmöglich auch die Implementierung bewerten, können diese Informationen auch Rückschlüsse auf das tatsächliche Verhalten der Unternehmen zulassen. Da Unternehmen an ihrem Rating beteiligt werden, erlaubt das Ratingverfahren Unternehmen mit kontroversen Themen zu konfrontieren, und damit auf kontroverse Themen aufmerksam zu machen.

### **4.3 Das Corporate Responsibility Rating der oekom research AG**

Im Rahmen des Corporate Responsibility Ratings bewertet oekom research, inwieweit Unternehmen ökologische und soziale Chancen und Risiken wahrnehmen und ihrer Verantwortung gegenüber der natürlichen Umwelt, den Mitarbeitern und der Gesellschaft gerecht werden. Auf der Grundlage einer mehrjährigen wissenschaftlichen Studie hat oekom research einen Katalog von 200 Indikatoren für die Unternehmensanalyse definiert.

Darin enthalten sind Indikatoren, die direkt und indirekt Konflikte sowie das Umweltverhalten von Unternehmen erfassen. Die Auswahl der Indikatoren, die für das Corporate Responsibility Rating genutzt werden, wird je nach Branche angepasst. In allen Branchen gibt es aber mehrere Indikatoren, die nach unserem Analysemodell ressourcenbezogene Konflikte indirekt oder direkt erfassen. Für die DAX 30 sind es beispielsweise folgende Indikatoren:

- Codes of Conduct / Maßnahmen des Unternehmens zu fairem Unternehmensverhalten;
- Bewertungen der Menschenrechtslage bzw. unternehmerische Leitlinien zu Menschenrechten und kultureller Selbstbestimmung;
- Methoden und Maßnahmen zur Reduktion von negativen Auswirkungen der Unternehmensaktivitäten in nicht OECD Staaten;
- Menschenrechtsverletzungen
- Arbeitsrechtsverletzungen
- Bedeutende soziale Kontroversen, die im Zusammenhang mit den unternehmerischen Aktivitäten stehen
- Umweltkontroversen, die im Zusammenhang mit den unternehmerischen Aktivitäten stehen
- Vom Unternehmen bezahlte Geldstrafen / Abfindungen im Bereich Kartellrecht, Preisabsprachen, Korruption, betrügerisches Marketing, Buchhaltungsbetrug etc.

Um schlüssige und konsistente Ergebnisse zu erhalten, hat oekom research für alle Indikatoren detaillierte Bewertungshandbücher entwickelt. Sie leiten die Analysten bei der

Entscheidungsfindung und tragen zu einem höchst möglichen Grad an Objektivität bei. Jedes Rating wird darüber hinaus intern auf Plausibilität geprüft. Ein umfangreicher Qualitätsstandard, der Erhebungsgrundsätze aufstellt, Vorgaben zur Datendokumentation macht oder Verhaltensregeln für die Analysten aufstellt, sichert zudem die Zuverlässigkeit der Bewertungen.

Während des Bewertungsprozesses legt oekom research großen Wert auf einen engen Dialog mit den Unternehmen. Nachdem die Analysten auf Basis öffentlich zugänglicher Dokumente eine erste Bewertung erstellt haben, werden die Unternehmen dazu aufgefordert, die Analyseergebnisse zu kommentieren und ggfs. um weitere Informationen zu ergänzen. In einer zweiten Feedbackschleife können sie zu dem endgültigen Rating nochmals Stellung nehmen. Die notwendigen Daten für eine fundierte Bewertung erhält die Rating-Agentur vor allem bei den analysierten Unternehmen, jedoch auch bei externen Stellen: Regierungs- und öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsverbände, Forschungsinstitute, Konsumentenschutzorganisationen, etc. dienen oekom als Informationsquellen. Ein umfangreiches Medienscreening rundet die Recherche ab.

Der Detailgrad der erfassten Informationen ist dabei je nach Indikator unterschiedlich und zweckgebunden für das Rating. Die Katalogisierung der möglichen Antworten ist ausreichend, um diesen Indikator im Sinne des Ratings zu bewerten. Allerdings reichen die Informationen nicht bei allen relevanten Indikatoren aus, um die Unternehmen im Hinblick auf direkte und indirekte Relevanz für umweltbezogene Konflikte zu bewerten, sodass diese Indikatoren für diese Studie nicht näher betrachtet wurden. Beispielsweise wird für den Indikator ‚Code of Conduct‘ allgemein bewertet, ob ein Code vorhanden ist und für welchen Prozentsatz der weltweiten Arbeitnehmerschaft er gilt. Die Inhalte der Codes werden aber mit stark unterschiedlichem Detail beschrieben und häufig nur stichpunktartig erfasst.

Die Leistung eines Unternehmens wird auf einer Skala von A+ bis D– eingestuft, wobei A+ für außergewöhnliche Leistungen in ökologischer und sozialer Hinsicht steht. In den über zehn Jahren Analyseerfahrung hat oekom research die Bestnote noch nie vergeben.

Der Bewertungsansatz von oekom research hat sich vor allem durch die Berücksichtigung branchenspezifischer Problemfelder, seinen hohen Detaillierungsgrad und die breite Abdeckung von Themen einen guten Namen gemacht. Haben sich besonders die kontinentaleuropäischen Unternehmen anfänglich auf ökologische Problemfelder konzentriert, ist ihr Blickwinkel in den letzten Jahren weiter geworden – soziale Felder, vor allem Arbeitsbedingungen bei Zulieferern in weniger entwickelten Ländern und Corporate Governance-Aspekte, stehen nun stärker im Fokus, und die Anforderungen von oekom research werden von vielen Ratingteilnehmern als eine Art Frühwarnsystem gesehen.

#### **4.4 Branchenanalyse anhand der Daten von oekom research**

Wie bereits in der Einführung erwähnt, wird das Nachhaltigkeitsrating in dieser Studie insbesondere als methodischer Ansatz verwendet, um tatsächliches Verhalten von Unternehmen und Branchen im Hinblick auf umweltbezogene Konflikte einordnen zu können. Deshalb beschränkt sich dieser Teil der Studie auf die Indikatoren, die ‚kontroverse‘ Aktivitäten im Hinblick auf Umwelt und sozio-kulturelles Verhalten erfassen. Die

Informationen zu diesen Indikatoren werden von oekom research durch eine Recherche vertrauenswürdiger Drittquellen, wie seriösen Medien, internationale Organisationen und bestimmte Nichtregierungsorganisationen erfasst. Damit gehen gleichermaßen die Vor- und Nachteile der Methode der Medienanalyse einher. Während einerseits durch diesen Ansatz Informationen aus entfernten Regionen der Welt zentral erfasst werden können, wurden die Informationen andererseits für bestimmte Zwecke gefiltert und interpretiert. Oekom research kategorisiert diese Informationen oftmals nach Umweltkontroversen und sozio-kulturelle Kontroversen. Beim Vergleich dieser Kontroversen wird allerdings deutlich, dass diese Trennung überwiegend ein analytisches Mittel ist. Immer wieder tauchen dieselben Kontroversen in beiden Kategorien auf, wobei der jeweils relevante Aspekt betrachtet wird (siehe Box).

#### **Umwelt- und sozio-kulturelle Facetten – ein Beispiel**

Informationen zur umstrittenen Baku-Tblisi-Ceyhan Pipeline werden bei oekom research in der Umwelt- wie auch sozio-kulturelle Kategorie erfasst:

- **Aus Umweltgesichtspunkten** ist die Routenführung durch den Bojormi Nationalpark bedenklich. Auf Grund der instabilen Sicherheitslage der Region besteht die Möglichkeit, dass die Pipeline Ziel terroristischer Anschläge wird.
- **Aus sozio-kulturellen Gesichtspunkten** ist die Kooperation mit Regierungen kontrovers, die Menschenrechte verletzen und undemokratisch sind. Außerdem wird gefürchtet, dass auf Grund der Pipeline betroffene Regionen militarisiert werden, was zu Minderheitenrechtsverletzungen und Instabilität führen könnte. Aus diesem Grund wurde von Nichtregierungsorganisationen bei der OECD Beschwerde gegen die Betreiber eingereicht. Ihnen wird Verstoß gegen die OECD Leitlinien für multinationale Unternehmen vorgeworfen.

In der Kategorie der ‚Kontroversen‘ werden Konflikte erfasst, die durch das Verhalten von Unternehmen auftreten. Der Zeitraum, in dem die kontroversen Aktivitäten stattfinden, ist nicht immer genau angegeben, jedoch werden wohl auch auf Grund der Methode der Medienanalyse vor allem aktuelle Kontroversen der letzten zehn Jahre (ab 1990) abgebildet, wengleich es einige historische Referenzen gibt, wie illegale Restöl- und Chemikalienvergrabungen aus den 50er und 60er Jahren oder Wirtschaftsbeziehungen zur argentinischen Militärdiktatur in den 70er Jahren.<sup>33</sup>

Die Qualität dieser Konflikte ist sehr unterschiedlich und reicht von Anwohnerbeschwerden über NRO Kampagnen bis zur gewaltsamen Durchsetzung von unternehmerischen Interessen durch Sicherheitskräfte. Im Folgenden soll anhand der Kontroversen erfasst werden, ob und wie die ausgewählten Branchen einen direkten und indirekten Bezug zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten haben. Im Folgenden wird deshalb für drei Branchen sowie die DAX 30 Unternehmen zunächst eine quantitative Auswertung kontroverser

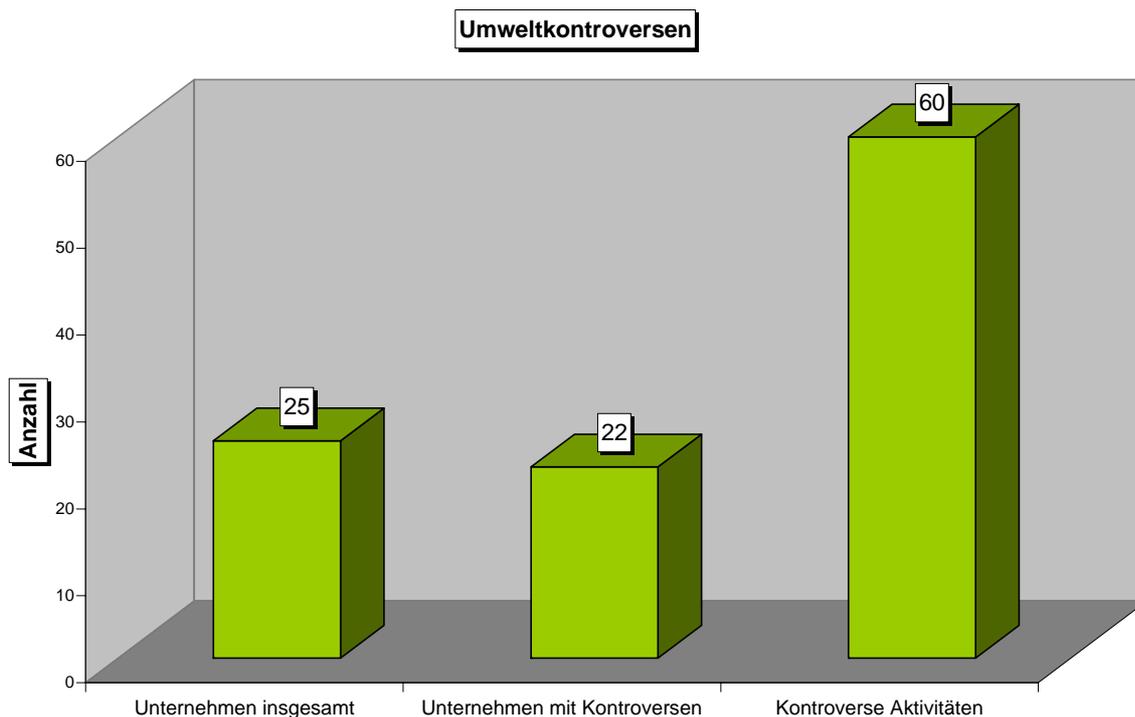
<sup>33</sup> Um aktuelle und veralteten Kontroversen bei der Erstellung eines Ratings zu differenzieren verwendet oekom research eine Verjährungsfrist von 3 bis 5 Jahren, die mit dem Abschluss des kontroversen Projektes beginnt (zum Beispiel nach Vollendung des Pipelinebaus). Allerdings gilt die Verjährung nur, wenn es während der Frist keine weiteren Kontroversen im Zusammenhang mit dem Projekt gibt (zum Beispiel Pipelineleck mit gravierenden Umweltverschmutzungen). Der methodische Ansatz dieser Studie beachtet keine Verjährung, jeder Fall wurde gezählt.

Projekte durchgeführt und durch qualitative Angaben zum Tätigkeitsbereich der Unternehmen, in den es zu Kontroversen kommt, sowie Angaben zum Schadensausmaß vertieft. Schließlich werden die Ergebnisse der Branchen zusammengefasst und ihr direkter und indirekter Bezug zu den direkten und indirekten Konflikt determinanten verglichen.

#### 4.4.1 Öl und Gas

In dem Sample der Öl und Gas Branche sind 25 Unternehmen erfasst, keines davon hat seinen Hauptsitz in Deutschland. Eine Zählung der kontroversen Umweltprojekte ergab für die Öl und Gas Branche folgende Resultate (siehe Diagramm). Von den 25 erfassten Unternehmen weisen 22 kontroverse Umweltaktivitäten und 20 kontroverse sozio-kulturelle Aktivitäten auf. Von den Firmen, zu denen oekom research keine kontroversen Projekte verzeichnet, haben zwei ihren Hauptsitz in Japan, was die Informationsbeschaffung für die in München ansässige Rating-Agentur wesentlich erschwert haben dürfte. Hier ist also anzunehmen, dass der Mangel an Kontroversen zum Teil durch die Methode der Medienanalyse bedingt ist. Zwei Unternehmen sind nur in OECD Ländern tätig, so dass sie nicht in der sozio-kulturellen Kategorie erfasst werden.<sup>34</sup>

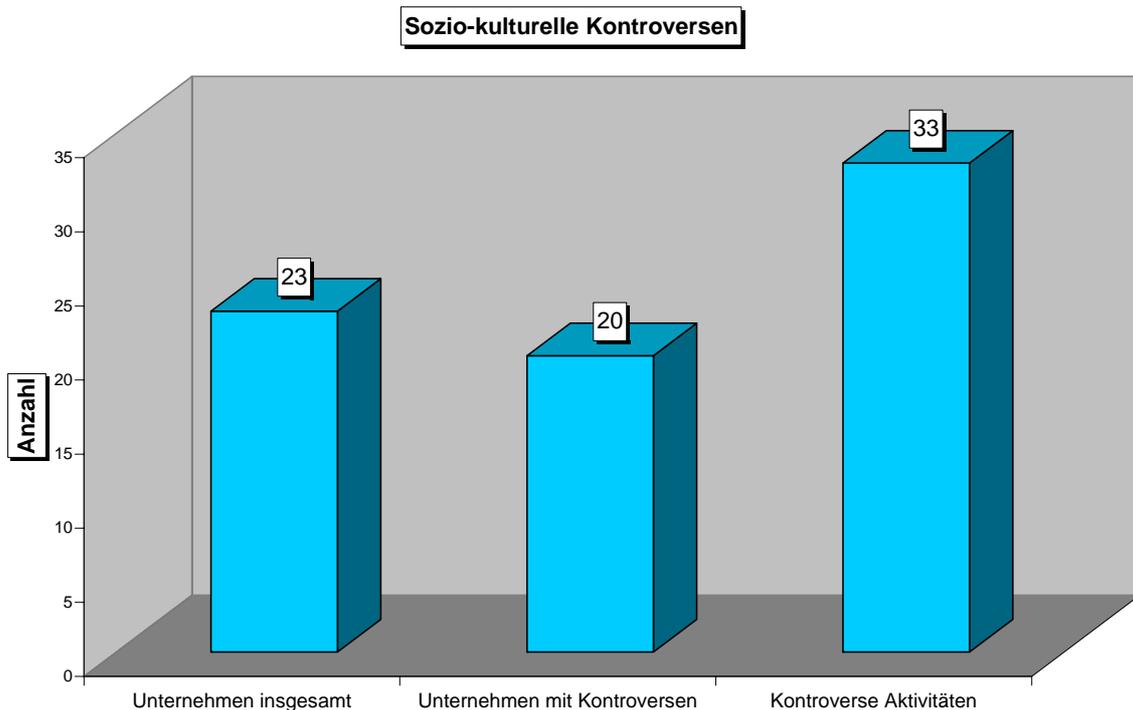
Abbildung 4: Kontroverse Aktivitäten – Umwelt (Öl und Gas)



(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

<sup>34</sup>

Das sozio-kulturelle Rating von oekom research erfasst in diesem Fall nur Kontroversen in nicht OECD Ländern.

**Abbildung 5: Kontroverse Aktivitäten – sozio-kulturell (Öl und Gas)**

(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

Sowohl die hohe Anzahl an Kontroversen (60 im Umweltbereich, 33 im sozio-kulturellen Bereich), als auch der hohe Anteil an Unternehmen, der kontroverse Aktivitäten aufweist zeigt deutlich, dass die Öl- und Gasbranche konfliktträchtig ist. Auf Grund der Höhe der Investitionen in dieser Branche werden außerdem viele kontroverse Projekte gleichzeitig von mehreren Unternehmen getragen. Wenn man diese Aktivitäten für jedes beteiligte Unternehmen einzeln zählt, erhöht sich die Anzahl der kontroversen Aktivitäten im Umweltbereich auf insgesamt 89 und im sozio-kulturellen Bereich auf 59.

Von den kontroversen Projekten sind eine Vielzahl von Staaten betroffen.<sup>35</sup> Darunter befinden sich gleichermaßen Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländer. Es besteht jedoch zwischen diesen Ländergruppen ein erheblicher Unterschied in der Qualität der Kontroversen und der Art und Weise, wie Konflikte ausgetragen werden. In den USA beispielsweise wurde ein Konflikt zwischen Anwohnern und der Betreibergesellschaft einer Raffinerie zu Grenzwertüberschreitungen der Raffinerieemissionen gerichtlich ausgetragen und führte zu hohen Kompensationszahlungen. In Nigeria hingegen haben Jugendliche im Jahre 2000 Mitarbeiter eines Unternehmens entführt, um so 1,5 Millionen US Dollar Kompensation für eine gravierende Ölverschmutzung aus dem Jahre 1989 zu erpressen.

Dieses Beispiel zeigt bereits, dass eine qualitative Analyse der Konfliktfälle notwendig ist, um die quantitative Analyse zu ergänzen und die **unternehmerischen Tätigkeiten**, die zu Konflikten führen, näher zu betrachten. Die kontroversen unternehmerischen Tätigkeiten

<sup>35</sup>

Angola, Argentinien, Aserbaidschan, Äthiopien, Bolivien, Brasilien, China, Ecuador, Frankreich, Georgien, Guatemala, Indien, Italien, Jamaika, Kamerun, Kanada, Kasachstan, Kolumbien, Marokko / West Sahara, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Peru, Russland, Tibet, Tschad, Türkei, USA.

lassen sich für die Öl- und Gas Branche in zwei Kategorien gruppieren: erstens die Entstehung und Pflege von Wirtschaftsbeziehungen mit Regierungen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, und zweitens die operative Tätigkeit in diesen Ländern.

#### 4.4.1.1 Wirtschaftsbeziehungen

Durch das Verhalten im Bereich der Wirtschaftsbeziehung wirken Unternehmen der Öl- und Gasbranche auf indirekte Konfliktfaktoren wie Menschenrechtsfragen, Korruption und Gewinnverteilung ein. Auf Grund der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche ist bereits die Entscheidung über mögliche oder tatsächliche Wirtschaftsbeziehungen mit Regierungen kontrovers und kann zu Konflikten führen, wenn die Regierungsführung durch Unterdrückung, autoritären Führungsstil oder starke Korruption gekennzeichnet ist. Verhalten, das hier unter der Begriff „Wirtschaftsbeziehungen“ subsumiert wird, betrifft die verschiedenen Stadien von Kooperation zwischen der extraktiven Industrie und nationalen Regierungen, nämlich Investitionsentscheidungen, explorative Tätigkeiten, sowie die Zahlung von Explorationsrechten und Steuern während der Extraktion. Dabei gelten drei Bereiche im Umgang mit bestimmten Regierungen als kontrovers: Erstens werden Firmen für ihre Investitionen in Staaten mit repressiven Regimen oder bekannten Menschenrechtsverletzungen durch Aktionäre und NRO kritisiert. Zweitens werden Firmen dazu angehalten, durch Transparenz ihrer Zahlungen (Steuern, Investitionen, Lizenzgebühren) zur Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit beizutragen. Drittens werden Wirtschaftsbeziehungen mit Staaten, in denen kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden, kritisiert, da es hier einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Ressourceneinnahmen und Militärausgaben gibt.

In allen drei Fällen handelt es sich jedoch um eine prinzipielle Frage des Umgangs mit bestimmten Staaten und Regierungen und nicht um die Durchführung konkreter Projekte. Beispielsweise wird die Kamerun-Tschad Pipeline von vielen Seiten kritisiert, obwohl das Projekt selbst nach strengsten Standards der Weltbank geplant und implementiert wird. Trotz des Modellcharakters des Projektes kritisieren Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen weltweit das Projekt und die daran beteiligten Unternehmen, da die Regierung des Tschads offenkundig Menschenrechte verletzt sowie Opposition und Meinungsfreiheit unterdrückt. Angesichts der mangelnden Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsverletzungen sollte nach Angaben der Kritiker nicht in Projekte investiert werden, die solche Regierungen noch stärken, auch wenn das Projekt selbst ausreichende Partizipation von NRO und betroffener Bevölkerung vorsieht.

#### 4.4.1.2 Operative Tätigkeit

Auch im Bereich des operativen Kerngeschäfts, also dem Rohstoffabbau, dem Rohstofftransport (Bau von Pipelines; Öltankerunfälle) und Infrastrukturmaßnahmen, die für die Öl- und Gasförderung notwendig sind (vor allem Bau von Dämmen zur Wasserversorgung der Anlagen), gibt es unternehmerische Aktivitäten, die aus ökologischen und/oder sozio-kulturellen Gesichtspunkten als kontrovers eingestuft werden und konkrete Konflikte auslösen. Zum einen konkretisieren sich bei der operativen Tätigkeit vor Ort Befürchtungen, dass nationale Regierungen repressiv gegen protestierende Anwohner vorgehen, um das Interesse des Unternehmens und der Regierung gewaltsam durchzusetzen. Unternehmen

werden in diesem Zusammenhang kritisiert, Menschenrechtsverletzung und Gewalt in Kauf zu nehmen und unzureichend darauf zu drängen, dass ausgehandelte oder vorgesehene Kompensationszahlungen tatsächlich die betroffenen Bevölkerungsgruppen erreichen.

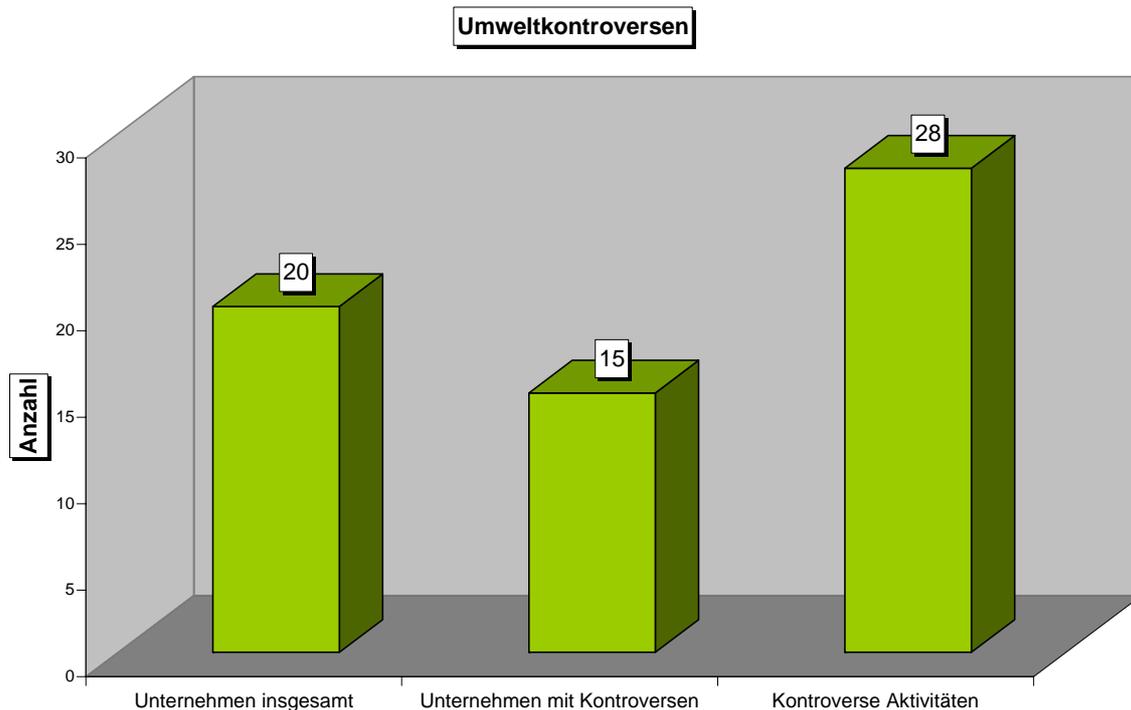
Zum anderen führt unverantwortlicher Umgang mit Abwasser sowie giftigen Chemikalien, die bei der Rohstoffgewinnung genutzt werden, häufig zu Wasserverschmutzung oder Wassermangel mit negativen Folgen für die Bevölkerung. Je nach Ausmaß und Abhängigkeit der Bevölkerung von Wasser und Landwirtschaft kann dies zu gravierenden Gesundheitsschäden und Einkommenseinbußen führen. Die Frage, in wie fern diese kontroversen, operativen Tätigkeiten direkt zu Gewaltkonflikten führen, ist besonders von zwei Variablen abhängig: die Größe des Schadensausmaß und der Entwicklungsgrad eines Rechtsrahmens, der die Möglichkeit zum Einbringen von Kompensationszahlungen zulässt. Beide Variablen sind kontextgebunden. In Entwicklungsländern sind oftmals keine Daten über das genaue Ausmaß von Umweltverschmutzungen vorhanden. Gleichzeitig kommen geleistete Kompensationszahlungen oftmals nicht bei der betroffenen Bevölkerung an und versickern im Dickicht der Korruption. Im Gegensatz dazu können genau festgestellte Überschreitungen von Grenzwerten vor allem in Nordamerika zu hohen und erfolgreichen Kompensationsklagen führen.

Auch der Bau von Pipelines (z.B.: Baku Tbilisi Ceyhan Pipeline) ist insbesondere dann kontrovers, wenn Interessensgruppen gegenüber der Zentralregierung eine andere Auffassung über die rechtlich vorgesehene Umweltverträglichkeit und Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten vertreten. Diese Konflikte sind im Rating vor allem in der soziokulturellen Kategorie verortet, wenn die Interessensgruppen oder Minderheiten durch Drohung oder Gewaltanwendung unterdrückt werden, ihnen unzureichende Kompensation gewährt wird oder vereinbarte Kompensationszahlungen ausbleiben.

Das Rating von oekom research ist nicht darauf angelegt, systematisch die Opferzahlen und Kosten von Konflikten zu erfassen. Es wird jedoch deutlich, dass es im Bereich der operativen Tätigkeiten der Öl- und Gas-Branche verstärkt zu Gewaltanwendung kommt, sowohl zu offener Gewalt zwischen Regierungstruppen und der betroffenen Bevölkerung (z.B. kamen 1999 etwa 400 Menschen durch den gewaltsamen Niederschlag von Protesten der örtlichen Bevölkerung gegen ein Ölunternehmen in Nigeria um), als auch zu verdeckter Gewalt in Form von Einschüchterungen, Zwangsumsiedelungen und ausbleibenden Kompensationszahlungen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Öl- und Gas Branche von vielen Kontroversen, sowohl aus dem umwelt- als auch dem soziokulturellen Bereich, gezeichnet ist. Das Schadensausmaß der Kontroversen ist erheblich und oftmals mit Gewaltkonflikten verbunden.

#### **4.4.2 Bergbau und Metalle**

Unter der Branchenbezeichnung Bergbau und Metalle (Metals & Mining) bewertet oekom research 20 Unternehmen, davon nur zwei Unternehmen aus Deutschland, die Bergbau betreiben oder die daraus gewonnenen Erze zu Metallen verarbeiten (Norddeutsche Affinerie und Thyssen Krupp). Dreiviertel aller Unternehmen weisen kontroverse Aktivitäten im Bereich Umwelt auf (siehe Diagramm).

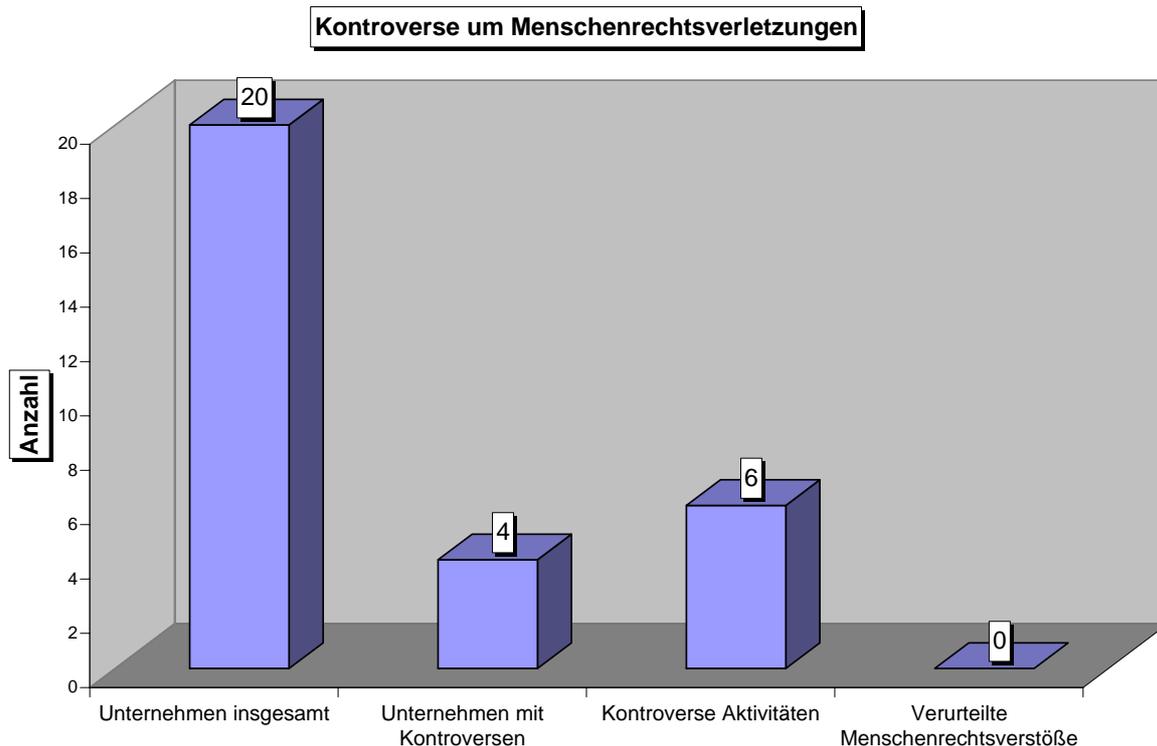
**Abbildung 6: Kontroverse Aktivitäten - Umwelt (Bergbau & Metalle)**

(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

Insgesamt werden 28 kontroverse Aktivitäten im Bereich Umwelt erfasst, wobei nur zwei Kontroversen mehr als ein Unternehmen betreffen. Dies könnte sehr verschiedene Gründe haben. Erstens, die Projekte werden von einzelnen Unternehmen finanziert und durchgeführt, ohne dass sich weitere Unternehmen dieser Branche daran beteiligen. Zweitens, kontroverse Bergbauaktivitäten sind prinzipiell vermeidbar und treten nur auf, wenn sich Unternehmen vereinzelt an besonders kontroversen Investitionen und Projekten beteiligen. Die zweite Vermutung wird dadurch verstärkt, dass die Unternehmen ohne Kontroversen keiner bestimmten Gruppe angehören; sie sind aus verschiedenen europäischen und nicht-europäischen Ländern und von unterschiedlicher Größe. Damit kann eine methodische Befangenheit auf Grund der Medienanalyse in diesem Fall ausgeschlossen werden.

Auf Grund mangelnder Nachfrage hat oekom research für diese Branche kein aktuelles Rating und damit keine aktuellen Informationen zu soziokulturellen Kontroversen erfasst. Um dennoch Einblick in konfliktrelevante soziopolitische Faktoren zu erlangen, wird hier auf den Indikator Menschenrechtsverletzungen zurückgegriffen. Bei diesem Indikator werden allerdings nur Verstöße im Rating gewertet, die tatsächlich durch ein Urteil als Menschenrechtsverletzungen anerkannt werden. Keiner der sechs erfassten Fälle wird in dieser Kategorie bewertet, da zwei Fälle verjährt sind und es zu den übrigen Fällen keine rechtskräftigen Anklagen oder Urteile gibt.<sup>36</sup>

<sup>36</sup> Unter den Ländern, in den es durch Bergbauaktivitäten zu Menschenrechtskontroversen kommt werden Kolumbien und Ghana genannt. Überwiegend wird allerdings das Vorgehen der Unternehmen allgemein kritisiert und auf verschiedenen (unbenannte) Länder verwiesen.

**Abbildung 7: Menschenrechtsverletzungen (Bergbau % Metalle)**

(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

Trotz der geringen Anzahl an Kontroversen zeigt dieses Diagramm deutlich, dass nur ein Fünftel der Unternehmen der Branche ‚Bergbau und Metalle‘ bei oekom research mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden.

Die **Länder**, in den es durch Aktivitäten der Bergbau- und Metallbranche zu Umweltkontroversen kommt, sind Australien, Brasilien, Griechenland, Großbritannien, Indien, Indonesien, Kanada, Papua Neuguinea, Peru, Philippinen, Sambia, Südafrika, USA, sowie das Flussgebiet des Amazonas. Menschenrechtsverletzungen betreffen Botswana, Ghana, Indonesien und Kolumbien.

Auch hier wird ein qualitativer Unterschied zwischen den Umweltkontroversen in Industrie- und Transformationsländern und Entwicklungsländer deutlich. In Industrie- und Transformationsländern werden im Umweltbereich der hohe Wasserverbrauch oder Schadstoffemissionen kritisiert. Ecuador hingegen beklagt den Verlust von mehr als 10.000 km<sup>2</sup> Regenwald durch Ölverseuchung und Schaden durch die Einleitung von 75,71 Milliarden Liter hochgiftigen Abwassers<sup>37</sup> in den Amazonas.

Auffallend ist zudem, dass fast alle Kontroversen direkt im **Tätigkeitsbereich** des Ressourcenabbaus sowie dem Bau von dafür notwendigen Infrastrukturen (vor allem Dämme) auftreten. Im Umweltbereich führen wiederum sehr häufig der unverantwortliche Umgang mit giftigen Chemikalien zu Wasserverschmutzung und der hohe Wasserverbrauch

<sup>37</sup>

Das Abwasser war durch die im Bergbau verwendeten Chemikalien sowie freigesetzten Schwermetalle vergiftet.

der Branche zu Wassermangel. Beides hat unmittelbar negative Folgen für die Bevölkerung. Je nach Ausmaß und Abhängigkeit der Anwohner von Wasser und Landwirtschaft kann dies zu gravierenden Gesundheitsschäden und Einkommensbußen führen. Nach Angaben der Daten von oekom research, kommt es in der Bergbau- und Metallbranche auch häufig zu Verletzungen arbeitsschutzrechtlicher Regelungen durch ungeschützten und unaufgeklärten Umgang mit giftigen Chemikalien, der zu Todesopfern und Gesundheitsschäden führt. Weitere Kontroversen betreffen Proteste der örtlichen Bevölkerung gegen Bergbauaktivitäten die zu Menschenrechtsverletzungen und Gewaltkonflikten mit Sicherheitskräften der Regierung führen.

Internationale Umweltverbände sind die Informationsquellen vieler von oekom research erfassten kontroversen Bergbauaktivitäten. Sie kritisieren Bergbaukonzerne für gravierende Umweltverschmutzungen, die aber nicht unbedingt gegen das jeweilige nationale Umweltrecht verstoßen. Beispielsweise dürfen in manchen Ländern Abwässer aus dem Bergbau ohne weitere Behandlung im begrenzten Umfang in fließende Gewässer eingeleitet werden. In solchen Fällen verstoßen Unternehmen zwar nicht gegen geltendes Recht, allerdings wird ihnen vorgeworfen, die niedrigen Umweltstandards dieser Länder gezielt zu nutzen und dabei die Folgen für die örtliche Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Auch ohne einen konkreten Rechtsverstoß führen solche Fälle immer wieder zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten, wenn Anwohner Industrieanlagen sabotieren.

Die von oekom research erfassten Menschenrechtsverletzungen betreffen durchweg Zwangsumsiedlungen. Dabei werden Menschen ohne oder ohne ausreichende Kompensation oder sogar mit Gewaltanwendung von Seiten der Regierung und mit Billigung des Unternehmens umgesiedelt. Die geringe Anzahl der erfassten Kontroversen zu Menschenrechtsverletzungen soll nicht über das qualitative Ausmaß dieser Kontroversen hinwegtäuschen. So sind beispielsweise besonders indigene Bevölkerungen von Zwangsumsiedlungen betroffen, deren Minderheitenschutz gravierend verletzt wird. Umsiedlungen bedeuten für diese Gruppen zumeist auch das Ende ihrer indigenen Lebensweise und Kultur. Auch verdeckt die Zahl der Fälle die Anzahl der dadurch betroffenen Bevölkerung. Dies betrifft beispielsweise die Zwangsumsiedlung von 50.000 Menschen indigener Bevölkerungsgruppen ohne ausreichende Kompensation in Ghana auf Grund von zwei Bergbauvorhaben. Ein weiterer Fall fällt aus dem üblichen Erhebungsraster und wurde hier ebenfalls nur als ein Fall gezählt, nämlich die öffentliche Verurteilung der Aktivitäten Rio Tintos durch das Britische Parlament im Jahr 1998. Das Unternehmen wird beschuldigt in vielen der 40 Länder seiner Tätigkeit Menschenrechte verletzt, Anwohnergemeinschaften und Umwelt zerstört sowie die Lebensgewohnheiten von Ureinwohnern missachtet zu haben.

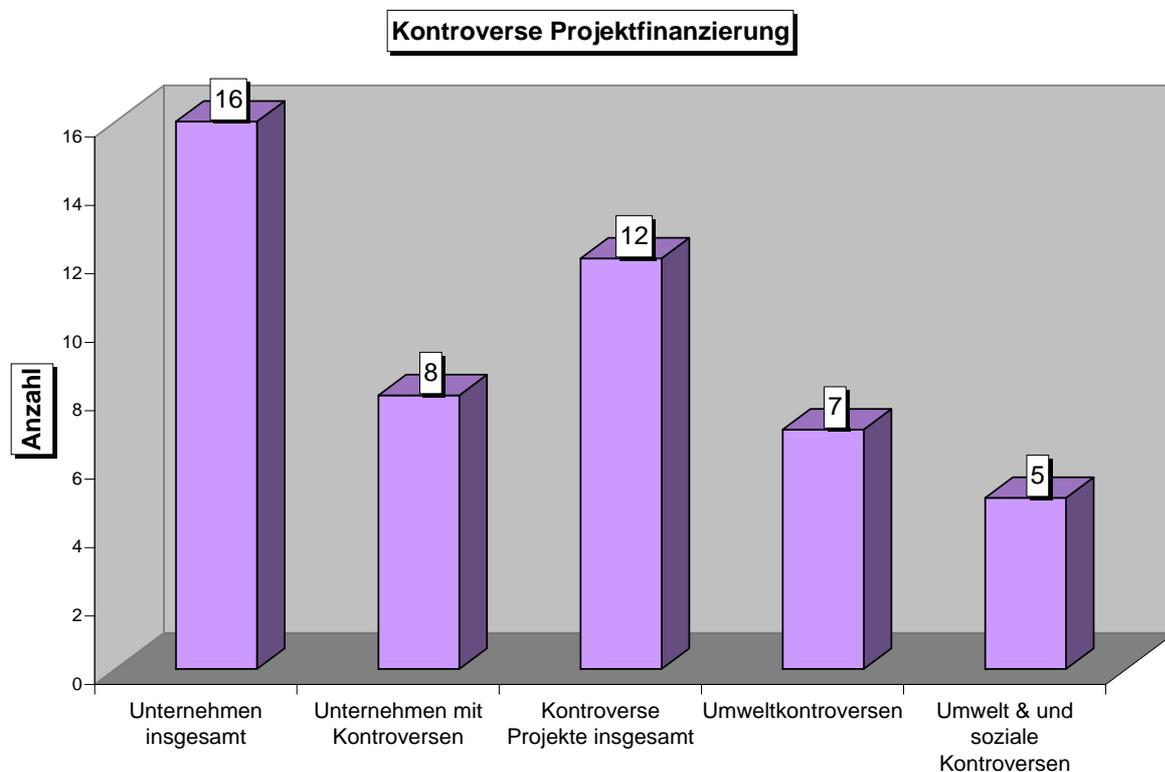
Zusammenfassend lässt sich aus der oekom research Information für die Branche „Bergbau und Metalle“ ein vergleichsweise hohes Maß an Umweltzerstörung feststellen. Besonders in Entwicklungsländern ist in manchen Fällen der Schaden dieser Zerstörung gravierend, wie das Beispiel Ekuador zeigt. Dadurch leidet besonders die örtliche Bevölkerung, die häufig nicht kompensiert wird und sich manchmal gewaltsam gegen die Unternehmen wehrt. Um Bergbaumaßnahmen zu ermöglichen werden zudem Anwohnergruppen unfreiwillig oder gewaltsam umgesiedelt und dabei Menschenrechte verletzt. Besonders indigene Bevölkerungsgruppen leiden unter solchen Zwangsumsiedlungen. Die Analyse der Bergbaubranche anhand der oekom research Daten weist auch darauf hin, dass diese

gravierenden Kontroversen nicht die ganze Branche betreffen sondern durch einzelne Unternehmen verursacht werden.

#### 4.4.3 Finanzdienstleister

Da die Datenbank von oekom research knapp 200 Finanzdienstleister weltweit erfasst, wurde die Auswahl für diese Untersuchung auf deutsche Unternehmen des Finanzsektors beschränkt. Oekom research erfasst 20 deutsche Unternehmen, drei davon sind Versicherungen, 16 Banken und eine Unternehmensgruppe, die in beiden Bereichen tätig ist. Für die Finanzdienstleister erhebt oekom research zur Abbildung von Kontroversen lediglich die Kategorie „Projektfinanzierung“. Die Finanzierung großer Projekte erfolgt in der Regel als Konsortialfinanzierung mehrerer Geldinstitute. Da sich Versicherungen nicht an Projektfinanzierungen beteiligen, werden in dieser Analyse nur Banken erfasst.

**Abbildung 8: Kontroverse Projektfinanzierung (Finanzdienstleister)**



(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

Acht der 16 Banken weisen kontroverse Projektfinanzierungen auf (siehe Diagramm). Es handelt sich dabei um zwölf kontroverse Projekte, wovon sieben aus Umweltgesichtspunkten kontrovers sind und fünf aus Umwelt- und sozio-kulturellen Gründen.

**Länder**, in den kontroverse Projekte durch Banken finanziert und realisiert werden sind Argentinien, Bolivien, China, Ekuador, Ghana, Indien, Indonesien, Island, Kamerun, Rumänien, Russland, Tschad, Türkei. Das kontroverse Verhalten der Banken umfasst verschiedene *Tätigkeitsbereiche*, von der Projektfinanzierung, über Exportkredite, Finanzberatung, Kreditverwaltung, bis hin zu Kreditgarantien und Kapitalkrediten.

Zwei Arten von Projekten führen zu Kontroversen und Konflikten: erstens, Projekte solcher Unternehmen, die entweder unmittelbar im Bereich der Ressourcenextraktion tätig sind, wie die Papier- und Holzindustrie oder der Bergbau. Zweitens sind solche Projekte kontrovers, die den Bau von großen Infrastrukturanlagen wie Dämmen und Pipelines betreffen, deren Realisierung maßgeblich in den Naturhaushalt eingreift. Gerade im Zusammenhang mit Bergbau, der Konstruktion von Pipelines und Dämmen entstehen oftmals Konflikte mit betroffenen Anwohnern, die zum Teil gewaltsam ausgetragen werden.<sup>38</sup> Bei der qualitativen Analyse der Fälle zeigt sich an, dass sich die deutschen Banken in den letzten Jahren aus der aktiven Finanzierung kontroverser Projekte zurückgezogen haben, da einige der gravierenden Kontroversen einige Jahre zurück liegen. In einem Fall wird der ‚Fokus auf den europäischen Markt‘ explizit von einer Bank als Strategie betont. Diese Tendenz deckt sich mit den Ergebnissen der Interviews mit Vertretern des Finanzsektors: Banken haben sich aus der Finanzierung (zumindest aus der alleinigen) von Projekten außerhalb des europäischen Marktes zurückgezogen. Die Finanzierung riskanter Projekte (wegen etwaiger Reputationsrisiken oder wegen der offensichtlichen ökologischen und sozialen Risiken) überlassen sie den Risikokreditinstrumenten staatlicher oder internationaler Banken. Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau taucht unter den Unternehmen mit Kontroversen auf, allerdings liegen die von oekom research erfassten Kontroversen bereits einige Zeit zurück (z.B. Konsortialanleihen für das Drei-Schluchten-Staudamm-Projekt in China in 1997 und 1999), sodass auch hier ein Rückzug aus der Finanzierung solcher Projekte deutlich wird.

Die dargestellten Fälle umfassen drei Beispiele für Lernprozesse, in denen sich Banken aus besonders kontroversen Aktivitäten zurückgezogen haben. Es gibt aber auch ein Beispiel eines Lernprozesses: bei der Restrukturierung eines Kredites wurden Nachhaltigkeitskriterien aufgenommen, um Einfluss auf das Verhalten des Kreditnehmers auszuüben.

Zusammengefasst zeigen die oekom research Information zu Finanzdienstleistern, dass sich die deutschen Banken aus der Projektfinanzierung kontroverser Projekte zurückgezogen haben. Die ressourcenbezogenen Projekte betrafen vor allem die Ressourcenextraktion, Bergbau oder den Bau von großen Infrastrukturanlagen wie Dämmen und Pipelines und damit Bereiche, in den es immer wieder zu gewaltsamen Konfliktaustragungen kommt. Mittlerweile lassen Lernprozesse und Verhaltensänderungen der Banken darauf schließen, dass sie ein Risikobewusstsein zu dieser Thematik entwickelt haben und die damit verbundenen Risiken scheuen.

#### **4.4.4 DAX 30 Unternehmen**

Mit den zuvor untersuchten Branchen „Bergbau und Metalle“ sowie „Finanzdienstleister“ wurden Kontroversen vor allem in solchen Projekten untersucht, die einen unmittelbaren Bezug zur Ressourcennutzung haben. In den jeweiligen Kontroversen wurden solche Projekte dargestellt, die in der weiteren Literatur zum Thema „Umwelt und Konflikt“ eine

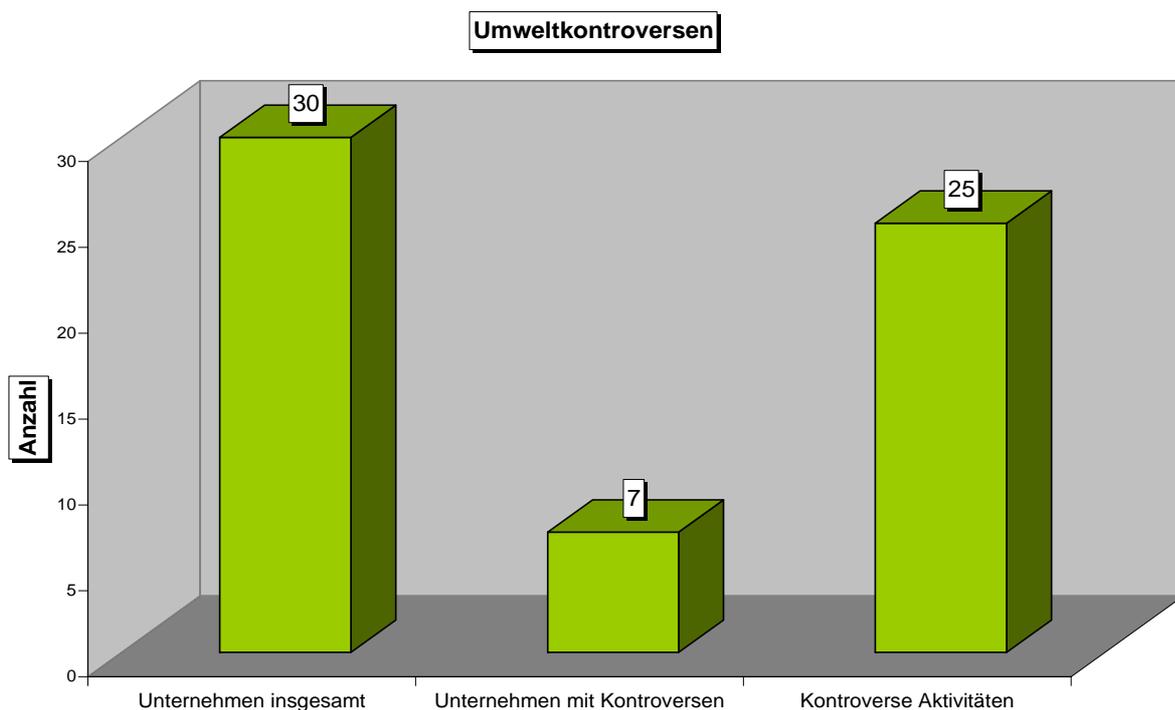
---

<sup>38</sup> Dies wird in der Analyse der Branchen Öl & Gas und Bergbau & Metalle in diesem Kapitel deutlich geschildert. Zur Konfliktrichtigkeit von Dammprojekten vgl. Johnston (2005) und Wolf et al. (2003).

zentrale Rolle spielen (z.B. Bergbau, Staudämme, Holzverarbeitung und Holzhandel). Um die Anwendbarkeit des Nachhaltigkeitsratings für Umweltkonflikte weiter zu prüfen, werden als dritte Gruppe die DAX 30 Unternehmen untersucht.

Auch für die DAX 30 Unternehmen verzeichnet oekom research Informationen zu den Indikatoren Umweltkontroversen und sozio-kulturelle Kontroversen. Von den 30 Unternehmen beteiligen sich sieben an Aktivitäten, die aus Umweltgesichtspunkten kontrovers sind und fünf werden mit sozio-kulturellen Kontroversen in Zusammenhang gebracht. Allerdings ist die Unterscheidung zwischen diesen beiden Kategorien bei den DAX 30 Unternehmen von geringer Bedeutung, da bei den 25 kontroversen Umweltaktivitäten in acht Fällen sozio-kulturelle Auswirkungen auch in der Kategorie Umweltkontroversen mit aufgeführt sind, während in der Kategorie der sozio-kulturellen Kontroversen vier Mal eine Referenz zur Umweltkategorie eingetragen ist. Trotzdem werden diese beiden Kategorien von oekom research getrennt geführt und deshalb hier separat wiedergegeben. Bei der Zählung der sozio-kulturellen Kontroversen wurden diese Querreferenzen beachtet: bei den entsprechenden Unternehmen wurden Kontroversen mit sozio-kulturellen Folgen aus der Umweltkategorie mit erfasst. Die abgebildeten DAX 30 Umweltkontroversen stammen aus dem Zeitraum ab 1990, während die sozio-kulturellen Kontroversen seit 1997 erfasst werden.

**Abbildung 9: Kontroverse Aktivitäten - Umwelt (DAX 30)**

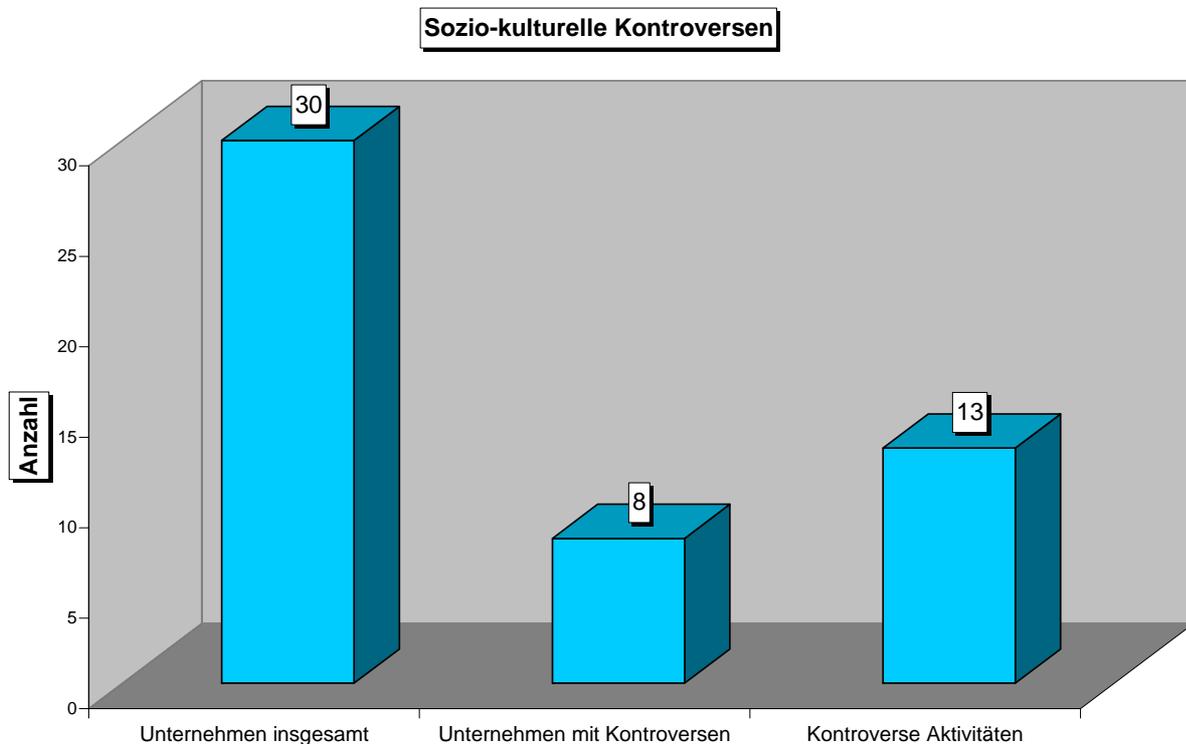


(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

Auf sieben Unternehmen verteilen sich 25 kontroverse Umweltaktivitäten. Gleichzeitig gibt es fünf Einträge zu Lernprozessen, bei denen sich Unternehmen aus besonders kontroversen Aktivitäten zurückgezogen haben. Dazu gehören der Rückzug aus der Finanzierung des kontroversen Papierherstellers APP in Indonesien sowie des Maheshwar Dam Projektes in

Indien, dass auf Grund der notwendigen Umsiedlungen und Konsequenzen für Wasserverbrauchstrukturen in der Region von NRO kritisiert wurde.

Abbildung 10: Kontroverse Aktivitäten – sozio-kulturell (DAX 30)



(Eigene Darstellung, basiert auf Daten von oekom research)

Im sozio-kulturellen Bereich kann man anhand der oekom research Daten bei acht DAX 30 Unternehmen kontroverse Aktivitäten feststellen. Auffallend ist hierbei, dass fast alle 13 Kontroversen nur einem Unternehmen zugeordnet werden, während im Umweltbereich sich häufiger mehrere Unternehmen an kontroversen Projekten beteiligen.

Folgende *Länder* sind von den Kontroversen betroffen: China, Bolivien, Deutschland, Ecuador, Ghana, Indien, Indonesien, Island, Kamerun, Kongo (Demokratische Republik), Lesotho, Mali, Peru, Rumänien, Russland, Slowakei, Türkei, Tschad, Ungarn, USA.

Die kontroversen Tätigkeiten sind so unterschiedlich wie die Gruppe der DAX 30 Unternehmen selbst. Dazu gehören: (Kredit-) Finanzierung, Exportkredite, Finanzberatung, Finanzierung, Kreditgarantien, Kapitalkredite, Mischfinanzierungen, Wasseraufbereitung, Tagebau, Pipelinebau, elektro-mechanische Ausstattung eines Damms, Bau von Dämmen, Waffenhandel, der Betrieb von Reaktoren sowie allgemein Wirtschaftsbeziehungen zu autoritären Regimen. Trotz dieses breiten Spektrums an Themen und Aktivitäten dominieren Projekte zu Dämmen, Holz- und Papierindustrie, Pipelines und Bergbau, die von Banken finanziert oder finanziell abgesichert werden. Diese Projekte werden häufig sowohl aus sozio-kulturellen- (z.B. Zwangsumsiedlungen) als auch aus Umweltgesichtspunkten kritisiert (z.B. unternehmerische Tätigkeiten in Naturschutzgebieten). Eine Kontroverse betrifft Bayer, deren Tochtergesellschaft HC Stark Ressourcen gekauft haben soll, die aus einer Konfliktregion stammen. Bayer wird in diesem Fall durch die Zulieferkette mit der Kontroverse in Zusammenhang gebracht, ohne selbst in dieser Region tätig zu sein. Auch in

den Interviews haben mehrere Vertreter die Absicht ihrer Unternehmen erwähnt, die Zulieferkette genauer nach eigenen Sozial- und Umweltmaßstäben zu überwachen. Sie wollen damit Reputationsschäden zuvorzukommen, die sich durch mangelnde Standards der Zulieferer auf das eigene Unternehmen ergeben können.

Reine Umweltkontroversen, wie Überschreitungen von Grenzwerten, werden nur bei den Energieversorgern und nur für Projekte in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union angemerkt, sodass es in diesen Fällen keine Verbindung zu Gewaltkonflikten gibt.

In der sozio-kulturellen Kategorie stehen fast alle Kontroversen in Verbindung mit natürlichen Ressourcen, wie etwa dem Bau von Pipelines oder Dämmen. Bei der einzigen Ausnahme handelt es sich um eine Beteiligung an der Waffenindustrie. Gleichzeitig wird auch bei den DAX 30 in zwei sozio-kulturellen Fällen nicht ein spezifisches Projekt, sondern die allgemeine Kooperation mit einer autoritären Regierung als kontrovers gewertet.

Aus den oekom research DAX 30 Informationen lässt sich erkennen, dass große deutsche Unternehmen ein hohes Maß an Unternehmensverantwortung aufweisen und vermehrt aus vergangenen Kontroversen gelernt haben. Gleichzeitig fällt etwa ein Drittel durch kontroverse Aktivitäten im Umwelt- und sozio-kulturellen Bereich auf. Bei diesen kontroversen Projekten handelt es sich zum weitaus größten Teil um Projekte mit einem expliziten Ressourcenbezug. Einen Bezug zu Konflikten mit Gewaltpotential gibt es nur indirekt über die Zulieferkette oder durch Wirtschaftsbeziehungen zu autoritären Regierungen.

#### 4.5 Zwischenfazit: Branchenanalyse im Vergleich

Der **Öl und Gassektor** ist am stärksten mit Gewaltkonflikten verbunden. Sowohl die sozio-kulturellen- als auch die Umweltkontroversen zeigen Fälle mit einem hohen Grad an Gewalt auf. Die Unternehmen selbst üben üblicherweise keine Gewalt aus, sie tolerieren jedoch häufig die Gewaltanwendung von staatlicher Seite gegen protestierende Bevölkerungsgruppen. In diesen Fällen setzt der Staat durch Gewaltanwendung Interessen durch, von denen Unternehmen profitieren. Ein indirekter Bezug zu Gewaltkonflikten besteht durch Investitionen in Staaten, in denen entweder bewaffnete Konflikte ausgetragen werden oder wo Regierungen ihre Position durch Gewaltandrohung und Gewaltausübung durchsetzen. Während von oekom research in den letzten Jahren keine Investitionen in Krieg führende Staaten notiert wurden, ist der zweite Fall ein häufiger Grund für die erfassten Kontroversen. Diese Investitionen werden dann als kontrovers gesehen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Einnahmen Konfliktparteien finanzieren und damit zur Eskalation des Konfliktes beitragen. Somit stärken Unternehmen Regime, die durch Repression, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet sind, auch wenn kein akuter, offener Konflikt durch die Unternehmenstätigkeiten entsteht.

In der Branche **Bergbau und Metalle** fehlen zwar Angaben zu sozio-kulturellen Kontroversen, aber aus Informationen zu den Indikatoren ‚Umweltkontroversen‘ und ‚Menschenrechtsverletzungen‘ wird auch für diese Branche ein direkter Bezug zu ressourcenbezogenen Konflikten deutlich. Am häufigsten kommt es bei Zwangs-umsiedlungen oder der fehlenden Anerkennung von Landrechten (und dazugehörenden Rechten auf Zugang und Nutzung von natürlichen Ressourcen) zu gewaltsamer

Konfliktaustrag, wenn der Staat Gewalt anwendet um die eigenen Interessen und die des Unternehmens durchzusetzen. Besonders prägnant dabei ist, dass häufig ethnische Minderheiten und indigene Bevölkerungsgruppen der Übermacht des Staates ausgesetzt sind.

Für die Branche **Finanzdienstleister** wurden 20 deutsche Versicherer und Banken untersucht. Der für die Analyse verwendete Indikator von oekom research („kontroverse Projektfinanzierung“) erfasst allerdings nur Bankgeschäfte. In dieser Branche weisen die genannten Kontroversen (Pipelines, Papier- und Holzindustrie und Staudämme) einen direkten Bezug zu natürlichen Ressourcen und Gewaltkonflikten auf. Banken weisen aber auch mehrmals Beispiele eines ‚Lerneffektes‘ auf, in dem sie sich aufgrund öffentlicher Kritik (vorwiegend durch international tätige NRO) aus bestimmten kontroversen Projekten zurückgezogen haben. Der Rückzug aus der Finanzierung kontroverser Projekte wurde auch in den Interviews mit Vertretern dieser Branche bestätigt. Der Rückzug ausländischer Investoren aus Krisen- und Kriegsgebieten oder Staaten mit korrupten Regimen birgt jedoch das Risiko, das gerade transnationale Unternehmen mit hohen Umwelt- und Sozialstandards für diese Staaten dann keine Anreize zu demokratischen Strukturen schaffen (UNEP/FI 2003).<sup>39</sup>

Von den **DAX 30** Unternehmen sind zehn in kontroverse Aktivitäten involviert, die meistens aus sozio-kulturellen und Umweltgesichtspunkten kontrovers sind. Fast alle kontroversen Aktivitäten haben einen Bezug zu Umwelt und natürlichen Ressourcen, allerdings gibt es kein Projekt mit direktem Bezug zu ressourcenbezogenen Konflikten. Eine Verbindung zwischen unternehmerischen Aktivitäten und Gewaltkonflikten lässt sich nur über die Zulieferkette oder Wirtschaftsbeziehungen mit autoritären Regierungen feststellen. Letztere Aktivitäten werden allerdings seltener, da sich deutsche Unternehmen aus instabilen Regionen und kontroversen Projekten zunehmend zurückziehen.

Der Bezug bestimmter Branchen zum Thema ressourcenbezogene Konflikte ist also sehr unterschiedlich, was auch in den Interviews bestätigt wurde.

Unternehmensaktivitäten können sich **direkt** auf ressourcenbezogene Konflikte auswirken, wenn das Verhalten eines Unternehmens vor Ort zur Auslösung, Eskalation oder Beendigung eines ressourcenbezogenen Gewaltkonfliktes beiträgt. Dies bedeutet nicht, dass Unternehmen selbst beispielsweise an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, aber sie billigen Menschenrechtsverletzungen um ihre Projekte zu realisieren.

Unternehmensaktivitäten können sich **indirekt** auf ressourcen- und umweltbezogene Konflikte auswirken. Dies geschieht, wenn das Verhalten eines Unternehmens durch distanzierte Aktivitäten, wie Kreditvergabe oder Ressourceneinkauf durch Zulieferketten, zur Auslösung, Eskalation oder Beendigung eines ressourcen- oder umweltbezogenen Gewaltkonfliktes beiträgt.

---

<sup>39</sup>

UNEP/FI ist eine globale Partnerschaft zwischen dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem Finanzsektor. Mehr als 200 Institutionen, einschließlich Banken, Versicherern und Vermögensverwalter arbeiten mit UNEP um die Auswirkungen von Umweltbedenken und sozialen Überlegungen auf finanzielle Leistungen zu verstehen. Im Zuge dessen möchte die Initiative auch verantwortungsvolle Investitionen in Entwicklungsländer und instabilen Regionen fördern um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Diese beiden Arten von Aktivitäten können sich auf **direkte** Konflikt determinanten (Auslösen, Verschärfen oder Verlängern eines akuten Konfliktes) und **indirekte** Konflikt determinanten auswirken (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz & Partizipation, Umweltverhalten). Wenn man anhand der von oekom research erfassten sozio-kulturellen- und Umweltkontroversen die Branchen in dem eingangs eingeführten Analysemodell einordnet, ergibt sich folgendes Bild:

**Abbildung 11: Branchenvergleich**

		Konflikt determinanten	
		direkt	Indirekt
Konfliktbezug der Branchen / Unternehmensgruppen	direkt	Öl & Gas Bergbau & Metalle	Öl & Gas Bergbau & Metalle
	indirekt	Öl & Gas Bergbau & Metalle Finanzdienstleister DAX 30	Öl & Gas Bergbau & Metalle Finanzdienstleister DAX 30

Wenn man davon absieht, dass diese Einordnung einer ganzen Branche zum Teil anhand einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen erfolgt, so zeigt diese Übersicht dennoch, dass nur die Öl- und Gas sowie Bergbau und Metalle Branchen einen direkten Bezug zu tatsächlichen ressourcenbezogenen Gewaltkonflikten haben. In diese Kategorie fällt folgendes Beispiel: Ressourcenabbau führt zu weit reichenden Umweltverschmutzungen und verseucht Ackerland. Die betroffene Bevölkerung protestiert und wird durch das Militär gewaltsam unterdrückt.

Die von oekom research erfassten deutschen Finanzdienstleister und DAX 30 Unternehmen haben nur einen indirekten Bezug auf indirekte Konflikt determinanten. Zum Beispiel kann die Entscheidung über die Vergabe eines Exportkredites dazu beitragen, dass die notwendigen Teile zum Bau einer Pipeline in ein autoritäres Land geliefert werden, wo Korruption und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. In solchen Fällen befürchten NRO, dass die Regierung ihre Vormachtstellung durch die Einnahmen der Pipeline stärkt. Die Finanzdienstleister und DAX 30 Unternehmen haben keinen direkten Bezug zu dem spezifischen Konflikttyp „Umwelt- oder Ressourcenkonflikt“. Sie haben sich aus Investitionen in instabilen Regionen allgemein zurückgezogen. Gleichzeitig ist den Unternehmen ihre Verantwortung im Hinblick auf ihre indirekte Rolle auf indirekte Konflikt determinanten sehr wohl bewusst. In den Interviews mit Vertretern von Banken, Versicherungen, Energieversorgern, Automobilherstellern sowie der Tourismus- und Chemiebranche wurde allerdings deutlich, dass die Branchen nicht nur sehr unterschiedliche Ansätze verfolgen, um ihrer Rolle gerecht zu werden, sondern auch unterschiedlich weit fortgeschritten sind.

Wie aus den Interviews mit Bankenvertretern hervorging, erfassen deutsche Banken soziale- und Umweltrisiken bei der Projektfinanzierung durch die Umsetzung der Equator Principles (siehe Kapitel 3, Box 6, Seite 30f.) sowie detaillierter unternehmensinterner Mechanismen zur Risikoabschätzung. Gleichzeitig haben sich einige deutsche Banken komplett aus dem Bereich der Projektfinanzierung zurückgezogen. Die Versicherungsbranche verfolgt diverse Ansätze, um sich dem Thema zu nähern. Es gibt bei einigen Unternehmen Ausschlusskriterien für besonders risikoreiche Sektoren (z.B. Bergbausektor), andererseits werden Schulungen für Underwriter durchgeführt und neue Risiken, in die auch umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte fallen können, durch Stakeholder Dialoge zu ‚emerging risks‘ identifiziert. Durch Interviews erschloss sich zusätzlich, dass einige Energieversorger und Vertreter der Automobilindustrie zur Zeit damit befasst sind, ihre Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen und –standards auf ihre Zulieferketten zu erweitern, um die negativen Effekten in der Zulieferkette sowie möglichen Reputationsschäden vorzubeugen.

Die Branchen, die mit dem Thema ressourcen- und umweltbezogene Gewaltkonflikte direkt in Berührung stehen, weil durch ihre Aktivitäten oder Investitionen entsprechende Konflikte entstehen oder eskalieren, haben sich bereits ausgiebig mit dem Thema befasst. Sie haben Mechanismen entwickelt, um ein entsprechend positives Verhalten aufzuweisen (Risikoabschätzung, Stakeholder Dialogues, Verträglichkeitsprüfungen etc.). Inwiefern und wie diese Mechanismen in der Praxis umgesetzt werden, ist von Unternehmen zu Unternehmen sowie Fall zu Fall unterschiedlich.

Deutsche Unternehmen verhalten sich generell sehr zurückhaltend, wenn es um Investitionen in instabile Regionen geht. Wegen der eigenen hohen Umwelt- und Sozialstandards ist das Thema für sie meist nur indirekt durch ihre Zulieferketten relevant. Bestehende Sozial- und Umweltstandards in den jeweiligen Unternehmen auf die gesamte Zulieferkette zu übertragen ist für die meisten untersuchten Unternehmen eine neue Herausforderung. Wie die dafür erforderlichen Managementsysteme in den Unternehmen überarbeitet und um weitere Elemente erweitert werden müssen, ist bisher jedoch noch eine offene Frage.

## 5 Private Public Partnerships

Public Private Partnerships (PPP) werden gängigerweise als Entwicklungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit verstanden<sup>40</sup>. „Public“ umfasst im weitesten Sinne Regierungen, Regierungsorgane, bilaterale oder multilaterale Regierungsorganisationen. Unter „Private“ werden in unserem Fall privatwirtschaftliche Akteure verstanden, die in Form und Größe von KMU bis zu transnationalen Konzernen variieren. Zusätzlich können Akteure der Zivilgesellschaft, insbesondere NRO und Wissenschaft, in solchen PPP eine Rolle spielen, sind aber nicht zwingend beteiligt. Für die Bestimmung eines PPP ist in dieser Studie entscheidend, dass die Partnerschaft entwicklungspolitische, konfliktrelevante oder friedensfördernde Ziele verfolgt.

PPP werden in dieser Studie untersucht, weil sie durch ihre Kombination von privatwirtschaftlichen und staatlichen Akteuren ein Forum bilden, in dem staatliche und privatwirtschaftliche Akteure gemeinsam einen Rahmen für unternehmerisches Handeln setzen. Damit wird unternehmerisches Handeln in einen breiteren gesellschaftlichen und politischen Kontext gestellt. PPP sind als freiwillige Maßnahme dazu geeignet, die Interessen beider Partner am Thema umweltbezogene Konflikte zu beleuchten. Sie ergänzen außerdem die Analyse der Codes of Conduct. PPP können eine Vorstufe zu Verhaltenskodizes sein, wenn ein PPP Gremium gebildet wird um einen Code zu entwickeln (z.B. ILO Leitlinien). Durch PPP können Firmen aber auch ihre Identifizierung mit bestimmten Leitlinien und CSR Grundsätzen umsetzen und aktives Engagement durch Investitionen für Nachhaltigkeit in Risikogebieten zeigen.

### 5.1 Formen von PPP

In dieser Studie werden zwei wesentliche Formen von PPP betrachtet. Erstens werden projektorientierte Partnerschaften analysiert, die zur Implementierung eines bestimmten Projektes auf lokaler oder regionaler Ebene in einem Entwicklungsland geschaffen werden. Der Fokus in dieser Studie liegt auf PPP Maßnahmen, die von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere der GTZ als Durchführungsorganisation betreut werden. Zweitens werden Netzwerke bzw. Foren mit privatwirtschaftlicher wie auch staatlicher Beteiligung identifiziert, die der Kommunikation, dem Dialog und dem Informationsaustausch zum Thema ressourcen- oder umweltbezogene Konflikte dienen. Diese Netzwerke und Foren haben nicht zwingend einen Anspruch, konkrete Produkte zu liefern. Stattdessen dienen sie lediglich dem Informations- und Perspektivenaustausch sowie der Vertrauensbildung. Daraus können sich eventuell Maßnahmen entwickeln, dies muss aber nicht der Fall sein.

Oftmals fällt ein PPP in beide Kategorien: beispielsweise wenn nach einem gemeinschaftlichen Krankenhausbau das PPP Gremium weiter besteht, um die Entwicklung

---

<sup>40</sup> Siehe: [www.GTZ.de/ppp/](http://www.GTZ.de/ppp/) und [http://www.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,254/ticket,g\\_u\\_e\\_s\\_t](http://www.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,254/ticket,g_u_e_s_t) (08.06.2004)

des Projektes zu verfolgen. Umgekehrt sollen Dialognetzwerke oftmals helfen, Projekte zu entwickeln und auszuführen, wie im Falle des Global Compact. Die Unterscheidung und Analyse dieser beiden Formen dient in dieser Studie dazu, die Rolle der Privatwirtschaft in umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten über die unmittelbare Arbeit in betroffenen Ländern und Gemeinden hinaus zu erfassen. Da gerade Dialogplattformen und Netzwerke der Entwicklung von ‚policies‘ dienlich sind, können dadurch die Makroprozesse erfasst werden, die für umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte relevant sind und einer Beteiligung der Industrie bedürfen (z.B. Zertifizierungsmaßnahmen, internationale Codes of Conduct). Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern hingegen zeigen die aktive Umsetzung von Unternehmensprämissen und Leitlinien auf.

Diese Studie beschränkt sich auf öffentlich-private Partnerschaften, die notwendigerweise mindestens eine Beteiligung des privatwirtschaftlichen und des öffentlichen Sektors haben. Aus diesem Grund werden andere Partnerschaften ausgeschlossen, die inhaltlich für die Untersuchung relevant wären, aber diese Voraussetzung nicht erfüllen. Unter diesen Ausschluss fallen beispielsweise die Type II Initiativen. Die Kategorie der Type II Initiativen wurde auf dem Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg 2002 eingeführt und soll komplementär zur formellen Diplomatie (Type I) die Rolle der Zivilgesellschaft in der globalen Umweltregierungsführung stärken (Witte et al. 2003). Um als Type II Initiative kategorisiert zu werden, muss die Partnerschaft eine Liste von Kriterien erfüllen<sup>41</sup>, beispielsweise muss es sich um eine freiwillige Maßnahme zwischen Regierungen und Interessensvertretern handeln. Type II Initiativen werden in einer Datenbank gesammelt, die zum Zeitpunkt dieser Studie etwa 300 Einträge umfasst, aus der allerdings bislang keine echte Beteiligung der Privatwirtschaft hervorgeht<sup>42</sup>. Diese Initiativen bestehen oftmals aus diversen NRO und Wissenschaftsnetzwerken, internationalen Organisationen und Regierungen, eine echte Beteiligung der Privatwirtschaft ist aber nicht gegeben, obwohl dem Privatsektor im Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) Plan of Implementation eine wichtige Rolle zugeteilt wurde. Ein weiterer Ausschluss betrifft den ‚Minerals and Mining Sustainable Development‘ (MMSD) Prozess. Er ist zwar inhaltlich relevant da er Umwelt- und Ressourcenkonflikte behandelt, allerdings gab es formell keine Regierungsbeteiligung (Regierungsvertreter haben lediglich Kommentare im Prozess und zum Endbericht abgegeben; vgl. MMSD 2002).

## 5.2 Forschungsstand und bestehende Voruntersuchungen zu PPP und Konflikten

Partnerschaften mit der Wirtschaft als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit allgemein wurden bereits ausführlich in Studien und Analysen bewertet und diskutiert (zum Beispiel Altenburg und Chahoud 2003a, 2003b; Demtschück 2004; Haufler 2001; Heydenreich et al. 2002; Paul 2001). Folgende Erkenntnisse des aktuellen

---

<sup>41</sup> Zu den Kriterien für Type II, siehe: [http://www.un.org/esa/sustdev/partnerships/csd11\\_partnerships\\_decision.html](http://www.un.org/esa/sustdev/partnerships/csd11_partnerships_decision.html) (14.12.2004)

<sup>42</sup> Stand Dezember 2004. Die CSD Partnerschaftsdatenbank ist unter <http://webapps01.un.org/dsd/partnerships/search/browse.do> (14.12.2004) abrufbar

Forschungsstandes konzentrieren sich hier daher auf Untersuchungen zu PPP und Konflikten, insbesondere Konflikten mit Ressourcen- oder Umweltbezug.

Die Möglichkeiten und Grenzen von PPP, einen positiven Beitrag zum Frieden zu leisten, hängt von der Konfliktphase, dem Konfliktausmaß sowie der Rolle des Unternehmens im Konflikt ab (Davy 2001). Vor dem Ausbruch eines akuten Konfliktes steht oftmals nur ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung, um wichtige, gewalthindernde Maßnahmen zu ergreifen. Für solche kurzfristige, rasche Maßnahmen dieser Art ist ein PPP ungeeignet. Obwohl gerade in akuten Konfliktsituationen die vertrauensbildenden Effekte von PPP wichtig wären, haben Menschen in diesen Situationen vielleicht nicht den Willen oder die Möglichkeit, an Partnerschaftsprojekten teilzunehmen (ibid.). Auch die Wirtschaft scheut, aus Gründen der eigenen Sicherheit sowie der Sicherheit ihrer Investitionen, in akuten Krisengebieten zu investieren, sodass in solchen Situationen PPP Projekte sehr schwierig zu etablieren sind. Dies stimmt auch mit der Erfahrung des PPP Büros der GTZ überein, dass zum einen PPP vor allem in sicheren Gegenden mit großen Märkten initiiert werden und zum anderen Konfliktausbruch und fragile Staaten potentielle Investoren abschrecken:

„We observe that our partners are primarily interested in huge markets with a secure political environment and minimum standards of rule of law, etc. Civil war and weak states frighten investors. In such cases it is difficult if not impossible to create joint projects with private partners and implement them. Political upheavals have frequently been the reason to abandon projects” (Hildebrandt 2003: 2)

Dieser Erfahrungswert wurde auch durch die Interviews zu dieser Studie mit Vertretern großer, deutscher Firmen bestätigt. Wenngleich die Tendenz besteht, Krisenherde zu vermeiden, wiegen manchmal attraktive Gewinnchancen die Risiken auf. Im Bereich der natürlichen Ressourcen hat vor allem Öl einen solchen strategischen Wert, dass Ölkonzerne weder die Höhe der notwendigen Investitionen (siehe BTC Pipeline) noch erhebliche Risiken (siehe Niger Delta) abhalten, in (potentielle) Krisenregionen zu investieren. Während Investitionen im Ölsektor sehr kontrovers sind (EIR 2003), sind Investitionen in Krisenregionen aus entwicklungspolitischer Sicht generell zu begrüßen, wenn sie konfliktsensibel gestaltet sind (Bray et al. 2004). Gerade Länder und Regionen, die unmittelbar gewaltvolle Konflikte erfahren haben, benötigen Investitionen zur Stabilisierung der Lage und Beschäftigung ehemaliger Soldaten. In solchen Fällen wäre eine Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft, lokalen und nationalen Interessensgruppen und der regionalen, bi- oder multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu begrüßen, um konfliktrelevante Themen in PPP aufzuarbeiten, Konfliktgruppen eventuell zusammenzubringen und durch sozioökonomische Investitionen Stabilität zu fördern (Hildebrandt 2003). Gerade wenn es um die Frage geht, wie kontext- und konfliktsensibel in Entwicklungs- und Schwellenländer zu investieren ist, kann die Privatwirtschaft durch Partnerschaften mit der Entwicklungszusammenarbeit und der Zivilgesellschaft von den Erfahrungswerten und Instrumenten dieser Akteure profitieren (Berman 2001).

Im Kontext eines akuten Konfliktes oder unmittelbar danach ist bereits die Bildung einer Partnerschaft ein wichtiges und eigenständiges Ziel. Das Zusammenbringen verschiedener Gruppen und die Stärkung von Sozialkapital und Kapazitäten sind in solchen Fällen wichtigere Erfolgsindikatoren als die Ausführung des inhaltlichen Teils des Projektes. Auch

Haufler kommt bei der Analyse von Fallbeispielen zum Global Compact Dialog über Wirtschaft in Konfliktzonen zu der Auffassung (Haufler 2002: 4):

“First, and most importantly, the process of creating a multistakeholder dialogue, and the dialogue itself, is a significant achievement in and of itself [...] The value of the multistakeholder partnership should not be measured only in terms of concrete projects and outcomes, but in terms of the more ephemeral value of sustaining partnership among a diverse group of interests”.

Wegen der Vielzahl der Faktoren, die in jedem gesellschaftlichen Konflikt zusammenspielen, ist der positive oder negative Einfluss einer PPP Maßnahme auf den Konflikt schwer festzustellen. Mitchell, Shakleman und Warner (Mitchell et al. 2001) haben für das Business Partners for Development Projekt (siehe unten) eine Liste von Indikatoren zur Messung des Mehrwertes von Partnerschaften mit dem Öl-, Gas- und Bergbausektor erstellt. Die erfassten Indikatoren betrachten Auswirkungen der Partnerschaften für den Privatsektor, für die lokale, gesellschaftliche Entwicklung sowie für die Regierungsführung des Landes. In allen drei Bereichen werden konkrete Konfliktfaktoren gemessen, wie z.B. ‚costs of security and criminal activity‘ beim Privatsektor und ‚extent of corruption, in particular extortion for contracts or the release of disbursements‘ bei der Regierungsführung. Darüber hinaus werden auch Indikatoren aufgeführt, die implizit für die Entwicklung von Stabilität und Frieden von Bedeutung sind, z.B. ‚vulnerability to conflict‘ oder ‚capability skills - interpersonal, systemic and judgement skills‘. Die Indikatorenliste ist sehr differenziert und das Papier anwendungsorientiert geschrieben. Jedoch lässt sich nicht nachvollziehen, inwiefern diese Indikatoren zur Evaluierung von ‚Multistakeholder‘ Partnerschaften im Öl- und Gassektor angewandt werden.

Die Möglichkeiten für Partnerschaften zwischen öffentlicher und privater Seite werden also einerseits durch Gewaltkonflikte eingeschränkt, andererseits können sich solche Partnerschaften aber auch auf verschiedene Ebenen des Konfliktes auswirken. In seinem Gutachten für das britische Department for International Development (DFID) identifiziert Jonathan Berman (Berman 2001: 4-8) zehn Bereiche, die sich dazu eignen, durch Partnerschaften zwischen EZ Organisationen und der Privatwirtschaft einen Beitrag zur Konfliktprävention bzw. Konfliktbearbeitung zu leisten. Diese Aktivitäten behandeln direkte sowie indirekte Konflikt determinanten und betreffen beide der hier betrachteten PPP Formen (Projekte und Netzwerke):

- *Rebuilding and Maintaining Physical and Social Infrastructure,*
- *Securing Vulnerable Communities,*
- *Stimulating Healthy Economic Environments,*
- *Developing Tools for Corporate Conflict Reduction,*
- *Sharing Lessons Learned,*
- *Securing Appropriate Expertise,*
- *Integrating Corporate Efforts with national Efforts,*
- *Convening Local Actors Across Sectors,*
- *Convening International Actors Across Sectors,*
- *Engaging Business with Multilateral Organizations.*

Durch diese vielschichtigen Ansätze können Unternehmen und Organisationen in Entwicklungspartnerschaften positiven Einfluss auf Konflikte in Entwicklungs- und Schwellenländern ausüben.

Dieser konzeptionellen Liste konfliktrelevanter Typen von Kooperationsprojekten und der Liste von Indikatoren zur Messung des Konflikteinflusses solcher Partnerschaften können Erfahrungswerte von Davy (Davy 2001) zu den Möglichkeiten und Grenzen von Partnerschaften<sup>43</sup> in Konfliktsituationen sowie ihrer Umsetzung hinzugefügt werden. Davy (ibid.) betont, dass in Partnerschaften, die explizit Konfliktprävention als Zielsetzung verfolgen, die gleiche Repräsentation aller Gruppen eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung ist. Außerdem müssen Moderatoren und Vermittler der PPP den Respekt aller Gruppen genießen. Die Möglichkeiten einer aktiven Rolle eines Unternehmens in Konflikten sind allerdings grundsätzlich begrenzt, wenn das Unternehmen als eng mit dem Konflikt verbunden gesehen wird. In solchen Fällen empfiehlt Davy (ibid.) dem Unternehmen, Abstand zu wahren. Dies ist allerdings problematisch, wenn das Unternehmen bereits mit dem Konflikt in Zusammenhang gebracht wurde und dadurch einen Reputationsverlust erlitten hat. In solchen Situationen werden gerade Hersteller bekannter Markenprodukte aktiv, um durch positives Engagement ihre Position und Reputation zu verbessern. Um allerdings über ‚Imagekampagnen‘ hinaus tatsächlich positive Auswirkungen auf Konfliktsituationen zu entfalten, müssen PPP als integrative Prozesse konzeptionalisiert werden und durch Teilnahme verschiedener Interessensgruppen bedarfsorientiert auf direkte Konflikt determinanten ausgerichtet sein.

### **5.3 PPP und umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte**

Dieses Kapitel enthält eine Auswahl von PPP aus den beiden PPP Typen „projektorientierte PPP“ und „Netzwerke und Dialoge“. Dieser Teil der Studie verfolgt zwei Ziele: Erstens sollen konkrete PPP Kooperationen der deutschen EZ mit überwiegend deutschen Unternehmen untersucht werden, um festzustellen, ob ressourcenbezogene Konflikte in diesen PPP eine Rolle spielen bzw. wie mit dem Thema umgegangen wird. Zweitens wurden durch eine explorative Internet- und Literaturrecherche internationale PPP Netzwerke und Dialogforen identifiziert, die sich konkret mit ressourcenbezogenen Konflikten befassen, um einen Überblick zu bekommen, welchen Beitrag diese öffentlich-privaten Netzwerke bereits zur Bearbeitung des Themas leisten. Durch dieses Vorgehen wird sichergestellt, dass ein möglichst breites Spektrum an potentiell relevanten PPP erfasst und gleichzeitig der spezifische deutsche Beitrag berücksichtigt wird.

#### **5.3.1 Analyse von PPP Projekten**

PPP werden grundsätzlich als Projekte in Entwicklungsländern durchgeführt. Diese Partnerschaften zwischen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und Unternehmen basieren auf der Annahme, dass die Ziele der beiden Gruppen besser, schneller und

---

43 Davy (2001) analysiert zwar die Rolle von Partnerschaften zwischen drei Interessensgruppen (Staat, Privatsektor und Zivilgesellschaft) in Konfliktzonen, seine Ergebnisse beziehen sich aber vor allem auf die Dynamik von Partnerschaften mit der Wirtschaft und sind deshalb auf PPP wie sie hier verstanden werden anwendbar.

kostengünstiger umgesetzt werden können, wenn die Ressourcen gebündelt werden (Demtschück 2004; Heydenreich et al. 2002; Hildebrandt 2003). Durch PPP sollen also einerseits Synergieeffekte erzeugt und andererseits aber auch bestimmte Maßnahmen überhaupt erst ermöglicht werden, die aus Kostengründen für eine Partei allein nicht machbar wären. Ein häufiges PPP Modell ist die Einführung neuer umwelt- und ressourcenschonender Technologien in einem Entwicklungsland durch ein Unternehmen, dem es aber gleichzeitig in diesem an ausreichend qualifizierten Fachkräften zur Bedienung und Wartung dieser Technologien fehlt. Typischerweise werden in einem solchen Fall Sachkosten (Trainingszentren mit entsprechenden Anlagen und Geräten einschließlich Wartung) sowie Fachexpertise durch das Unternehmen getragen, während ein öffentlicher Partner der EZ die Entwicklung von Trainingsmaterialien und Curricula sowie die Ausbildung von Trainern und Einbindung des Trainings in das nationale Bildungssystem bzw. deren Ankopplung an Bildungseinrichtungen übernimmt. Das Unternehmen bekommt somit ausreichende Fachkräfte für den Einsatz neuer ressourcenschonender Technologien, der EZ Akteur erhöht das Bildungsniveau und Einkommen einer bestimmten Zielgruppe, schafft Multiplikatoren und erleichtert somit die flächendeckende Einführung der umweltschonenden Technologien für andere Investoren.

Um zu überprüfen, ob solche PPP der deutschen EZ das Thema ressourcen- und umweltbezogene Konflikte beachten oder behandeln, wurden relevante PPP aus der GTZ Datenbank zusammengestellt. Auf der Grundlage einer eingehenden Literaturrecherche, der Analyse der Codes of Conduct und der Ratings von oekom research, wurden 18 Staaten<sup>44</sup> identifiziert, in denen Umwelt- und Ressourcenkonflikte aufgetreten sind. Aus der PPP Datenbank der GTZ wurden für diese 18 Staaten die Datenblätter von der GTZ angefordert. Als Hauptkriterium der Auswahl galt, dass in diesen Ländern Ressourcen- und Umweltkonflikte bestehen oder bestanden. Als untergeordnete Auswahlkriterien zur Einschränkung der Länder wurden die Aktualität der Konflikte und die Relevanz des Landes bzw. Marktes für deutsche Unternehmen hinzugezogen. Zu diesen Ländern soll geprüft werden, ob und wie PPP grundsätzlich Konflikte im weiteren Sinne thematisieren bzw. direkte und indirekte konfliktrelevante Faktoren behandeln.

Die erste Anfrage bei der GTZ ergab zunächst eine Liste von 300 PPP Projekten. Davon sind oder waren 177 bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), 112 bei der GTZ und 11 bei der Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Chancen (SEQUA) als Durchführungsorganisation angesiedelt. Das älteste erfasste PPP Projekt stammte aus dem Jahre 1995, alle anderen Projekte beginnen im Zeitraum von 1998 bis 2004. Ein Projekt ist undatiert. Von den angefragten 18 Ländern gibt es keine erfassten PPP in Angola, Georgien, El Salvador, Papua Neu Guinea, Sudan oder Tschad. Außerdem ist auffällig, dass PPP sich vor allem auf Brasilien, China, Indien und Indonesien konzentrieren. Diese vier Länder kommen allein auf 238 der 300 PPP Maßnahmen. Von den angefragten sechs afrikanischen Ländern sind nur drei Länder mit PPP Maßnahmen in der Datenbank verzeichnet (Ghana, Kamerun und Nigeria) und kommen insgesamt nur auf 26 PPP Maßnahmen. Diese Verteilung der PPP deckt sich mit dem Ergebnis der Aktivitäten

---

<sup>44</sup> Afghanistan, Angola, Aserbaidshan, Brasilien, China, Ekuador, El Salvador, Ghana, Georgien, Indien, Indonesien, Kamerun, Kolumbien, Nigeria, Papua Neu Guinea, Peru, Sudan, Tschad.

deutscher Unternehmen aus dem vorangegangenen Kapitel, dass sich deutsche Unternehmen vornehmlich in stabilen Ländern mit großen Märkten engagieren.

Partnerschaften zwischen Unternehmen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit werden in verschiedensten EZ Sektoren gebildet, nämlich Bildung, Energie, Gesundheit, Investitionsförderung, Landwirtschaft, Transport / Kommunikation, Umwelt, Wasser / Abfallentsorgung sowie Wirtschaftsreform und sonstige Bereiche (zum Beispiel Machbarkeitsstudien für Projekte, eine Pilotanlage und ein Symposium). Der finanzielle Beitrag der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand variiert erheblich von Projekt zu Projekt (Privatwirtschaftlicher Beitrag: 6.000 – 380 Millionen €, Öffentlicher Beitrag: 6.000 bis 18 Millionen €). Generell gilt, dass ein PPP zu maximal 50 Prozent von der öffentlicher Hand finanziert wird (Altenburg und Chahoud 2003b)

Neben diesen allgemeinen Daten zu PPP ist insbesondere die Projektbezeichnung wichtig, um einordnen zu können, ob PPP sich mit direkten oder indirekten Konflikt determinanten von umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten befassen. Die Projektbezeichnungen beschreiben skizzenhaft den Kern des Projektes (z.B. „Einführung gasbetriebener Busse in Jakarta“ oder „Qualifizierung von Kleinbauern, Sammlern und Handwerkern zur Produktion von exportfähigen Zier- und Trockenpflanzen, Anzucht von Saatgut“). Allerdings nehmen viele Projektbezeichnungen eher die Form eines Titels an und sind zu wage, um selbst den Inhalt des Projektes näher zu spezifizieren (z.B. ‚Raumplanung und Waldwirtschaft‘ oder ‚Programm zur Förderung der Wirtschaft und Humanressourcen‘). Eine Untersuchung aller 300 Projektbezeichnung nach relevanten Schlagwörtern (Frieden, Krieg, Unruhe, Krise, Konflikt, Vertrauen, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Korruption, Ressourcen, Umwelt) brachte lediglich ein Ergebnis zu Frieden (‚Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und der Lokalentwicklung für den Frieden‘ in Kolumbien), zwei zu natürlichen Ressourcen (‚Einführung umweltverbessernder und ressourcensparender Verfahren‘ in Brasilien und ‚Förderung ressourcenschonender bäuerlicher Betriebssysteme und Förderung von Politikberatung im Agrarsektor‘ in Ghana) und acht zu Umwelt, allerdings mit sehr unterschiedlicher Konfliktrelevanz. Während ein PPP Projekt in China eine ‚Schulung im Bereich Umweltschutz mit Radar-Füllstandsmessung‘ ist und damit keinen offenkundigen Bezug zu Konflikten hat, weist eine andere PPP in China zur ‚Einführung von Sozial- und Umweltstandards in der Bekleidungsindustrie‘ durch die Sozialstandards zumindest einen möglichen Bezug zu indirekten Konflikt determinanten auf.

Die Datenbank der GTZ erfasst keine Information darüber, wie ein PPP Projekt umgesetzt wird. Wie aus dem Forschungsstand zu PPP und Konflikten (siehe 5.2) hervorgeht, ist diese Information jedoch notwendig, um die Konfliktsensibilität von PPP festzustellen. Beispielsweise kann ein PPP Projekt, das auf Verbesserung der Wasserversorgung abzielt, auch eskalierende oder de-eskalierende Auswirkungen auf Wasserkonflikte in der Region haben, je nachdem wie konfliktsensibel es entworfen und durchgeführt wird. Wenn in der Umsetzung des PPP beachtet wird, dass verschiedene Anspruchsgruppen (z.B. Ethnien) ausgewogen beteiligt werden, kann dies gleichzeitig vertrauensfördernd sein. Die Projektbezeichnung der GTZ Datenbank gibt allerdings auf solche Detailfragen keine Antwort. Zudem sind Kontaktinformationen der an PPP beteiligten Unternehmen seitens der

GTZ nicht zugänglich<sup>45</sup>, so dass keine Interviews mit diesen Unternehmen durchgeführt werden konnten. Aus diesem Grund wurden so genannte Projektinformationsblätter zu den PPP Projekten von der GTZ angefordert, um zumindest für eine Auswahl an PPP weiterführende Informationen zu erhalten und daraus weitere Schlüsse über die Behandlung von Konflikten, insbesondere mit Umwelt- oder Ressourcenbezug, zu ziehen. Die PPP Informationsblätter sind einseitige Projektbeschreibungen, die von den Projektleitern ausgefüllt werden. Für die Zwecke dieser Untersuchung hat dies den Vorteil, dass sie einerseits die Perspektive des Projektes aus Sicht derjenigen widerspiegelt, die das Projekt durchführen aber auch den Nachteil, dass nicht zu allen PPP der GTZ solche Informationsblätter vorliegen.

Um die Datenbasis der Untersuchung von den 300 Projekten zu reduzieren, wurde nochmals eine Länderauswahl vorgenommen. Es wurden von der GTZ Infoblätter zu allen Projekten aus Kolumbien, Indonesien, Nigeria und Kamerun angefragt. Diese Länder wurden aus der Kombination von drei Kriterien ausgewählt. Erstens, werden sie häufig mit ressourcenbezogenen Konflikten in Zusammenhang gebracht (Le Billon 2001; Renner 2002; Switzer 2001). Zweitens, waren für diese Länder in der ersten Anfrage der GTZ Datenbank PPP Projekte verzeichnet und drittens sollte eine geographische Verteilung gewährleistet werden. Zu diesen vier Ländern hat die zentrale GTZ Datenbank 17 Projektinformationsblätter erfasst, vier zu Projekten in Kolumbien, zwei zu Kamerun, eins zu Nigeria und zehn zu Indonesien.

Neben formalen Angaben zu Titel und Projektnummer, werden in diesen Informationsblättern die Ausgangslage beschrieben, die Ziele des PPP Projektes festgehalten, die Maßnahme erläutert, die Leistungen der GTZ und des privatwirtschaftlichen Akteurs sowie möglicher anderer Partner festgehalten und schließlich die geplante Wirkung beschrieben. Die Formulierung der Ausgangslage, der Projektziele, der Maßnahmenbeschreibung und vor allem der Darlegung der geplanten Projektwirkungen bieten die Möglichkeit, einen konkreten Bezug des Projektes zu möglichen Konflikten darzustellen.

Wie in den Voruntersuchungen bereits festgehalten, ist der Prozess der PPP im Bezug auf Konflikte mindestens ebenso wichtig wie die eigentlichen Inhalte. Aus diesem Grund wurden alle vorhandenen Projektinformationsblätter daraufhin untersucht, ob sie einerseits inhaltlich direkte oder indirekte Konflikt determinanten behandeln und ob sie andererseits in der Umsetzung konflikt sensible Prozesse vorsehen, wie partizipative Prozesse, die Beteiligung von Minderheiten oder die bewusste Auswahl einer instabilen Region zur Durchführung des Projektes. Außerdem wurde geprüft, ob und wie die PPP einen Bezug zu Umwelt oder Ressourcen haben.

Die Auswertung der Projektinfoblätter nach diesen Kriterien (siehe Anhang 2) zeigt folgendes Bild.

- In keinem Projektinformationsblatt werden Konflikte, Instabilität oder Gewalt erwähnt. Sie tauchen somit weder als Hintergrundinformation, noch als thematischer

---

<sup>45</sup> Die Begründung der GTZ war einerseits Daten- und Vertrauensschutz, andererseits um Unternehmen vor unliebsamen Anfragen Dritter zu schützen, da diese den Aufwand solcher PPP ohnehin als hoch einschätzen.

Schwerpunkt auf, noch wird beschrieben, wie das PPP gegebenenfalls Konflikte berührt. Der Konflikttyp Umwelt- und Ressourcenkonflikt wird somit auch nicht gesondert erfasst. Dies gilt selbst für die Projekte, die thematisch solche Ressourcenbereiche behandeln, die in den jeweiligen Ländern in der Vergangenheit mit Gewaltkonflikten in Zusammenhang gebracht wurden (Energieversorgung in Nigeria (Öl) und Holzverarbeitung in Indonesien). In nur zwei Projektinformationen wurde ein Bezug zum Thema „Illegalität“ hergestellt (Nigeria und Kolumbien), in keinem Projektinformationsblatt wird auf kontextbezogene Probleme (z.B. Korruption, Mangel an rechtstaatlichen Strukturen und Mechanismen) eingegangen.

- Indirekte Konflikt determinanten werden in den Projektinformationsblättern sowohl als Hintergrund als auch Projektziel oder –auswirkung aufgeführt. Am häufigsten wird davon ausgegangen, dass PPP einen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung, zur Sicherung des Lebensunterhalts, zur Qualifizierung und damit allgemein zur sozioökonomischen Entwicklung leisten.
- Bei der Beschreibung der PPP Maßnahmen werden nur vereinzelt Instrumente oder Vorgehensweisen aufgeführt, die konfliktsensibel sind. In vier Projektinformationsblättern wird darauf hingewiesen, dass ein partizipativer Ansatz verfolgt wird, der jedoch in seiner Ausprägung stark variiert. So wird in einem Fall die Beteiligung aller Projektpartner bereits als Partizipation beschrieben während in einem anderen Projekt ein partizipativer Workshop mit der Zielgruppe der Maßnahme vorgesehen ist. In etwa einem Drittel der betrachteten Projekte (sechs Fälle) wird deutlich, dass die Maßnahme marginalisierte oder unterdurchschnittlich entwickelte Bevölkerungsgruppen oder Regionen betrifft. Nur zwei Projektinformationsblätter differenzieren die Zielgruppe in so fern, dass Randgruppen (Scavenger) bzw. illegal tätige Gruppen (Coca Bauern) besonders berücksichtigt werden. Ansonsten wird auf eine genaue Zusammensetzung der Zielgruppe in diesen kurzen Projektbeschreibungen verzichtet. Nur ein Projekt sieht eine Studie zur sozioökonomischen und ökologischen Auswirkung der Maßnahme vor. Projektmanagementinstrumente wie Qualitätsmanagement, (Zwischen-)Berichterstattung oder Evaluationen werden in den Projektinformationsblättern nicht erwähnt.
- Nur sechs der 17 Projekte haben keinen Bezug zur Umwelt oder zu natürlichen Ressourcen. Etwa die Hälfte der Maßnahmen (acht) ist sogar inhaltlich explizit auf Umweltverbesserung oder Ressourcenverarbeitung ausgerichtet (z.B. ‚Einführung von organisch-biologischer Landwirtschaft‘ oder ‚nachhaltige Nussölgewinnung‘).

Die Stichprobe von 17 Projektinformationsblättern ist zwar unzureichend, um allgemein auf PPP Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu schließen, für diese Stichprobe lässt sich aber dennoch erkennen, dass Konflikte oder Krisen in den PPP Maßnahmen nach Auswertung der Projektinformationsblätter keine Rolle spielen. Selbst PPP Maßnahmen, die äußerst kontroverse Bereiche behandeln (z.B. Holzverarbeitung in Indonesien), werden als rein technische Projekte beschrieben. Mögliche negative Folgen eines solchen Projektes werden weder aufgeführt noch wird aus der Beschreibung der Maßnahme deutlich, dass sie bereits berücksichtigt wurden. Obwohl fast die Hälfte der Projekte dieser Stichprobe sich mit Umwelt oder Ressourcennutzung beschäftigen, werden

Nutzungs- oder Zugangsfragen mit einer Ausnahme (in einem Projekt ist eine Wirkungsstudie vorgesehen) nicht thematisiert.

In dieser Stichprobe von PPP Beschreibungen wird deutlich, dass bereits existierende Instrumente der Konfliktanalyse in der Entwicklungszusammenarbeit („do no harm“, Konfliktwirkungsanalysen), die negative Auswirkungen von Projekten auf Konflikte minimieren und auf präventive Effekte abstellen, im Bereich der PPP bisher nicht zur Anwendung kommen. Selbst allgemeine konfliktrelevante Querschnittsaufgaben wie Gender Mainstreaming werden in den Projektbeschreibungen nicht explizit angesprochen, obwohl diese Aspekte möglicherweise in der Umsetzung der Projekte selbst eine Rolle spielen mögen.

Die Kurzbeschreibungen der PPP Projekte zeigen einerseits, dass PPP ein sehr flexibles und kreatives Instrument ist, das verschiedenen Inhalten und Projektgrößenordnungen gerecht wird. Andererseits scheinen in den hier betrachteten PPP die in anderen Zusammenhängen der EZ entwickelten Instrumente der Konfliktvermeidung und Konfliktbearbeitung weder in der Praxis noch der Projektentwicklung eine Rolle zu spielen. Beispielsweise ist in den Projektinformationsblättern nur für ein Projekt eine Analyse der möglichen positiven und negativen Auswirkungen des PPP vorgesehen. Da offenkundig bestehende Instrumente der Konfliktvermeidung und Konfliktbearbeitung bei PPP noch nicht berücksichtigt werden, scheint es derzeit fraglich, ob gerade dieses Instrument dazu geeignet ist, Unternehmen eine Rolle bei der Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten zuzuweisen. Auf Grund der hohen Zahl an Projekten mit Umwelt- oder Ressourcenbezug (zumindest in dieser Stichprobe) besteht andererseits ein potentieller Nutzen einer Sensibilisierung der PPP Partner für dieses Thema. Eine genauere und systematische Analyse der PPP Projektdokumentation sowie Interviews mit den Projektpartnern wären sinnvoll, um zu identifizieren, welche konfliktsensiblen Maßnahmen möglicherweise in der Praxis der Umsetzung solcher PPP eine Rolle spielen und welchen Mehrwert eine Sensibilisierung des PPP Instrumentes für umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte leisten kann.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Studie teilte die GTZ zudem mit, dass sie zurzeit eine Konfliktsensibilitätsprüfung für die Programm- und Projektebene erarbeitet, durch die auch PPP Vorhaben in Zukunft nach ihrer Konfliktsensibilität geprüft werden. Wenn eine Konfliktrelevanz vom Projektbetreuer erkannt wird, sollen das Projekt eine sogenannte ‚K‘ Einstufung bekommen, woraufhin eine Konfliktsensibilitätsstudie zwingend durchgeführt werden sollen. Dieser Ansatz wird für die Programm- und Projektebene entwickelt und wird daher auch für PPP Projekte gelten. Inwiefern die Unternehmen beim Konfliktscreening und der Konfliktsensibilitätsstudie eingebunden werden, ist in dieser Entwicklungsphase noch unklar.

### **5.3.2 Internationale PPP Netzwerke und Dialoge**

Neben den konkreten Projektpartnerschaften dienen Netzwerke, Foren und Dialogplattformen generell der Kommunikation und dem Informationsaustausch zwischen staatlichen Akteuren und dem Privatsektor. Häufig werden NRO, wissenschaftliche Einrichtungen und Gewerkschaften zusätzlich in solche Netzwerke eingebunden. Dadurch

sollen möglichst viele Perspektiven vereint und ein breiter Konsens erzielt werden. In diesem Teil der Studie werden beispielhaft solche Netzwerke und Foren untersucht, die sich direkt und indirekt mit umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten befassen bzw. befasst haben.

### 5.3.2.1 Partnerschaften zur Erarbeitung von Handlungsprinzipien und Verhaltenskodizes

Wirtschaftliche Akteure haben sich in der Vergangenheit wiederholt mit Regierungen und Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen, um Verhaltenskodizes und Handlungsleitsätze für Unternehmen zu formulieren. Bekannte transnationale Konzerne der extraktiven Industrie wie BP und Shell haben sich an solchen Partnerschaften beteiligt. Zu den Codes, die aus solchen Zusammenschlüssen entstanden sind, zählen die *US / UK Voluntary Principles on Human Rights*, die *Business Principles for Countering Bribery* und die *Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)*. Wie im Kapitel zur Analyse der Codes of Conduct beschrieben, behandeln diese Kodizes zwar nicht explizit das Verhalten von Unternehmen in Konfliktsituationen, sie können aber einen Beitrag zur Bearbeitung indirekter Konfliktfaktoren leisten (Menschenrechte, Korruption/Transparenz und Arbeitsrechte).

#### **Beispiel: Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)<sup>46</sup>**

Die EITI wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 vom englischen Premier Tony Blair ins Leben gerufen und seitdem im britischen Entwicklungshilfeministerium (Department for International Development) entwickelt. Sie richtet sich vor allem an Firmen der extraktiven Industrie sowie an Regierungen, in denen die Firmen arbeiten oder aus denen sie stammen. Die Einnahmen aus den Ressourcen spielen eine wichtige Rolle für wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung in den jeweiligen Ländern. Der Mangel an Transparenz und Zurechenbarkeit der Einnahmen kann Armut, Konflikte, Korruption und schlechte Regierungsführung verstärken. Die Initiative ermutigt Regierungen, Internationale Organisationen, NRO und öffentliche und private Firmen der extraktiven Industrie auf freiwilliger Basis zu kooperieren, um die Transparenz von Zahlungen und Einnahmen in diesem Industriezweig zu erhöhen. Die Initiative hat ihre Pilotphase abgeschlossen und soll sich kontinuierlich weiterentwickeln. Die Beteiligten haben sich auf eine Reihe von Prinzipien verständigt und im Mai 2003 einen Entwurf über die Berichtserstattung der Unternehmen vorgelegt. Diese soll vor allem transparent, verständlich, verlässlich, nachprüfbar und vergleichbar sein.

#### **Beispiel: US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights**

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sowie Öl- und Gasgesellschaften, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen haben gemeinsam eine Initiative zur Erarbeitung von Verhaltensprinzipien in den Bereichen Sicherheit und Menschenrechte ergriffen. Die Prinzipien thematisieren drei Bereiche: Risikoabschätzung, Beziehungen zu Regierungen und Sicherheitskräften wie Militär und Polizei des Gastlandes sowie den Umgang mit privaten Sicherheitsdiensten. Die jeweiligen Unternehmen müssen die Sicherheit ihrer Angestellten, aber auch die der Öffentlichkeit gewährleisten. Obgleich die

---

<sup>46</sup> Siehe auch Anhang 1.

US-UK Principles keinen erweiterten Sicherheitsbegriff definieren, der auch Umwelt- und Ressourcenaspekte einschließt<sup>47</sup>, ist dieser Zusammenschluss von großen Unternehmen und Regierungen ein Beispiel eines PPP zur Entwicklung von Verhaltenskodizes mit indirektem Bezug zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten.

### **Beispiel: Der Global Compact - Prinzipien & Netzwerk**

Durch den Beitritt zum Global Compact (GC) sollen sich vor allem privatwirtschaftliche Akteure verpflichten, die zehn Verhaltensprinzipien zu wahren, die in dieser Studie im Kapitel zu den ‚Codes of Conduct‘ erfasst werden. Gleichzeitig ist der GC aber eine Plattform für Dialog und Kooperation zwischen den Vereinten Nationen (VN) und der Privatwirtschaft sowie ein Leitfaden zur Umsetzung konkreter Entwicklungsprojekte. Als ‚Netzwerk von Netzwerken‘ verstanden, ist das Ziel des im Jahre 2000 von VN Generalsekretär Kofi Annan ausgerufenen GC, verantwortungsvolle Unternehmensaktivitäten zu fördern. Unternehmen sollen sich aktiv daran beteiligen, die Globalisierung von Wirtschaftsaktivitäten auf eine positive Weise zu gestalten. Sowohl der Ansatz als auch der Erfolg des GC ist umstritten und maßgeblich vom weiteren Verlauf des Prozesses sowie der konkreten Umsetzung der Prinzipien abhängig (Brinkmann und Pies 2003; McKinsey 2004; Paul 2001).<sup>48</sup>

In Bezug auf ressourcenbezogene Konflikte ist im GC vor allem der ‚Politikdialog‘ (Policy Dialogue) zur Rolle des Privatsektors in Konfliktregionen (The Role of the Private Sector in Zones of Conflict) von Bedeutung. Dieser Dialogprozess wurde auf Initiative der deutschen Bundesregierung eingerichtet und soll ein Forum für Vertreter von Unternehmen, NRO, Wissenschaft, Gewerkschaften und internationalen Organisationen schaffen. Bislang beteiligt sich ein deutsches Unternehmen (Gerling Gruppe). Durch den hohen Anteil an Öl und Gas sowie Bergbauunternehmen in dieser Gruppe besteht ein indirekter Bezug zu Ressourcenkonflikten. Mit der Einrichtung eines Expertengremiums wurde außerdem eine Arbeitsgruppe geschaffen, um insbesondere das politische Handlungsfeld bei der Frage der Rolle des Privatsektors in Konfliktregionen zu spezifizieren. Die Politikempfehlungen aus dieser Arbeitsgruppe wurden im April 2005 veröffentlicht. Bezüglich Partnerschaften zwischen dem Privatsektor und staatlichen Institutionen wird in dem Bericht festgestellt, dass die Rollen der beiden Akteure klarer definiert werden müssen, um die verschiedenen Motivationen und Ziele solcher Partnerschaften zu verdeutlichen. Insbesondere fehlt es an einer umfassenden und detaillierten Auswertung von ‚best practices‘ in der Entwicklung von öffentlich-privaten Initiativen. Die Analyse guter wie schlechter Erfahrungen solcher Partnerschaften ist notwendig, um Partnerschaftsinitiativen von staatlicher Seite so beeinflussen zu können, dass sie konfliktpräventiv oder konfliktbearbeitend wirken (Ballentine und Haufler 2005).

---

<sup>47</sup> In der Definition der US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights werden Sicherheitsrisiken im Sinne von politischen, wirtschaftlichen, zivilen oder sozialen Faktoren verstanden.

<sup>48</sup> In den Interviews mit Unternehmensvertretern für diese Studie wurde diese Meinung geteilt. Die Interviewpartner, deren Unternehmen im GC organisiert sind, haben einerseits die Initiative und ‚Marke‘ Global Compact begrüßt und andererseits wiederholt darauf hingewiesen, dass nun die Anlaufphase des GC abgeschlossen sei und der Erfolg der Initiative von den konkreten nächsten Schritten abhinge. Insbesondere wurde eine Erweiterung der zehn Prinzipien mit großer Skepsis betrachtet, sowie der zunehmende Einfluss verschiedener Akteure, der das Zusammenarbeiten erschwere und bürokratisiere.

Von Interesse für die weitere Zusammenarbeit der VN mit dem Privatsektor dürfte außerdem das Ergebnis einer aktuellen Untersuchung von Partnerschaften zwischen den VN und der Privatwirtschaft sein, deren Ergebnisse im September 2005 dem Plenum der VN und im Dezember 2005 der Öffentlichkeit in Berlin vorgestellt werden sollen.<sup>49</sup>

### 5.3.2.2 Forschungspartnerschaft im Bereich Umwelt- und Konflikt

Auch die Kooperation öffentlicher Förder- und Forschungsinstitutionen mit privatwirtschaftlichen Akteuren im Rahmen von PPP können einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis der Dynamik von Umwelt- und Ressourcenkonflikten leisten.

#### **Beispiel: Business Partners for Development**

Unter dem Namen Business Partners for Development organisieren sich Regierungen, Finanzierungsinstitutionen sowie wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure in einem weltweiten Netzwerk, das ursprünglich 1998 von der Weltbank ins Leben gerufen wurde<sup>50</sup>. Die Initiative verfolgt das Ziel, den positiven Einfluss von dreigliedrigen Partnerschaften zwischen Regierungen, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zu belegen. Sie möchte damit kooperative Ansätze fördern. Dieses Ziel verfolgte die Initiative ursprünglich durch Forschung, Betreuung und Förderung strategischer Beispiele solcher Partnerschaften in vier Bereichen (Wasser und sanitäre Einrichtungen, natürliche Ressourcen, Jugendarbeit und Straßenverkehrssicherheit). Die vier Bereiche haben sich sehr unterschiedlich entwickelt: Während im Bereich Jugendentwicklung keinerlei Resultate und Ergebnisse zumindest öffentlich vorliegen, hat sich der Bereich Wasser und sanitäre Einrichtungen über den Rahmen der ursprünglichen Initiative hinaus entwickelt und befindet sich in einer Phase der Umstrukturierung zu einem eigenständigen Programm.<sup>51</sup>

Der Bereich natürliche Ressourcen bezieht sich auf Öl, Gas und Bergbau und hatte für seine operative Phase des Forschungsprogramms von 1998 bis 2002 3 Millionen US Dollar zur Verfügung<sup>52</sup>. Der Arbeitsbereich ‚Natürliche Ressourcen‘ wurde von den teilnehmenden Organisationen gesteuert und durch ein von BP, WMC Resources, CARE International und der Weltbank gemeinsam getragenes Sekretariat unterstützt. Weitere Teilnehmer waren das britische Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit (DFID) sowie führende transnationale Öl-, Gas- und Bergbaufirmen und –organisationen aus Großbritannien, Norwegen, Kanada, Australien und Indien.

Die Konfliktrelevanz von Entwicklungspartnerschaften im Bereich Öl, Gas und Bergbau wird von dieser Initiative explizit angesprochen. Sie benennt als Herausforderungen für Partnerschaften und ihre Aktivitäten sowohl strukturelle Konfliktfaktoren als auch konkrete

---

<sup>49</sup> Siehe Global Public Policy Initiative: <http://www.globalpublicpolicy.net/index.php?id=63> (11.05.2005)

<sup>50</sup> Protocol des Panels zur Vorstellung von BPD, 3. Oktober 1998: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:20025817~menuPK:34478~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html> (20.11.04)

<sup>51</sup> Building Partnerships for Development in Water and Sanitation homepage: <http://www.bpd-waterandsanitation.org/english/index.asp> (20.11.04)

<sup>52</sup> Die Webseite der <http://www.bpd-naturalresources.org/> (20.11.04)

Gewaltsituationen. Das Hauptergebnis der Business Partners for Development Initiative im Bereich ‚Natürliche Ressourcen‘ sind analytische Arbeitspapiere, die oftmals einen Bezug zu Konflikten herstellen. Beispielsweise enthält das Arbeitspapier zur Messung des Mehrwerts solcher Partnerschaften (Mitchell et al. 2001) direkte und indirekte Konflikt determinanten. Der Ansatz der Entwicklungspartnerschaften wird erläutert anhand eines Projektbeispiels unter Beteiligung von Placer Dome in Las Cristinas, Venezuela. Dieses Fallbeispiel gilt als erfolgreich, weil durch den partnerschaftlichen Ansatz Konflikte vermieden wurden, obwohl ähnliche Bergbaumaßnahmen in Venezuela häufig zu Konflikten führen.<sup>53</sup> Ein Arbeitspapier analysiert sogar ausschließlich die Rolle von Partnerschaften in Konfliktregionen (Davy 2001), dessen Ergebnisse unter ‚Voruntersuchungen‘ bereits aufgeführt wurden.

#### 5.4 Zusammenfassung und Fazit

Bestehende Voruntersuchungen zu PPP und Konfliktpotenziale (siehe 5.2) weisen einerseits darauf hin, dass Unternehmen instabile Regionen meiden und heben andererseits den vertrauensbildenden und potentiell friedensfördernden Effekte solcher Partnerschaften hervor. Gerade der positive Einfluss von PPP auf Konflikte ist oft im Prozess des PPP verankert und vom inhaltlichen Ziel der Partnerschaft losgelöst.

For diesem Hintergrund wurden PPP Beschreibungen aus der GTZ Datenbank daraufhin analysiert, ob sie Konflikte thematisieren oder bearbeiten. Eine erste Analyse der Projekte zeigt bereits, dass sich PPP nicht explizit mit Konflikten befassen. In 300 Projektbezeichnungen wird lediglich ‚Frieden‘ einmal erwähnt. Eine tiefergreifende Analyse von 17 Projektinformationsblättern von jeweils einer Seite zeigt weiterhin, dass es zwar häufig einen expliziten und direkten Umwelt- und/oder Ressourcenbezug in diesen Projekten gibt, konflikt sensible Prozesse wie Partizipationsmechanismen aber nur eine Ausnahme in den Projektbeschreibungen darstellen.

Neben den konkreten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort können PPP in Form von Netzwerken und Dialogen einen Beitrag zur Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten leisten. Zumindest indirekte Konflikt determinanten werden in Handlungsleitlinien und Codes of Conduct erfasst, die zum Teil durch Partnerschaften zwischen Staat, Unternehmen und oftmals Zivilgesellschaft und Gewerkschaften zustande kamen. Auch der Global Compact kann als ein solches öffentlich-privates Netzwerk verstanden werden, dass neben den 10 Prinzipien außerdem einen Dialogprozess zur Rolle der Privatwirtschaft in Konfliktregionen initiiert hat. Während dieser Dialog nicht explizit Umwelt –und Ressourcenkonflikte behandelt, nehmen vorrangig Öl, Gas und Bergbaukonzerne an dem Prozess teil, sodass dadurch ein Ressourcenbezug besteht. Am konkretesten wurde das Thema natürliche Ressourcen und Partnerschaften in Konfliktregionen bisher von den Forschungsarbeiten des Netzwerkes ‚Business Partners for Development‘ bearbeitet, aus dem auch ein detailliertes Papier zu Erfolgsindikatoren von Partnerschaften hervorgegangen ist. Allerdings fehlen dieser Initiative Anknüpfungspunkte zur praktischen Umsetzung. Weil die Initiative zunächst nicht fortgesetzt wird, ist es

---

<sup>53</sup> Der Las Cristinas Fall wird hier geschildert: [http://www.bpd-naturalresources.org/pop\\_up/las/html/exec\\_frame.html](http://www.bpd-naturalresources.org/pop_up/las/html/exec_frame.html) (20.11.04)

unwahrscheinlich, dass die Ergebnisse systematisch getestet und ihre Übertragbarkeit auf andere Sektoren geprüft werden. In dieser Hinsicht sind die Defizite der Forschung und der Praxis komplementär: der Global Compact Dialogprozesses macht relevante Empfehlungen zu PPP, die in neuen PPP Vorhaben integriert werden sollten. Die Erfolgsindikatoren der ‚Business Partner for Development‘ Initiative könnten dann tatsächliche Auswirkungen solcher PPP Projekte auf ressourcenbezogene Konflikte evaluieren.

## 6 Weitere Ansätze zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten

Neben den drei Hauptforschungsansätzen dieser Studie haben die ausführlichen Interviews mit Unternehmensvertretern besondere Bedeutung, um die Perspektive und Ansätze der Unternehmen zu erfassen. Im Bezug auf CoC, PPP und Rating wurden die Erkenntnisse aus den Interviews bereits in den entsprechenden Kapiteln eingearbeitet. Darüber hinaus brachten die Interviews weitere Kenntnisse zu bestehenden Unternehmensansätzen, die hier aufgeführt werden.

Der Themenkomplex umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte werden je nach Unternehmen und Branche im Bereich Risikoabschätzung und -analyse sowie Krisenmanagement indirekt behandelt. Zusätzlich wurde in den Interviews durch die Auswahl der Standorte und Zulieferer ein Bezug zum Thema hergestellt.

### 6.1 Risikoanalyse und Risikobewertung

Die Risikoanalyse umfasst vor allem die Identifizierung wirtschaftlicher und finanzieller Risiken, schließt aber zumindest bei den Banken und Versicherern häufig umwelt- und soziale Risiken mit ein. Risiken werden durch Mediendaten, durch Absprache mit nationalen Regierungen (sowohl in Deutschland als auch im Partnerland), durch Berichterstattung internationaler NRO und vor allem durch Experten abgeschätzt. Die Umwelt- und sozialen Risiken werden vor allem bei den Reputationsrisiken angesiedelt, die bei den befragten Großunternehmen zentral verankert sind und in allen Geschäftsbereichen beachtet werden.

Für Banken gehören ökologische und soziale Risiken zu den finanziellen Risiken und damit zum Kerngeschäft der Branche. Banken verfügen über ein durchkonstruiertes Analyseraster und detaillierte Vergabekriterien für Kredite, die oftmals Bezug auf internationale Standards nehmen (insbesondere auf die Equator Principles: siehe Box 6 und ISO14000 Serie). Die Risikoabschätzung von Märkten erfolgt durch Länder- und Branchenspezialisten. Große Projektfinanzierungen werden einem umfassenden Screening von ein bis zwei Jahren unterworfen. Dabei wird unter anderem die Erfahrung der Projektnehmer in Vorläuferprojekten und im Umgang mit schwierigen Bereichen, wie Umsiedlungen bei großen Infrastrukturprojekten, geprüft.

Versicherungen haben verschiedene Risikobewertungssysteme für verschiedene Versicherungssparten (z.B. Haftpflicht-, Sach- & technische Versicherung). Bei der Kreditversicherung wird eine genaue Analyse der politischen Risiken durch Underwriter unternommen, die weitgehend autonom entscheiden. Gleichzeitig müssen sich die Underwriter auf nationale Daten zur Risikoabschätzung verlassen. Dabei fehlen oftmals Daten und Informationen um Risiken systematisch, insbesondere auf der substaatlichen Ebene, zu erfassen. Zum Teil führen Versicherungen Schulungen für ihre Underwriter durch, um sie für ökologische und soziale Risiken zu sensibilisieren. Bei der Risikobewertung großer Konzernkunden werden häufig die Produktionsstätten durch einen Risikoingenieur besichtigt. Dieser ist jedoch in der Regel auf die Bewertung technischer Risiken spezialisiert. Inwiefern er ökologische und soziale Risiken beachtet bleibt häufig der Zuständigkeit des Ingenieurs überlassen. Aus diesem Grund gibt es bei einer der befragten Versicherungen Bemühungen, soziale und ökologische Risiken stringenter und systematisch zu erfassen.

Von besonderem Interesse für Versicherer sind außerdem neue, nicht quantifizierbare und nicht bewertbare Risiken ('emerging' risks), wie beispielsweise Risiken, die in Folge des Klimawandels durch Fluten, Dürren und Stürme entstehen.

Bei den Reiseveranstaltern ist die Risikoabschätzung weniger weit entwickelt. Risikoanalysen werden dezentral in den verschiedenen Standorten organisiert und sind dadurch für die Zentrale nicht transparent.

In den Automobil- und Chemiebranchen spielt die Risikoabschätzung vor allem bei der Standortwahl eine wichtige Rolle. Neben unterschiedlichen Kosten- und Marktanalysen, die bei der Standortwahl eine Rolle spielen, gilt hinsichtlich potentieller Instabilität und Konflikte die Prämisse: wo kann ungestört produziert werden.

## 6.2 Risikomanagement

Reiseveranstalter verfügen über ein umfassendes System zum Umgang mit Krisen und Gewaltkonflikten über das Risikomanagement. Die Tourismusbranche hat ein weit entwickeltes Risikomanagementsystem, dem ein vielschichtiges Verständnis von Sicherheit zugrunde liegt: es schließt Gesundheits-, Naturkatastrophen-, und Gewaltrisiken ebenso ein wie politische Risiken (Unruhen, Bürgerkriege, Reisewarnungen), wirtschaftliche Risiken (Streiks von Vertragspartnern, Insolvenzen von Sub-Unternehmen), technische Risiken (Unfälle im Beförderungsbereich, Hotelbrände, etc.) und menschliches Versagen (mangelndes Sicherheitsbewusstsein, Nichtbeachten von Vorschriften, etc.). Gleichzeitig geht die Branche von der Unvorhersehbarkeit dieser Risiken aus, sodass weder Prävention noch Risikoabschätzung besonders ausgeprägt sind. Im Bereich der Intervention greifen Krisenmanagementprozesse (z.B. Rückführung von Touristen, Koordination mit nationalem Krisenstab und Luftverkehrsgesellschaften, etc.). Diese Prozesse greifen unabhängig vom Grund oder von der Art der Krise.

Ein anderer Ansatz des Risikomanagements besteht durch 'Outsourcing' und lokale 'Ownership'. Ein Chemieunternehmen hat beispielsweise durch die Beschäftigung von fast ausschließlich einheimischen Managern gute Erfahrungen bei der Berücksichtigung der Interessen lokaler Akteure gemacht. Zusätzlich verfolgt das Unternehmen eine Transparenz- und Informationsstrategie, die Anwohner, Mitarbeiter und benachbarte Gemeinden der Produktionsstätten einschließt. Beschwerden können aus allen Regionen der Welt direkt per Brief oder Email an einen unabhängigen Ombudsman gerichtet werden. Solche internen Mechanismen des 'whistle blowing' zur Frühwarnung von Risiken und möglichem Fehlverhalten, das auch zu Konflikten führen kann, sind auch bei anderen befragten Unternehmen vorhanden (z.B. Energieversorger).

## 6.3 Einkauf und Auswahl der Zulieferer

Die Automobilindustrie und die Energieversorger delegieren Verantwortung durch den Einkauf. Für diese Industriezweige ist die Zulieferkette der Hauptbezug zu dem Thema Umwelt- und Ressourcenkonflikte. Indem sie auf ISO 14001 Zertifikate achten und die Zulieferer überprüfen, bemühen sie sich eigene Standards auch auf die Zulieferer zu übertragen. Dies ist ein neuer Trend und befindet sich zunächst in der Entwicklungsphase. Er wird durch Reputationsrisiken und CSR motiviert.

## 6.4 Standortauswahl

Manche Unternehmen sind der Auffassung, dass eine Investition und Standortentwicklung *per se* stabilisierend wirkt. Dies entspricht allerdings nicht den aktuellen Kenntnissen der Wissenschaft oder der EZ. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass gerade Investitionen, die nicht auf lokale Ressourcennutzungsmuster achten oder konfliktensibel gestaltet sind, umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte auslösen können. Eine konfliktensible Investition ist allerdings gerade in Konfliktgebieten wichtig, um Stabilität zu fördern.

## 7 Fazit

Die Rolle der Privatwirtschaft im Kontext von Umwelt- und Ressourcenkonflikten wurde in dieser Studie anhand von drei Forschungsansätzen betrachtet. Die Analyse von **Codes of Conduct** diente dem Ziel festzustellen, ob durch Codes of Conduct Umwelt- und Ressourcenkonflikte von Unternehmen thematisiert werden. Wie die Analyse zeigt, gibt es nur einen Modellcode, der das Thema explizit aufgreift. Keine der betrachteten Codes of Conduct, die von der Industrie getragen werden, befassen sich explizit mit dem Thema Umwelt- und Ressourcenkonflikte bzw. dem Verhalten von Unternehmen im Bezug zu diesem Thema. Gleichzeitig gibt es eine Fülle an CoC, die das Verhalten von Unternehmen zu Bereichen regelt, die für das Thema indirekt relevant sind (z.B. Menschenrechte, Korruption, Transparenz).

Die geringe Bedeutung der CoC in Bezug auf Umwelt- und Ressourcenkonflikte ist jedoch auch durch allgemeine Trends eingeschränkt. Erstens sind die im internationalen Diskurs einschlägigen Unternehmen der Rohstoffbranche keine deutschen Unternehmen und wurden im Rahmen dieser Untersuchung nicht betrachtet. Die einschlägigen Arbeiten des Minerals and Mining Sustainable Dialogue (MMSD) des World Business Council on Sustainable Development (WBCSD) in Kooperation mit den führenden, international tätigen Bergbaukonzernen sowie von International Alert zur Mineralölindustrie haben diese Frage eingehend untersucht. Hier spielen CoC eine deutlich wichtigere Rolle als im deutschen Kontext. Zweitens haben sich in den vergangenen Jahren eine Reihe größerer und kleinerer deutscher Unternehmen aus Märkten in Entwicklungs- und Schwellenländern weitgehend zurückgezogen. Dies gilt sowohl für das produzierende Gewerbe als auch die Versicherungs- und Bankenbranche, die sich aus der Projektfinanzierung weitgehend zurückgezogen haben. Dies betrifft sowohl den Bergbau als auch Produzenten anderer Primärrohstoffe. Und drittens – dies ist wohl die wichtigste Feststellung – spielen Umwelt- und Ressourcenkonflikte als eigenständige Konfliktkategorie keine Rolle. Sie werden vielmehr allgemein als Unterkategorien der Risikobewertung und des Risikomanagements behandelt.

Die Branchenanalyse anhand des **Nachhaltigkeitsratings** von oekom research zeigt die unterschiedliche Relevanz des Themas Ressourcenkonflikte für verschiedene Branchen. Das Thema spielt für solche Industrien eine Rolle, die von ortsgebundenen Ressourcen abhängig sind. Dies betrifft direkt die Sektoren Öl, Gas und Bergbau, aber indirekt auch Industriezweige, die in Deutschland stärker vertreten sind. Beispielsweise haben Banken durch ihre Finanzierung von Projekten einen indirekten Bezug zum Thema, besonders wenn sie Staudämme oder Pipelines finanzieren. Allerdings haben sich die Banken in Deutschland weitestgehend aus solchen Projekten zurückgezogen, die aus Umwelt- und sozialen Gesichtspunkten risikoreich sind und ein erhöhtes Konfliktpotential bergen.

Schließlich weist die Analyse von **Public-Private Partnerships** darauf hin, dass das Thema Umwelt- und Ressourcenkonflikte in öffentlich-privaten Dialogforen und Plattformen behandelt wird, in der Auswahl von deutschen PPP Projekten jedoch nicht explizit wieder zu finden ist. Dieser Anknüpfungspunkt zur Industrie wird also bisher von staatlicher Seite nicht genutzt um die Thematik bei Unternehmen zu verankern. Dieses Bild deckt sich mit der geäußerten Zurückhaltung deutscher Unternehmen gegenüber PPP Projekten. Oftmals wurde auf die weiterhin bestehende Inkompatibilität von öffentlichen und privaten Interessen

verwiesen und den hohen zeitlichen und damit finanziellen Aufwand, den PPP Projekte auf Seiten der Industrie erfordern. Große Unternehmen verzichten zudem eher auf die Kofinanzierung von PPP Projekten wenn sie entsprechende Investitionen vornehmen, da sie in der alleinigen Durchführung solcher Projekte einen größeren Reputationswert für das eigene Unternehmen sehen. Zudem sind Unternehmen nur bedingt geneigt, kritische potentiell konflikthafte unternehmerische Entscheidungen zum Gegenstand semiöffentlicher Diskurse zu machen. Das Bild wird jedoch verstärkt durch den Vertrauensschutz, den Unternehmen in PPP Projekten genießen. Detaillierte Informationen über Motivation und Restriktionen von Unternehmen und Funktion und Lernprozessen in PPP Projekten sind nicht transparent und konnten daher auch nicht untersucht werden. Eine fallweise Betrachtung unter Einbeziehung einzelner Unternehmen mag hier in Zukunft vertiefte Einblicke geben.

In den **Interviews mit Unternehmensvertretern** zeigte sich zudem, dass Unternehmen den Themenkomplex umwelt- und ressourcenbezogene Konflikte vor allem im Bereich der ‚risk policies‘ ansiedeln. Auch wenn die befragten deutschen Unternehmen keinen direkten Bezug zum Thema haben, beschäftigen sie sich mit Fragestellungen zu Klima, Wasser, Landnutzung und politischer Instabilität. Auch politisch-soziale Bedenken sind zwar im Unternehmensgeschehen noch untergeordnet, spielen aber eine wachsende Rolle. Die mit Krisen- und Konflikte verbundenen Reputationsrisiken werten dabei diese Themen auf: bei Banken werden Umweltthemen sogar im Kerngeschäft der finanziellen Risikoabschätzung berücksichtigt. In anderen Branchen wird dies durch den Aufgabenwandel der Umweltabteilung gezeigt: früher behandelten diese Abteilungen vornehmlich umweltbezogene Probleme der Kunden, zunehmend werden sie zu einem Frühwarnsystem für Reputationsrisiken. Dies gibt den Umwelt-, Nachhaltigkeits-, oder CSR Abteilungen zunehmend Einfluss im Unternehmen.

Vor dem Hintergrund des eingeschränkten Nutzens der untersuchten Methoden zur Abschätzung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten werden nachfolgend einige Vorschläge ausgearbeitet, wie diese Ansätze weiter entwickelt werden können.

## **7.1 Weiterentwicklung des Ansatzes der Nachhaltigkeitsratings**

In den Interviews sagten die meisten der befragten Unternehmensvertreter aus, dass Nachhaltigkeitsratings für das Unternehmen allgemein von Bedeutung sind und innerhalb des Unternehmens auch kommuniziert werden. Sie sind keine Primärmotivation für korrektes Verhalten, aber tragen einen Teil zum ‚Reputationsmosaik‘ des Unternehmens bei. Aus diesem Grund könnten Nachhaltigkeitsratings potentiell zur Kommunikation des Themas Umwelt- und Ressourcenkonflikte in Unternehmen beitragen. Im Rahmen dieser Studie wurde exemplarisch das Nachhaltigkeitsrating von oekom research untersucht. Sinnvoll erscheint aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ein Vergleich mit anderen Ratingsystemen anderer Ratingagenturen und eine Ausweitung des Untersuchungsrahmens auf transnationale Konzerne, um zu prüfen ob und wie in Ratings Konflikte allgemein und Umwelt- und Ressourcenkonflikten insbesondere behandelt werden.

Grundsätzlich hat diese Untersuchung Möglichkeiten der Weiterentwicklung der oekom research Ratingmethode aufgezeigt. Um den Themenkomplex der ressourcenbezogenen Konflikte den Unternehmen näher zu bringen, müsste dieser Aspekt beispielsweise auch im Rating von oekom research explizit mit einem Indikator bedacht werden. Dies wäre

insbesondere für diejenigen Branchen sinnvoll, die einen direkten Bezug zu ressourcenbezogenen Konflikten aufweisen.

Um genauere Informationen über Zeitpunkt und Ausmaß der Kontroversen genauer bewerten zu können, wäre eine weitere Systematisierung der Daten der im Rating verwendeten Medienanalyse hilfreich. Wenn möglich, müssten alle Informationen einem Zeitpunkt zugeordnet werden und gebündelte Aussagen in einzelne Fälle differenziert werden. Um den durch kontroverse Projekte verursachten Schaden genauer bewerten zu können, wäre die Einführung einer „Konfliktskala“ denkbar. Eine solche Skala würde ermöglichen, Konflikte entlang des Konfliktkontinuums zu erfassen, also solche Konflikte die konstruktiv-kooperativ gelöst werden bis hin zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten.<sup>54</sup>

Schließlich nutzen sowohl oekom research als auch einige Unternehmen die Methode der Medienanalyse zur Erfassung von Kontroversen bzw. Risiken. Aus den erfassten Informationen von oekom research wird allerdings deutlich, dass offensichtlich eine Verzerrung bei der Zuweisung von ökologischen und sozialen Konflikten besteht und möglicherweise durch die Fokussierung auf ökologische Aspekte im Analyseraster wichtige Informationen und andere Konflikt determinanten nicht berücksichtigt werden. Die Anzahl der kontroversen Umweltprojekte ist deutlich höher als sozio-kulturelle kontroverse Projekte. Auch die qualitativen Aussagen für manche Kontroversen sind stärker aus einer ‚Umweltperspektive‘ erfasst und vernachlässigen sozio-kulturelle Konsequenzen. Dies hängt direkt mit der Methode der Medienanalyse zusammen, da Umwelt NRO, die als ‚Watchdog‘ tätig sind, eher global organisiert sind als lokale Bürgergruppen, die sich gegen unrechtmäßiges Vorgehen von Unternehmen oder Regierung organisieren. So ist eine differenziertere Auswahl der Quellen notwendig, um den Schnittfläche zwischen Umwelt- und Ressourcenkonflikten adäquat zu erfassen. Konkret ist die methodische Weiterentwicklung notwendig, wie die Medienanalyse weiterentwickelt werden kann, um den Themenkomplex Umwelt- und Ressourcenkonflikte zu erfassen und zu bewerten.

Die Medienanalyse wird jedoch mangels einer systematischen Auswertung, die zeitlich und finanziell aufwendig ist und ohnehin nur bedingt die tatsächlichen Konfliktursachen abzubilden vermag, nur ein oberflächliches Bild der Konflikt dynamik liefern. Um die Rolle von Unternehmen in Umwelt- und Ressourcenkonflikten genauer zu analysieren, scheint der Rückgriff auf bestehende Ansätze der Konfliktanalyse von Projekten und Programmen in der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll. Einige entwicklungspolitische Durchführungsorganisationen, wie die GTZ, DEZA oder USAID haben in den vergangenen Jahren erste Erfahrungen mit der systematischen Konfliktanalyse und Folgenabschätzung im Rahmen ihrer Conflict Mainstreaming Strategien gewonnen und entsprechende Indikatoren entwickelt, die auch für die Weiterentwicklung der Ratings angewandt werden können.

Schließlich ist die Rolle der Ratings für unternehmerische Entscheidungen im Rahmen dieser Untersuchung nur selektiv in einigen Interviews ermittelt worden. Ratings treffen allen-

---

<sup>54</sup>

Oftmals kommt es nicht zu einer Gewalteskalation wenn die schwächere Konfliktpartei in einem Kontext ohne Rechtsstaatlichkeit lieber die Eskalation von Gewalt vermeidet. Beispielsweise führte in China die Umsiedlung von fast zwei Millionen Menschen auf Grund des Drei Schluchten Staudamm Projektes zu kaum nennenswerten Protesten, obwohl Kompensationsgelder für die betroffene Bevölkerung verschwanden und das Ackerland, das den Menschen als Ersatz angeboten wurde, von geringerer Qualität ist. Bauern, die sich zu Beginn des Projektes beschwerten, wurden zum Teil verhaftet.

falls Aussagen über die Performance eines Unternehmens, sie spielen aber keine wichtige Rolle in Entscheidungsprozessen innerhalb der Unternehmen. Dies mag vor allen an der Qualität, der Vergleichbarkeit mit anderen Unternehmen einer Branche und der oftmals fehlenden Aktualität liegen. Um die Funktion der Ratings für Unternehmensentscheidungen weiter zu entwickeln, ist ein Dialog zwischen Rating Agenturen, Experten aus der Konfliktanalyse sowie Vertretern der Unternehmen und Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll. Ein erster Ansatz hierzu sollte in einem informellen Fachgespräch unter den erwähnten Akteuren verfolgt werden.

## **7.2 Die Reichweite der Codes of Conduct in Unternehmen**

Die Untersuchung hat gezeigt, dass eine Vielfalt an Unternehmenskodizes für Branchen und Unternehmen besteht, die in unterschiedlichem Maße Aspekte von Umwelt- und Ressourcenkonflikten abbilden. Der überwiegende Teil dieser Codes behandelt daher erwartungsgemäß nur ansatzweise relevante Konflikt determinanten. Da der Konflikttyp „Umwelt- und Ressourcenkonflikt“ zudem keine selbständige Kategorie und für Unternehmen nur schwer zu operationalisieren ist, stellt sich die Frage, inwieweit Unternehmen über die Implementierung entsprechender Kodizes in die Lage versetzt werden, ihr unternehmerisches Handeln zu ändern und konfliktpräventiv zu wirken. Nahe liegend ist daher eine vertiefte Untersuchung über die Anwendung und Wirkung ausgewählter Kodizes, insbesondere im Hinblick auf den Geltungsbereich für die Zulieferindustrie. Letzteres ist das eigentliche Problem deutscher Unternehmen, die bereits für die Mutterkonzerne entsprechende Corporate Governance Strukturen etabliert haben, derzeit aber nur bedingt in der Lage sind, diese auch auf alle Zulieferer zu übertragen. Bisher ist es mit dem Kimberley Prozess lediglich für eine Ressource gelungen, ein solches weit reichendes Regulierungsregime zu etablieren. Die Marktstruktur mit wenigen Anbietern und Abnehmern unterscheidet sich jedoch maßgeblich von anderen Ressourcen und Branchen. Die Übertragbarkeit eines solchen komplexen Regulierungsregimes wäre daher auch für andere Ressourcen zu prüfen.

## **7.3 Weiterentwicklung des PPP Ansatzes**

Die Public-Private Partnerships konnten im Zuge dieser Studie nicht ausreichend detailliert erfasst werden, um zu erkennen, ob Konflikte implizit behandelt werden. Dazu wären ausführlichere Projektinformationen nötig, wie sie beispielsweise durch Projektanträge, Fortschrittsberichte und Evaluationen enthalten sind. Diese Informationen sollten durch Interviews mit Projektleitern ergänzt werden, um die Konfliktsensibilität der PPP genauer zu erfassen. In Zusammenarbeit mit dem Sektorvorhaben ‚Krisenprävention und Konfliktbearbeitung‘ der GTZ könnte daraus ein Leitfaden zur Integration von Umwelt- und Ressourcenkonflikten in PPP Maßnahmen erarbeitet werden. Neben dem inhaltlichen Ziel der Beachtung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten in PPP Maßnahmen müsste in einem solchen Vorhaben besonders die Perspektive der Privatwirtschaft beachtet werden. Die Unternehmen sind aus den dargelegten Gründen an unbürokratischen, einfachen Projektmodellen interessiert. Daher muss der Leitfaden einerseits praktikabel gestaltet werden und außerdem genau geprüft werden, unter welchen Umständen der Leitfaden Anwendung finden soll.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend die Bedeutung von PPP hervorgehoben. Im Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung wurde diese Ansatz auch für den Bereich der Konfliktprävention und Krisennachsorge betont. Dazu wäre jedoch erforderlich, insbesondere mit solchen Unternehmen die in Kriseregionen tätig sind, einen zumindest für Fachleute transparenten Dialog zu initiieren und die Vorteile für die beteiligten Unternehmen hinreichend deutlich zu machen.

#### **7.4 Detaillierte Analyse einzelner Branchen**

Wie die Branchenanalyse und die Interviews mit Unternehmen zeigen, bestehen große Unterschiede unter den Branchen in der Behandlung des Themas Umwelt- und Ressourcenkonflikte. Weiterführende Fragen aus dieser Studie ergeben sich daher vor allem für solche Branchen, die gerade dabei sind, ihre Risikoanalysen und CSR Ansätze zu erweitern. Von den interviewten deutschen Unternehmensvertretern gehören hierzu die Energieversorger sowie die Automobil- und Tourismusbranche. Einzelne Unternehmen der Energieversorger und Automobilbranche haben mit der Entwicklung einer umfassenderen Erfassung der Einhaltung von CoC der gesamten Zulieferkette begonnen. Gerade in diesem Stadium wäre eine Untersuchung sinnvoll, wie die Ansätze zur Beachtung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten bei Zulieferern untersucht und weiter entwickelt werden können.

Wie die Branchenanalyse zeigt, haben solche Branchen einen Bezug zum Thema Umwelt- und Ressourcenkonflikte, die von ortsgebundenen Ressourcen abhängig sind. Dazu gehören insbesondere die Öl, Gas und Bergbaubranche aber auch die Tourismusbranche: Inseln und Küstenabschnitte sind begrenzt und damit knappe, ortsgebundene Ressourcen. Interessenkonflikte um Ressourcen treten in der Tourismusbranche häufig auf, insbesondere im Bereich der Raumordnung bzw. Flächennutzung sowie der Wassernutzung. Während die Tourismusbranche über ein ausdifferenziertes Krisenmanagementsystem verfügt, werden diese Nutzungskonflikte derzeit noch in der Regel lokal und individuell gelöst und es fehlt an einer zentralen, konfliktsensiblen Strategie.

Eine Folgeuntersuchung sollte deshalb vor allem bestehende Unternehmens- und Branchenansätze genauer erforschen und die Möglichkeiten der Integration des Themas Umwelt- und Ressourcenkonflikte bei relevanten Branchen zu erörtern.

#### **7.5 Dialogprozesse initiieren**

Die vorliegende Untersuchung lieferte eine erste Systematisierung der Diskussion um Umwelt- und Ressourcenkonflikte und die Rolle der Unternehmen. Über eine „desk study“ hinaus scheint ein breiterer Dialog unter den beteiligten Akteuren notwendig. Damit sind gleichermaßen städtische wie private Akteure angesprochen. Insbesondere die derzeit noch fragmentierten Diskurse über Nachhaltigkeitsmanagement auf der einen und Konfliktbearbeitung und Prävention auf der anderen Seite müssen zusammengeführt werden. Die gegenwärtige Diskussion in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit über die Integration von konfliktsensitiven Analysen in Sektorvorhaben und Regionalkonzepten mag hierzu einen ersten Ansatz bieten.

## 8 Bibliographie

- Addison, Tony; Philippe Le Billon und S. Manoob Murshed 2001: Finance in Conflict and Reconstruction: United Nations University, World Institute for Development Economics Research.
- Altenburg, Tilman und Tatjana Chahoud 2003a: Partnerschaft mit der Wirtschaft. Entwicklung und Zusammenarbeit, Jg. 44, Heft 6, 06/2003, 248-249.
- Altenburg, Tilman und Tatjana Chahoud 2003b: Public-Private Partnerships. Bilanz der ersten Jahre. Entwicklung und Zusammenarbeit, Jg. 44, Heft 4, 04/2003, 144-147.
- Ballentine, Karen und Jake Sherman (Hrsg.) 2003: The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance. Boulder, Lynne Rienner Publishers
- Ballentine, Karen und Heiko Nitzschke 2004: Unternehmen in Konfliktregionen: Problemfelder und Handlungsmöglichkeiten. Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, Jg. 79, Heft 1-2, 35-56.
- Ballentine, Karen und Virginia Haufler 2005: Enabling Economies of Peace - Public Policy for Conflict Sensitive Business: UN Global Compact Office.
- Banfield, Jessica; Virginia Haufler und Damian Lilly 2003: Transnational Corporations in Conflict Zones: Public Policy Responses and a Framework for Action. Business and Conflict Programme. London: International Alert.
- Buhag, Halvard; Scott Gates und Päivi Lujala 2003: Lootable Natural Resources and the Duration of Armed Civil Conflict, 1946-2001. Revised Version of Paper presented at the 36th annual Peace Science Society (International) meeting in Tucson, Arizona, 1-3 November 2002. <http://www.svt.ntnu.no/iso/Paivi.Lujala/home/Papers/Duration.pdf> (20.04.2004)
- Beloe, Seb; Jan Scherer und Ivo Knoepfel 2004: Values for Money - Reviewing the Quality of SRI Research. London: SustainAbility.
- Bennett, Juliette 2002: Multinational Corporations, Social Responsibility and Conflict. Journal of International Affairs, Jg. 55, Heft 2, 393-410.
- Berman, Jonathan 2001: Partnering Towards Peace - DFID and the Private Sector: Political and Economic Link Consulting.
- Bomann-Larsen, Lene 2003: Corporate Actors in Zones of Conflict - Responsible Engagement. Oslo: Confederation of Norwegian Business and Industry (NHO) und Peace Research Institute Oslo (PRIO).
- Brand, Ulrich; Achim Brunnengräber; Lutz Schrader; Christian Stock und Peter Wahl 2000: Global Governance. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bray, John; Jason Switzer; Mareike Hussels; Daniel Wagner und Michael Kelly 2004: Investing in Stability - Conflict Risk, Environmental Challenges and the Bottom-Line: UNEP/FI, IISD, BMU.

- Brinkmann, Johanna und Ingo Pies 2003: Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 34/2003, 186-206.
- Chan-Fishel, Michelle 2005: Unproven Principles - The Equator Principles at Year Two. Utrecht: BankTrack.  
[http://www.banktrack.org/fileadmin/user\\_upload/documents/E\\_Publications\\_and\\_Reports/BankTrack\\_publications/050606\\_Unproven\\_Principles\\_anniversary\\_assessment.pdf](http://www.banktrack.org/fileadmin/user_upload/documents/E_Publications_and_Reports/BankTrack_publications/050606_Unproven_Principles_anniversary_assessment.pdf)  
(20.06.2005)
- Collier, Paul und Anke Hoeffler 2001: Greed and Grievance in Civil War. The World Bank, October 2001.  
[http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedgrievance\\_23oct.pdf](http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedgrievance_23oct.pdf)  
(20.04.2004)
- Corporate Engagement Project 2003: The Role of Business in conflict Resolution and Peace Building.  
<http://www.cdainc.com/cep/publications/issuepapers/IssuePaperConflictResolution.pdf>  
(12.03.2004)
- Davy, Aidan 2001: Companies in Conflict Situations: A Role for Tri-Sector Partnerships?: Business Partners for Development - Natural Resources Cluster. [http://www.bpd-naturalresources.org/html/pub\\_working.html](http://www.bpd-naturalresources.org/html/pub_working.html) (20.04.2004)
- Demtschück, Elke 2004: Von PPP zu Strategischen Allianzen: Ansätze zur Weiterentwicklung im Lichte nationaler und internationaler Erfahrungen. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
- DGVN - Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 2004: Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte. Blaue Reihe Nr. 88. Berlin: DGVN.
- Dröge, Susanne und Harald Trabold 2001: Umweltbezogene Verhaltenskodizes für ausländische Direktinvestitionen: Möglichkeiten und Grenzen. Forschungsbericht 20019148. UBA-FB 000191. Berlin: Umweltbundesamt.
- Economist 2004a: Corporate social responsibility - Two Faced Capitalism. The Economist.
- Economist 2004b: Corporate Storytelling: Non-financial accounting is now too serious to be left to amateurs. The Economist, Heft 6th-12th 2004, pp.13, 13ff.
- EIR 2003: Extractive Industries Review. Final Report: Striking a Better Balance. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTOGMC/0,,contentMDK:20306686~menuPK:336936~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:336930,00.html>  
(08.12.2004)
- Enquete-Kommission 2002: Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. 14. Wahlperiode. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/9200. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Fort, Timothy L. und Cindy A. Shipani 2001: The Role of Corporation in Fostering Sustainable Peace. Vanderbilt Journal of Transnational Law, Jg. 35, 389-486.

- Fuchs, Peter 2000: Codes of Conduct - neue Handlungsoption zur Regulierung transnationaler Konzerne "von unten"?, in: Christoph Dörrenbacher und Dieter Plehwe (Hrsg.): Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen. Berlin: Edition Sigma. 289-307.
- Gagnon, Georgette; Audrey Macklin und Penelope Simons 2003: Deconstructing Engagement. Corporate Self-Regulation in Conflict Zones – Implications for Human Rights and Canadian Public Policy. University of Toronto, Public Law Research Paper No. 04-07. <http://ssrn.com/abstract=557002> (13.09.2004).
- Goldwyn, Rachel und Jason Switzer 2003: Conflict Risk and Impact Assessment - Towards the Integration of Conflict Assessment and Prevention in Extractive Industry Practice: International Alert & IISD.
- GTZ: Glossar zum Themenbereich Konflikt und Wirtschaft:  
<http://www.GTZ.de/de/themen/wirtschaft-beschaeftigung/privatwirtschaft/3572.htm>  
(11.01.2004)
- Haufler, Virginia 2001: A Public Role for the Public Sector: Industry Self-Regulation in a Global Economy. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Haufler, Virginia 2002: UN Global Compact Policy Dialogue on Business in Zones of Conflict Case Studies of Multistakeholder Partnership. UN Global Compact-Case Studies of Multistakeholder Partnership-Policy Dialogue on Business in Zones of Conflict. Virginia Haufler.
- Heydenreich, Cornelia; Michael Ziegler und Jörg Pietschmann. 2002: Wegweiser zur internationalen Kooperation von Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen. Berlin: KATE - Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V.
- Hildebrandt, Paula Marie 2003: Workshop 1: How to ensure effective public and private action in vulnerable regions & How to define foreign direct investment. Evangelische Akademie Loccum: Environment for Peace - The Role of the Business Sector, Oktober 2003.
- Hillebrand, Ernst 2001: Schlüsselstellung im Globalisierten Kapitalismus - Der Einfluß Privater Rating-Agenturen auf Finanzmärkte und Politik, in: Tobias Debiel, Tanja Brühl, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, Jens Martens (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik - Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden. 150-171.
- International Alert 2004: Promoting a Conflict Prevention Approach to OECD Companies and Partnering with Local Business. London: International Alert.
- Ipsen, Knut; Volker Rittberger und Christian Tomuschat (Hrsg.) 2004: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization. Schwerpunktthema: Unternehmensverantwortung in Konflikten. Berlin: Berliner Wissenschafts Verlag.
- Jenkins, Rhys 2001: Corporate Codes of Conduct Self-Regulation in a Global Economy. Genf: United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) Technology, Business and Society Programme Paper Nr. 2.
- Johnston, Barbara Rose 2005: Harnessing Wild Rivers: Who Pays the Price?, in: Linda Starke (Hrsg.): State of the World 2005. Redefining Global Security. Washington: Worldwatch Institute. 92-93.

- Kocher, Eva 2003: Rechtliche Instrumente, insbesondere zur Durchsetzung und Umsetzung von Codes of Conduct im deutschen Recht, in: Codes of Conduct. Verhaltensnormen für Unternehmen und ihre Überwachung. Köln: PapyRossa. 150-180.
- Kolk, Ans und Rob van Tulder 2002: International Codes of Conduct. Trends, Sectors, Issues and Effectiveness. Rotterdam: Erasmus University Rotterdam.
- Köpke, Ronald und Wolfgang Röhr 2003: Codes of Conduct. Verhaltensnormen für Unternehmen und ihre Überwachung. Köln: PapyRossa.
- Leipziger, Deborah 2003: The Corporate Responsibility Code Book. Sheffield: Greenleaf Publishing.
- Le Billon, Philippe 2001: The Political Ecology of War: Natural Resources and Armed Conflicts. Political Geography, Jg. 20, 561-584.
- Le Billon, Phillippe 2003: Getting It Done: Instruments of Enforcement, in: Paul Collier (Hrsg.): Natural Resources and Violent Conflict Options and Actions. Washington D.C.: The World Bank. 215-286.
- McKinsey 2004: Assessing the Global Compact's Impact. McKinsey & Company. [http://www.wbcsd.org/web/projects/advocacy/imp\\_ass.pdf](http://www.wbcsd.org/web/projects/advocacy/imp_ass.pdf) (08.06.2004)
- Messner, Dirk und Franz Nuscheler 1996: Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik, in: Dirk Messner und Franz Nuscheler (Hrsg.): Weltkonferenz und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Bonn: Dietz.
- Mitchell, Jol; Jill Shakleman und Michael Warner 2001: Measuring the 'Added Value' of Tri-Sector Partnerships: Business Partners for Development - Natural Resources Cluster. [http://www.bpd-naturalresources.org/html/pub\\_working.html](http://www.bpd-naturalresources.org/html/pub_working.html) (20.04.2004)
- MMSD, Mining, Minerals and Sustainable Development 2002: Breaking New Ground - Mining, Minerals, and Sustainable Development. London: Earthscan Publications.
- Nelson, Jane 2000: The Business of Peace. The private sector as a partner in conflict prevention and resolution. London, New York: The Prince of Wales Business Leaders Forum, International Alert, Council on Economic Priorities.
- OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development 1999: Codes of Conduct: An Inventory. TD/TC/WP(98)74/FINAL. Paris: OECD.
- OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development 2001: Codes of Corporate Conduct: Expanded Review of their Contents. Paris: OECD.
- Paul, James A. 2001: Der Weg zum Global Compact - Zur Annäherung von UNO und multinationalen Unternehmen, in: Tobias Debiel Tanja Brühl, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, Jens Martens (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik - Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden. 104-129.
- Renner, Michael 2002: The Anatomy of Resource Wars. Worldwatch Paper. Washington: Worldwatch Institute.
- Rieth, Lothar und Melanie Zimmer 2004: Unternehmen der Rohstoffindustrie – Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktprävention. Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, Jg. 79, Heft 1-2, 75-102.

- Rittberger, Volker 2004: Transnationale Unternehmen in Gewaltkonflikten. Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, Jg. 79, Heft 1-2, 15-34.
- Schäfer, Henry ; Axel Hause-Ditz und Elisabeth C. Preller 2004: Transparenzstudie zur Beschreibung ausgewählter international verbreiteter Rating-Systeme zur Erfassung von Corporate Social Responsibility. Götersloh/Stuttgart: Bertelsmann Stiftung.
- Schorlemer, Sabine von 2003: Der Global Compact der Vereinten Nationen - ein Faust'scher Pakt mit der Weltwirtschaft?, in: Sabine von Schorlemer (Hrsg.): Praxishandbuch UNO. Berlin: Springer. 507-552.
- Switzer, Jason 2001: Armed Conflict and Natural Resources: The Case of the Minerals Sector. No. 12: International Institute for Environment and Development (IISD).
- Switzer, Jason und Halina Ward 2004: Enabling Corporate Investment in Peace - An Assessment of Voluntary Initiatives Addressing Business and Violent Conflict, and a Framework for Policy Decision-making: Prepared for the Department of Foreign Affairs and International Trade (DFAIT), Canada.
- UNEP/FI 2003: Investing in Stability - Conflict Risk, Markets and the Bottom Line: UNEP FI, IISD.
- Wenger, Andreas und Daniel Möckli 2003: Conflict Prevention - The Untapped Potential of the Business Sector. London: Lynn Rienner.
- Witte, Jan Martin; Charlotte Streck und Thorsten Benner 2003: Progress or Peril? Partnerships and Networks in Global Environmental Governance. The Post Johannesburg Agenda. Washington, D.C./Berlin: Global Public Policy Institute.
- Wolf, Aaron T.; Shira B. Yoffe and Mark Giordano 2003: International waters: Identifying Basins at Risk. Water Policy, Vol. 5(1), 29-60.

## 9 Anhang 1: Übersicht relevanter Codes of Conduct

<b>Amnesty International Human Rights Principles for Companies<sup>55</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Als Beitrag für die Diskussion mit Unternehmen, Gewerkschaften, NRO und Politik hat Amnesty International (AI) die „Human Rights Principles“ 1998 erarbeitet. Sie sind ein Leitfaden, an dem sich Unternehmen für ihre eigenen Verhaltenskodizes orientieren können;
<b>Gültigkeit</b>	- Unverbindlich, dienen als Leitfaden;
<b>Grundsätze</b>	- Im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte haben auch Unternehmen und Finanzinstitutionen die Pflicht, die Einhaltung der Menschenrechte weltweit zu fördern und zu achten. - Insgesamt neun Prinzipien zu: Einbeziehung der Menschenrechte in die Unternehmenspolitik, Schutz der Menschenrechte bei Sicherheitsmaßnahmen von Unternehmen, Schutz vor Diskriminierung, Schutz vor modernen Formen der Sklaverei, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz etc.;
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Verantwortlich für die Umsetzung sind die jeweiligen Unternehmen selbst, wenngleich AI interne und externe Monitoring-Verfahren unterstützt.
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Das Thema Umwelt spielt in den neun Prinzipien keine Rolle. - Das Thema Sicherheit wird prominent besprochen. Es wird betont, dass Unternehmen in „Konfliktländern“ ihr Eigentum und ihr Personal durch den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten oder staatlichen Militäreinsätzen schützen. In diesem Zusammenhang ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen gekommen.
<b>Korruption / Transparenz</b>	Keine Erwähnung;
<b>Bemerkungen</b>	Da AI diesen Code entwickelt hat, scheint eine Aufnahme von Umwelt und Ressourcenthemen unwahrscheinlich.

55

<http://web.amnesty.org/library/index/engACT700011998?open&of=eng-398>

<b>Business Principles for Combatting Bribery, Transparency International and Social Accountability International, 2002<sup>56</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Business Principles for Combatting Bribery wurden im Dezember 2002 von Transparency International und Social Accountability International vorgestellt.</li> <li>- Die Prinzipien wurden mit einem Komitee (Steering Committee) gemeinsam mit verschiedenen Firmen, Wissenschaftlern, Gewerkschaften und NRO entwickelt.</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	- Sie richten sich an Unternehmen jeder Größe und Branche.
<b>Grundsätze</b>	- Verhinderung von Bestechung im öffentlichen und privaten Geschäftsverkehr sowie von verdeckter Bestechung in Form von großzügigen Spenden oder verschleierten Zahlungen;
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Prinzipien verstehen sich als Leitfaden und werden nicht ratifiziert oder angenommen sondern nur "angewendet". Sie verstehen sich als Ausgangspunkt, auf denen Unternehmen mit eigenen Regelungen und Initiativen aufbauen sollen.</li> <li>- Die Fortentwicklung der Prinzipien wird vom TI Sekretariat in London überwacht.</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Keine Bedeutung;
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Zentrales Thema dieses Codes;
<b>Bemerkungen</b>	Durch das Thema Korruption und Transparenz betrifft dieser Code indirekte Konfliktfaktoren, jedoch wird im Code selbst keine solche Verbindung hergestellt.

<sup>56</sup> [http://www.transparency.org/building\\_coalitions/private\\_sector/business\\_principles.html](http://www.transparency.org/building_coalitions/private_sector/business_principles.html)

<b>Checklist for Corporate Actors in Zones of Conflict (2003)<sup>57</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Leitfaden (Checkliste), der in Zusammenarbeit des norwegischen Verbands der Industrie (NHO - Confederation of Norwegian Business and Industry) mit dem Peace Research Institute Oslo (PRIO - Peace Research Institute Oslo) entwickelt wurde.
<b>Gültigkeit</b>	- Die Checklist richtet sich an Unternehmen aus Norwegen.
<b>Grundsätze</b>	- Sensibilisierung für das Thema „Unternehmen in Konfliktgebieten“; - Unternehmen können einen positiven oder negativen Beitrag zu (bestehenden) Konflikten leisten; - Appell an soziale Verantwortung;
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Checklist von sechs Fragen sensibilisiert Unternehmen und ihr Management bevor sie sich wirtschaftlich in Konfliktgebieten engagieren; - Entwicklung von geeigneten Strategien; - Abwägen des Für- und Widers eines Engagements;
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Umweltfragen werden im Sinne negativer Effekte für zukünftige Generationen und durch Umweltstandards erfasst. - Negative Konsequenzen durch ‘extraktive Industrien’ (Rohstoffindustrie) werden erwähnt: „The problem of kleptocratic and/or suppressive regimes enriching themselves at the expense of the general population seems to be greatest in countries that depend on unilateral export of natural resources. Thus, the scope of responsibility may be more extensive for extractive industries (who often enter into joint ventures with government-owned companies) than it is for industries that do not require the same degree of cooperation with governments, such as the clothing or telecommunications industries” (S.6).
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Korruption wird als Negativkriterium erwähnt.
<b>Bemerkungen</b>	Um einen Code of Conduct im herkömmlichen Sinne handelt es sich hier nicht, sondern um eine Aufzählung von Punkten, die bei einem unternehmerischen Engagement in Krisenregionen beachtet werden sollten.

<sup>57</sup> [http://www.nho.no/files/Responsible\\_Engagement\\_1.pdf](http://www.nho.no/files/Responsible_Engagement_1.pdf)

<b>Collaborative for Development Action's Corporate Engagement Project<sup>58</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Es handelt sich um ein Projekt der Collaborative for Development Action (CDA), einem Think Tank im Bereich der Politikberatung, der 1985 in Cambridge (Massachusetts, USA) gegründet wurde. CDA erforscht hauptsächlich das Verhältnis unternehmerischer Tätigkeiten in Regionen mit gesellschaftspolitischen Spannungen oder Konflikten.
<b>Gültigkeit</b>	- Etwa 20 Unternehmen der Branchen Bergbau, Holz-, Öl- und Gasindustrie beteiligen sich bisher am Projekt.
<b>Grundsätze</b>	- Ziel des Projektes ist es, Manager multinationaler Unternehmen dafür zu sensibilisieren, wie sich ihre unternehmerische Tätigkeit auf das jeweilige regionale- gesellschaftspolitische Umfeld auswirkt. - Es werden unternehmerische Instrumente und Strategien entwickelt, um ein stabiles und produktives Umfeld für Unternehmen in ihrem jeweiligen Umfeld zu schaffen sowie um Konflikte zu vermeiden.
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Das Projekt ist auf mehrere Jahre angelegt. Bei den beteiligten Unternehmen werden mehrere Feldstudien durchgeführt, um die positiven und negativen Auswirkungen des jeweiligen Unternehmens auf seine „Umwelt“ einzuschätzen. Die Erkenntnisse werden in Publikationen zusammengetragen, um Unternehmern einen „Best-Practice“ Leitfaden zur Verfügung zu stellen.
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Sicherheitspolitische Implikationen unternehmerischer Tätigkeiten stellen einen Hauptschwerpunkt des Projektes dar. - Das Thema Umwelt spielt keine wesentliche Rolle.
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Nicht Thema des Vorhabens
<b>Bemerkungen</b>	Es handelt sich hierbei um ein Projekt und keinen Code of Conduct. Das Projekt ist dennoch relevant, da aus den Erkenntnissen der Feldstudien durchaus Implikationen für zukünftige Codes abgeleitet werden können. Die vertretenen Branchen Bergbau, Holz-, Öl- und Gasindustrie haben einen engen Bezug zu umwelt- und ressourcenbezogenen Konflikten.  Issue Papers bestehen für die Bereiche "Compensation, Hiring and Contracting policies", "Locational decisions and exit strategies", "Negotiating consent with local authorities and other stakeholders", "Measuring community relation impacts", "Internal reward and performance policies", "Peacebuilding, social investment and corporate-NRO relationships".

<sup>58</sup> <http://www.cdainc.com/cep/>

<b>Equator Principles (EP)<sup>59</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Unter Federführung der zur Weltbankgruppe gehörenden Internationalen Finanzkorporation (International Finance Corporation – IFC) einigten sich am 04. Juni 2003 zehn internationale Großbanken auf die Einhaltung der „Equator Principles“ (Äquator-Prinzipien), die eine verantwortungsvolle Praxis im Umwelt- und Sozialbereich bei der Projektfinanzierung fördern sollen. Seither wurden die Prinzipien von 21 weiteren Unternehmen übernommen.
<b>Gültigkeit</b>	- Für alle Branchen der Industrie (vor allem Banken) und für alle Projektdarlehen mit einem Investitionsvolumen von mindestens 50 Millionen US Dollar. Bisher bekennen sich 31 (Stand: Juni 2005) Banken ausdrücklich zur Einhaltung der Prinzipien. Darunter sind mit der Dresdner Bank, der Hypovereinsbank und der WestLB drei deutsche Unternehmen vertreten.
<b>Grundsätze</b>	- Die Equator-Principles beinhalten neun Prinzipien (mit Anhängen 15), die bei der Vergabe von Projektgeldern berücksichtigt werden sollen. Dabei werden die Prinzipien als eine Art Mindeststandard (oder Leitfaden) verstanden, welche die jeweiligen Unternehmen in ihrer Geschäftspolitik individuell umsetzen sollen: „The adopting institutions view these principles as a framework for developing individual, internal practices and policies“ (S. 4);
<b>Umsetzung</b>	- Die Einhaltung der Äquator-Prinzipien bleibt unverbindlich und unterliegt keiner Überprüfung. Es gibt keine öffentliche Rechenschaftspflicht oder Sanktionsmechanismen bei Nicht-Einhaltung. Somit sind die Banken selbst für die Art und Weise der Umsetzung verantwortlich. „As with all internal policies, these principles do not create any rights in, or liability to, any person, public or private. Banks are adopting and implementing these principles voluntarily and independently, without reliance on or recourse to IFC or the World Bank“ (S. 4);
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Das Thema Umwelt stellt den Schwerpunkt der Equator Principles dar. Zu bewilligende Projekte werden in drei Risikoklassen (A/B/C) eingestuft: Projekte mit hoher Risikoklasse A haben wahrscheinlich signifikant negative Auswirkungen auf die Umwelt, die „spürbar, vielfältig oder beispiellos“ sind (z.B. irreversibler Verlust von Biodiversität, Umsiedlungsmaßnahmen, Schädigung von Kulturgütern) und ein Gebiet beeinträchtigen, das größer als der Projektbereich selbst ist. Projekte der mittleren Risikoklasse B sind im Verhältnis zu A weniger gravierend. Die möglichen negativen Auswirkungen sind z.B. spezifisch auf den Ort des Projektes beschränkt und nur selten irreversibel. Projekte der niedrigen Risikoklasse C haben voraussichtlich keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt; - Für Projekte der Kategorien A und B muss der Schuldner eine „Umweltprüfung“ (Environmental Assessment, EA) für das Projekt durchführen. Für alle Projekte der Kategorie A und manche Projekte der Kategorie B muss außerdem ein EMP (Environmental Management Plan) vor der Bewilligung aufgesetzt werden, der die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Auf dieser Grundlage entscheiden die jeweiligen Banken dann über die Finanzierung der Projekte; - Konfliktimplikationen (z.B. Gewaltausbrüche bei Zwangsumsiedlungen) sind nicht direkt erfasst.
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Nicht Bestandteil der EP;
<b>Bemerkungen</b>	Durch die Prinzipien sollen die Öko- und Sozialstandards der Weltbank umgesetzt werden. Ob Konflikte mit oder ohne Ressourcenbezug explizit erfasst werden, hängt letztlich von der Operationalisierung des Codes durch jede einzelne Bank ab. Auf Grund des starken Umweltbezuges und der Anwendung in der Projektfinanzierung bietet sich an, diesen Code um explizite Konfliktindikatoren zu erweitern.

59

[http://www.equator-principles.com/documents/Equator\\_Principles.pdf](http://www.equator-principles.com/documents/Equator_Principles.pdf), <http://www.equator-principles.com>

<b>European Parliament Resolution on EU Standards for European Enterprises operating in developing countries: towards a European Code of Conduct (1999)<sup>60</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Beschluss des Europäischen Parlaments, in dem von der Kommission und dem Rat die Einführung eines europäischen Code of Conduct gefordert wird;
<b>Gültigkeit</b>	- EU-Staaten und deren multinationale Unternehmen;
<b>Grundsätze</b>	- Multinationale Unternehmen der EU-Zone sollen sich weltweit an EU-Normen und Rechte im Bereich der Menschenrechte, Minderheitenschutz, Arbeitnehmerschutz, Umweltschutz usw. halten.
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Regelmäßiger Erfahrungsaustausch der Unternehmen; - Öffentliche Sitzungen des Europäischen Parlaments, um gute bzw. schlechte Umsetzung des Codes zu erörtern; - Die Kommission und der Rat werden aufgefordert, einen Monitoring und Compliance-Mechanismus zu schaffen. - Wenn Unternehmen im Auftrag der EU arbeiten und den Code nicht einhalten, soll die Zahlung eingestellt werden;
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Internationale Vereinbarungen, die die EU unterzeichnet hat müssen eingehalten werden (Artikel 3 und Protokoll II der Genfer Konvention, Rio-Deklaration, Biodiversitätskonvention, UNFCCC, etc.);
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Bestechung wird untersagt;
<b>Bemerkungen</b>	Diesem Beschluss folgte 2001 das Grünbuch „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen“ (KOM(2001) 366 endgültig), sowie die Kommunikation „Communication from the Commission concerning Corporate Social Responsibility: A business contribution to Sustainable Development (COM(2002) 347 final) <sup>61</sup> “, die jedoch CoC nur am Rande erwähnen. Für September 2005 ist eine weitere Kommunikation der Kommission zum Thema CSR vorgesehen (vgl.: <a href="http://www.euractiv.com/Article?tcmuri=tcm:31-141868-16&amp;type=News">http://www.euractiv.com/Article?tcmuri=tcm:31-141868-16&amp;type=News</a> ).

<sup>60</sup> <http://www.citinv.it/associazioni/CNMS/archivio/convenzioni/parlamentoEU.html>

<sup>61</sup> [http://europa.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2002/com2002\\_0347en01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2002/com2002_0347en01.pdf).

<b>Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)<sup>62</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die EITI wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 vom englischen Premierminister Tony Blair ins Leben gerufen und seitdem im britischen Ministerium für internationale Entwicklung (DFID) entwickelt.</li> <li>- Sie richtet sich vor allem an Firmen der „extraktiven Industrie“ (Bergbau und Rohstoffabbau) sowie die Regierungen der Länder, in denen die Firmen arbeiten oder aus denen sie stammen. Der extraktiven Industrie kommt in über 50 Ländern der Erde, in denen 3,5 Mrd. Menschen leben, eine besondere Bedeutung zu. Die Einnahmen aus den Ressourcen spielen eine wichtige Rolle für wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung in den jeweiligen Ländern. Der Mangel an Transparenz und Zurechenbarkeit der Einnahmen kann Armut, Konflikte, Korruption und schlechte Regierung verstärken.</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	- Für alle teilnehmenden Staaten und Firmen, die das ‚Statement of Principles and Agreed Actions‘ unterzeichnet haben.
<b>Grundsätze</b>	- Die Initiative ermutigt Regierungen, Internationale Organisationen, NRO und öffentliche und private Firmen der extraktiven Industrie, zusammenzuarbeiten, um die Transparenz von Zahlungen und Einnahmen in diesem Industriezweig zu erhöhen.
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Initiative hat ihre Pilotphase überwunden, soll sich aber kontinuierlich weiterentwickeln.</li> <li>- Die Beteiligten haben sich auf eine Reihe von Prinzipien verständigt und im Mai 2003 einen Entwurf über die Berichtserstattung der Unternehmen vorgelegt. Diese soll vor allem transparent, verständlich, verlässlich, nachprüfbar und vergleichbar sein.</li> <li>- Beteiligt sind Regierungen, Internationale Institutionen, Firmen, NRO, Wirtschaftsverbände und die Zivilgesellschaft. Hierzu gehören: <b>Staaten:</b> Aserbaidshon, Belgien, Kongo, Guinea, Frankreich, Deutschland, Ghana, Indonesien, Italien, Japan, Kasachstan, Mozambique, Niederlande, Norwegen, Sierra Leone, Timor-Leste, Trinidad und Tobago, Großbritannien, USA. <b>Unternehmen:</b> AngloAmerican plc., Areva, BG Group, BHP Billiton, BP, Chevron Texaco, ConocoPhillips, De Beers, ExxonMobil, Newmont, NNPC, Repsol YPF, RioTinto, Shell, SOCAR, Sonangol, Statoil, Total. <b>Wirtschaftsverbände:</b> API, ICMM, OGP. <b>Internationale Organisationen:</b> IMF, NEPAD, OECD, UNDP, Weltbank, <b>Zivilgesellschaft:</b> African Network for Environmental and Economic Justice, CAFOD, CARE International, Global Witness, Human Rights Watch, Open Society Institute, Publish What You Pay coalition, Save the Children Fund, Transparency International, Transparency Kazakhstan;</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Nachhaltige Entwicklung wird erwähnt, Konflikte werden jedoch im ‚Statement of Principles and Agreed Actions‘ nicht thematisiert.
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Da es sich um eine Transparenzinitiative handelt, kommt diesem Thema eine besondere Bedeutung zu.
<b>Bemerkungen</b>	Im ‚Core Skript‘ der Initiative von 2004 sowie dem Abschlussstatement der EITI Konferenz in London, März 2005, werden Konflikte als mögliche Folge von mangelnder Transparenz erwähnt. Dies könnte ein Anzeichen davor sein, dass EITI dieses Thema in Zukunft ausführlicher behandeln wird.

<sup>62</sup> <http://www2.dfid.gov.uk/news/files/extractiveindustries.asp>

<b>Global Sullivan Principles<sup>63</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Verhaltenskodex für Unternehmen entwickelt vom Pastor Leon H. Sullivan, ehemals Mitglied des Board of Directors von General Motors, der diese Grundsätze sozial verantwortungsvoller Unternehmensführung 1977 verfasste.
<b>Gültigkeit</b>	- Für alle Unternehmen und ihre Arbeitnehmer in allen Industriezweigen und in allen Ländern; bis heute haben sich weltweit mehr als 200 Unternehmen aller Branchen zu diesen Grundlagen verpflichtet, darunter allerdings wenig Deutsche Unternehmen. Es sind aber einige multinational agierende Unternehmen dabei. So z.B. DaimlerChrysler, Opel, Coca-Cola etc;
<b>Grundsätze</b>	- Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Möglichkeiten für alle Arbeiter, in allen Industriezweigen und in allen Ländern;
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Umsetzung und Überwachung der Global Sullivan Principles wird den einzelnen Unternehmen überlassen; - Die Unternehmen, die diese Grundsätze befürworten, müssen indessen Pastor Sullivan (inzwischen verstorben) einen jährlichen aktuellen Bericht über die Fortschritte bei der Erfüllung der Grundsätze vorlegen und sollten jährlich mit anderen daran teilnehmenden Unternehmen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen.
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Der Schutz der Umwelt und die Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung werden erwähnt ("Provide a safe and healthy workplace; protect human health and the environment; and promote sustainable development"). - Ansonsten keine Angaben zu Ressourcen, (umweltinduzierten) Konflikten etc.;
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Korruption ist in den Prinzipien mit aufgenommen ("Promote fair competition including respect for intellectual and other property rights, and not offer, pay or accept bribes").
<b>Bemerkungen</b>	Die GSP sind für die Fragestellung in dieser Studie kaum relevant, da sie keinen Konflikt- oder Ressourcenbezug enthalten. Ein solcher Bezug lässt sich nur indirekt konstruieren, insofern Aspekte wie sichere Arbeitsbedingungen, gesunde Umwelt und nachhaltige Entwicklung thematisiert werden.

<sup>63</sup> <http://www.globalsullivanprinciples.org/principles.htm>

<b>Guidelines Concerning Human Rights and Environment for Norwegian Companies Abroad (2003)<sup>64</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Allgemeine Verhaltensprinzipien;</li> <li>- Entwickelt von den NRO Task Force on the Internationalisation of Norwegian Trade and Industry (AGINN) und Forum for Development and Environment (Forum);</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Richtet sich an norwegische Unternehmen;</li> </ul>
<b>Grundsätze</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 21 Richtlinien zu Menschenrechten, Umweltschutz, Minderheitenschutz, Kinderarbeit etc., die multinationale norwegische Unternehmen im Ausland berücksichtigen sollen;</li> </ul>
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiwillige Selbstverpflichtung;</li> <li>- Aufforderung an die jeweiligen Unternehmen und die norwegische Regierung, entsprechende Erwartungen parlamentarisch zu formulieren.</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Achtung internationaler Vereinbarungen wie Agenda 21, Biodiversitätskonvention, Riokonventionen, UNFCCC, Internalisierung externer Kosten (Prinzipien 13, 14, 15)</li> <li>- Sicherheit und Konflikt wird im 18. Prinzip angesprochen: „Show particular care when establishing an enterprise in countries afflicted by war, civil war, or under the threat of war“.</li> </ul>
<b>Korruption / Transparenz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Werden nicht erwähnt</li> </ul>
<b>Bemerkungen</b>	Es handelt es sich nicht um einen typischen, von Unternehmen (mit)entwickelten Code of Conduct, sondern um NRO Forderungen. Der Bezug zu Konflikten ist sehr allgemein.

<sup>64</sup> <http://www.milli.no/%7Eforum/dokumenter/guidelines.rtf>

<b>International Chamber of Commerce. Rules of Conduct to Combat Extortion and Bribery (1999)<sup>65</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verhaltensregeln der ICC zur Bekämpfung der Korruption im Geschäftsverkehr;</li> <li>- Die ICC wurde 1919 als "World Business Organisation" gegründet und bildet bis heute den einzigen weltumfassenden Unternehmerverband mit Mitgliedern aus mehr als 130 Ländern. In der ICC sind über 1500 Wirtschaftsorganisationen und mehr als 5000 Unternehmen der internationalen Wirtschaft organisiert;</li> <li>- Die ICC hat eine Reihe freiwilliger Verhaltensregeln eingeführt, die staatlichen Interventionen vorbeugen und Regierungen und Parlamenten als Richtlinien für die Gesetzgebung dienen sollen;</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	- Empfehlung für die jeweiligen Unternehmen, ihrer Vorstände und Mitarbeiter;
<b>Grundsätze</b>	- Verhinderung von Korruption, verantwortlicher Umgang mit Geschäftspartnern und Behörden, Akzeptieren von Geschenken und Spenden, Trennung zwischen Geschäfts- und Privatbereich;
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiwillige Selbstverpflichtung, Plausibilitätsprüfungen und Kontrollen,</li> <li>- Stärkung der Revisionsabteilung innerhalb von Unternehmen, um rechtswidrige Handlungen aufzudecken;</li> <li>- Bei Verstößen gegen die im Unternehmen geltenden Verhaltensrichtlinien und gegen gesetzliche Vorschriften sind die erforderlichen organisatorischen, disziplinarischen und rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um - ungeachtet strafrechtlicher Konsequenzen - angemessen auf die festgestellten Zuwiderhandlungen zu reagieren und künftigen Zuwiderhandlungen entgegenzuwirken. Dies kann - je nach Schwere des Verstoßes - auch den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten.</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Keine Erwähnung;
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Zentrales Thema dieses Codes;
<b>Bemerkungen</b>	In diesem Code werden ‚klassische‘ CoC Themen wie der Umgang mit Geschenken behandelt. Sie regeln in erster Linie unternehmensinterne Angelegenheiten. Die Beziehung von Unternehmen zu externen Dynamiken wie Gewaltkonflikten fehlt vollkommen.

<sup>65</sup> [http://www.iccwbo.org/home/statements\\_rules/rules/1999/briberydoc99.asp](http://www.iccwbo.org/home/statements_rules/rules/1999/briberydoc99.asp)

<b>International Council on Mining and Metals (ICMM) Principles<sup>66</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Im International Council on Mining and Metals (ICMM) haben sich im Mai 2002 die 15 weltweit größten Bergbauunternehmen und metallverarbeitende Konzerne zu einem neuen globalen Industrieverband mit Sitz in London zusammengeschlossen. Vorläufer war die „Global Mining Initiative“ und das „Mining, Minerals, and Sustainable Development (MMSD)“ Projekt. Die Organisation soll Strategien zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Branche entwickeln;
<b>Gültigkeit</b>	- Für alle Mitglieder des Branchenverbands; Alcoa, Anglo American plc, AngloGold Ashanti, BHP Billiton, Freeport-McMoRan Copper & Gold Inc., Mitsubishi Materials Corporation, Newmont Mining Corporation, Nippon Mining and Metals, Noranda Inc., Placer Dome Inc., Rio Tinto plc, Sumitomo Metal Mining, Umicore, WMC Limited, Zinifex Limited.
<b>Grundsätze</b>	- Einführung ethischer Geschäftspraktiken und ‚corporate governance‘; - Einführung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung in die Unternehmenspolitik; - Achtung der Menschenrechte und der sozialen und ökologischen Lage in Fördergebieten; - Einführung eines Risikomanagements; - Kontinuierliche Verbesserung von Gesundheits- und Sicherheitsstandards; - Kontinuierliche Verbesserung ökologischer Standards; - Beitrag zum nachhaltigen Schutz der Biosphäre und Landschaftsplanung; - Klärung des Konflikts zwischen Naturschutzgebieten und Bergbau in Zusammenarbeit mit der internationalen Naturschutzunion IUCN und anderen Institutionen; - Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung in Gebieten, in denen ICMM-Unternehmen operieren; - Transparenz in der Unternehmensführung und Kommunikation.
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Sensibilisierung der Branche für nachhaltige Entwicklung;
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Umweltschutz und die Vermeidung von Konflikten spielen eine Rolle (siehe Grundsätze).
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Wird thematisiert;
<b>Bemerkungen</b>	Dieser Code befindet sich noch in der Entwicklung. Durch die Branche und die Aufnahme verschiedener, relevanter Aspekte in den Grundsätzen (wie Risikomanagement, Sicherheitsstandards und ökologische Standards) werden relevante Aspekte für das Thema Umwelt- und Ressourcenkonflikte behandelt. Zurzeit wird das Thema jedoch noch nicht explizit aufgegriffen.

<sup>66</sup> [http://www.icmm.com/icmm\\_principles.php](http://www.icmm.com/icmm_principles.php)

<b>International Code of Ethics for Canadian Business<sup>67</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- 2001 an der Universität Ottawa entwickelt (Human Rights Research and Education Centre);
<b>Gültigkeit</b>	- Der Code richtet sich an kanadische Unternehmen.
<b>Grundsätze</b>	- Industrie sollte eine Vorreiterrolle in der Anwendung ethischer Geschäftsprinzipien einnehmen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Korruption etc.;
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung;
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Umweltschutz wird als ein Punkt unter vielen erwähnt (Teil A: Concerning Community Participation and Environmental Protection); - Im Sinne von Verteilungs- und Ressourcenkonflikten könnte man folgendes, allgemeines Prinzip werten: "we will strive within our sphere of influence to ensure a fair share of benefits to stakeholders impacted by our activities";
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Korruption ist erfasst (Teil D: Concerning Business Conduct)
<b>Bemerkungen</b>	Relativ knapper Code, der an einer Universität entwickelt wurde. Ob es Unternehmen gibt, die diesen Code unterstützen konnte nicht herausgefunden werden, da es wenig Informationen zu diesem Code gibt.

<sup>67</sup> <http://www.cdp-hrc.uottawa.ca/globalization/busethics/codeint.html>

<b>OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen (OECD Guidelines for Multinational Enterprises)<sup>68</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bereits 1976 verabschiedet. Im Jahr 2000 wurden die Leitsätze unter Mitwirkung der OECD Business and Industry Advisory Committee (BIAC), der OECD Trade Union Advisory Committee (TUAC) und NRO überarbeitet und im Juni 2000 durch den OECD-Ministerrat verabschiedet;</li> <li>- Mittlerweile von 30 OECD-Mitgliedsregierungen sowie acht Nicht-Mitgliedern (Argentinien, Brasilien, Chile, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Israel) unterzeichnet.</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	- In den Unterzeichnerstaaten und Unternehmen dieser Länder; basiert auf Freiwilligkeitsprinzip ohne rechtlich bindenden Charakter;
<b>Grundsätze</b>	- Grundsätze und Maßstäbe (10 Kapitel) für ein verantwortungsvolles und dem geltenden Recht entsprechendes unternehmerisches Verhalten. Mit den Leitsätzen soll gewährleistet werden, dass die Aktivitäten multinationaler Unternehmen im Einklang mit den staatlichen Politiken stehen, die Vertrauensbasis zwischen den Unternehmen und dem Gastland gestärkt, das Klima für ausländische Investitionen verbessert und der Beitrag der multinationalen Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung gesteigert werden;
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiwillige Selbstverpflichtung;</li> <li>- Die Regierungen fördern die Einhaltung der Leitsätze;</li> <li>- Die Bundesregierung appelliert an die Verbände der deutschen Wirtschaft, sich gemäß den OECD-Leitsätzen zu verhalten;</li> <li>- Unternehmen sollen Geschäfts- und Zulieferfirmen zur Anwendung der OECD-Grundsätze ermutigen;</li> <li>- Regierungen unterhalten ein Netz nationaler Kontaktstellen, die Anwendung der Leitsätze fördern, Anfragen bearbeiten und bei der Lösung von Fragen der Umsetzung helfen;</li> <li>- Dem OECD-Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen (CIME) obliegt die Auslegung der Leitsätze sowie die Überwachung ihrer Wirksamkeit (S. 31);</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Leitsatz V zum Thema Umwelt ohne direkten Bezug zu Umweltkonflikten oder Ressourcen;</li> <li>- Wesentliche Inhalte des Umweltsatzes sind: internes Umweltmanagement, transparente Umweltberichterstattung, Orientierung am Vorsorgeprinzip, Verbesserung der Umweltergebnisse, wirksame Krisenplanung bei schädlichen Umweltfolgen für Gesundheit und Sicherheit;</li> <li>- „Die Unternehmen sollten im Rahmen der Gesetze, Bestimmungen und Verwaltungspraktiken der Länder, in denen sie tätig sind, und unter Berücksichtigung der einschlägigen internationalen Abkommen, Grundsätze, Ziele und Standards der Notwendigkeit des Schutzes von Umwelt, öffentlicher Gesundheit und Sicherheit in gebührender Weise Rechnung tragen und ihre Geschäftstätigkeit allgemein so ausüben, dass sie einen Beitrag zu dem allgemeineren Ziel der nachhaltigen Entwicklung leisten“ (S. 25).</li> </ul>
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Leitsatz VI zur Bekämpfung der Korruption: Keine Forderung nach oder Versprechen von Bestechungsgeldern für die Auftragsvergabe, Aktivitäten zur Bekämpfung der Korruption (z.B. Management-Kontrollsysteme);
<b>Bemerkungen</b>	<p>Die OECD CoCs bieten Bezugspunkte zu einer Reduktion von umweltinduzierten Konflikten bzw. Konfliktprävention. Für Punkt V „Umwelt“ besteht die Möglichkeit, den Code für das Thema der Konfliktprävention zu öffnen.</p> <p>Zur Frage ob und wie sich deutsche Unternehmen am Code beteiligen, wurde die deutsche Kontaktstelle BMWA kontaktiert. Nach deren Aussage bekennt sich die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer Mitwirkung zu den Leitsätzen und engagiert sich innerhalb ihrer Dachverbände BDI, BDA und DIHK für deren Einhaltung.</p>

<sup>68</sup> [http://www.oecd.org/document/28/0,2340,en\\_2649\\_34889\\_2397532\\_1\\_1\\_1\\_37461,00.html](http://www.oecd.org/document/28/0,2340,en_2649_34889_2397532_1_1_1_37461,00.html)

<b>UN Global Compact<sup>69</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Die Initiative zum Global Compact wurde 1999 anlässlich einer Rede von Kofi Annan vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos ins Leben gerufen. Am hochrangigen Gründungstreffen am 26.07.2001 in New York haben 40 Unternehmen teilgenommen, darunter acht namhafte, weltweit operierende deutsche Wirtschaftsunternehmen. Der Global Compact stellt ein Netzwerk dar, das seit seiner Gründung kontinuierlich gewachsen ist. Innerhalb der VN sind neben dem Generalsekretär und dem Global-Compact-Büro UNDP, UNEP, ILO, UNIDO sowie das Hochkommissariat für Menschenrechtsfragen (UNHCHR) beteiligt. Die ursprünglich neun Prinzipien wurden um ein 10. ergänzt.
<b>Gültigkeit</b>	- Der UN Global Compact basiert auf dem Freiwilligkeitsprinzip und gilt für alle Akteure (vor allem Unternehmen), die sich zu ihm bekennen. Die Teilname ist prinzipiell allen Unternehmen möglich, mit Ausnahme derer, die durch ihre Geschäftstätigkeiten gegen die Mission der VN verstoßen. Dazu gehören Unternehmen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, Landminen herstellen oder verkaufen, Zwangs- und Kinderarbeit tolerieren, etc. - Mittlerweile haben sich bereits über 1000 Unternehmen der Initiative angeschlossen, darunter multinationale Konzerne wie Shell, DaimlerChrysler, Novartis, Nike aber auch zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft wie Amnesty International, World Wildlife Fund for Nature und der Bund freier Gewerkschaften.
<b>Grundsätze</b>	- Der Global Compact umfasst zehn Prinzipien zur Umweltproblematik, zu Menschenrechten, und zu sozialen Mindeststandards.
<b>Umsetzung</b>	- Seit Januar 2002 hat der Global Compact einen Beirat einberufen, der die Initiative auf verschiedenen Ebenen unterstützen soll. Er besteht aus Vertretern der Privatwirtschaft, Gewerkschaften, NRO, Wissenschaft sowie Beobachtern aus fünf VN Mitgliedsstaaten - Statt einem festgelegten Monitoring- und Sanktionssystem sieht der Global Compact vor, Konzerne für gute Beispiele (best practices) im Zusammenhang mit der Erfüllung der Prinzipien zu loben; - Außerdem findet ein Dialog der Teilnehmer zu jährlich wechselnden Themen statt
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Prinzipien sieben bis neun gehen auf den globalen Unterweltschutz durch Unternehmen ein; - Ein Politikdialog (policy dialogue) behandelt das Thema ‚Die Rolle von Unternehmen Konfliktgebieten‘, allerdings ist dies nicht Bestandteil der Prinzipien.
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Wird erfasst durch Prinzip zehnt;
<b>Bemerkungen</b>	Auf der Global Compact Webseite, wird explizit darauf hingewiesen, dass der GC kein Code of Conduct ist: „The Global Compact is not a code of conduct. Rather, it seeks to add new dimensions to good corporate citizenship by creating a platform - based on universally accepted principles - to encourage innovative new initiatives and partnerships with civil society and other organizations“ ( <a href="http://www.unglobalcompact.org/Portal/Default.asp">http://www.unglobalcompact.org/Portal/Default.asp</a> ). Er wird hier trotzdem als Code of Conduct behandelt, da er zum einen mit seinen zehn Prinzipien Verhaltensleitlinien vorgibt, zum anderen sich historisch aus der Debatte innerhalb der Vereinten Nationen um einen internationalen Kodex für Unternehmen herausgebildet hat.

<sup>69</sup> <http://www.unglobalcompact.org/>

<b>UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights (2003)</b> <sup>70</sup>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschlossen auf der 22. Sitzung der 55. Tagung der VN-<i>Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte</i> (Untergeordnetes Gremium der UN Menschenrechtskommission) am 13. August 2003;</li> <li>- Eine 1998 von der Unterkommission eingesetzte Arbeitsgruppe aus fünf unabhängigen Experten aus den fünf Weltregionen haben die insgesamt 23 Verhaltensnormen entwickelt.</li> <li>- Entwürfe wurden in öffentlichen Anhörungen der Arbeitsgruppe (2000, 2001) sowie in öffentlichen Sitzungen der Unterkommission (2001, 2003) diskutiert. NRO, Wissenschaftler, einige Wirtschaftsunternehmen und Verbände haben sich aktiv an der Diskussion beteiligt;</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Am Primat der staatlichen Verantwortung wird festgehalten. Darüber hinaus schreiben die Normen auch Unternehmen eine Verpflichtung zur Wahrung und Förderung der Menschenrechte zu.</li> <li>- Die Normen haben keine rechtsverbindliche Wirkung außer in den Punkten, in denen ohnehin eine rechtliche Verbindlichkeit besteht (z.B. Verbot der Sklaverei, der Zwangsarbeit, Folter etc.).</li> <li>- Als VN-Dokument genießen sie trotz Unverbindlichkeit eine hohe ethische und moralische Verbindlichkeit (soft law).</li> </ul>
<b>Grundsätze</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Normen basieren auf einem umfassenden Menschenrechtsverständnis, das alle Menschenrechte, die bürgerlichen und politischen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie das Recht auf Entwicklung einschließt.</li> <li>- Sie basieren außerdem auf einer Vielzahl bereits existierender Dokumente, z.B. rechtsverbindliche VN-Konventionen oder freiwillige Abkommen wie die Rio-Erklärung, die Grundsatzerklärung der ILO, OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.</li> </ul>
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umfassende Durchführungsrichtlinien, die konkrete Kriterien für Umsetzung und Monitoring sowie Rechenschaftsablegung durch die Unternehmen selbst beinhalten;</li> <li>- Unabhängiges Überprüfungsverfahren, Beschwerde-, Schlichtungs-, und Entschädigungsmechanismus (siehe Normen 15 bis 18);</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fragen unternehmerischer Verantwortung in Hinblick auf (Bürger-)Kriegssituationen sowie Probleme von Sicherheitsmaßnahmen in solchen Situationen werden direkt angesprochen.</li> <li>- Sicherheit wird als Schutz vor Krieg, Folter, Völkermord, Vertreibung und anderen Menschenrechtsverletzungen erwähnt.</li> <li>- Das Thema Umwelt wird in Norm 14 geregelt: „Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen führen ihre Tätigkeit im Einklang mit den die Erhaltung der Umwelt betreffenden innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften, Verwaltungspraktiken und Politiken der Länder, in denen sie tätig sind, sowie im Einklang mit den einschlägigen internationalen Übereinkünften, Grundsätzen, Zielen, Verantwortlichkeiten und Standards in Bezug auf die Umwelt und unter Achtung der Menschenrechte, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Bioethik und des Vorsorgeprinzips und ganz allgemein in einer Art und Weise durch, die zu dem umfassenderen Ziel der nachhaltigen Entwicklung beiträgt“.</li> </ul>
<b>Korruption / Transparenz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geregelt unter Norm 11;</li> </ul>
<b>Bemerkungen</b>	<p>Eine Verabschiedung der VN Normen in der VN Menschenrechtskommission steht weiterhin aus. Die Kommission hat den Generalsekretär der VN im April 2005 aufgefordert, einen Sonderbeauftragten zur Thematik einzusetzen, der bisher noch nicht ernannt wurde (Stand: Juni 2005). Umfassender Code, der die Aspekte Gewaltkonflikte und Umwelt behandelt, wenn auch separat.</p>

<sup>70</sup> [http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/\(Symbol\)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?Opendocument](http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?Opendocument)

<b>US-UK Voluntary Principles on Security and Human Rights (2000)<sup>71</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Die Regierungen der Vereinigten Staaten und von Großbritannien sowie Öl- und Gaskonzerne, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen haben die Initiative zur Erarbeitung dieser Prinzipien ergriffen, die im Dezember 2000 vorgestellt wurde.
<b>Gültigkeit</b>	- Gültig für alle Unternehmen, die sich zu den Prinzipien bekennen, vor allem für extraktive Industrien (Öl, Gas, Bergbau). - An der Formulierung haben u.a. folgende NRO und Unternehmen mitgewirkt: Human Rights First, Human Rights Watch, Amnesty International, International Alert, Chevron, Texaco, Freeport McMoran, Conoco, Shell, BP, Rio Tinto, Fund for Peace, Council on Economic Priorities, Business for Social Responsibility, the International Business Leaders Forum and the International Federation of Chemical, Mine and General Workers' Unions.
<b>Grundsätze</b>	- Die Grundsätze behandeln die Aspekte „Sicherheit und Menschenrechte“, um praktische Richtlinien für die Gewährleistung von Sicherheit und Menschenrechten in den jeweiligen Sektoren zu fördern; - Die Prinzipien thematisieren drei Bereiche: risk assessment, die Beziehungen zu den Regierungen und Sicherheitskräften wie Militär und Polizei des Gastlandes sowie das Verhältnis zu privaten Sicherheitsdiensten. Die jeweiligen Unternehmen müssen die Sicherheit ihrer Angestellten, aber auch die der Öffentlichkeit gewährleisten; - Die Unternehmen erkennen an, dass unternehmerische Tätigkeit einen positiven, aber auch negativen Einfluss auf das gesellschaftliche Umfeld haben kann und die Menschenrechte eingehalten werden müssen;
<b>Umsetzung</b>	- Freiwillige Selbstverpflichtung; - Informationsvermittlung, um die Skepsis gegenüber der unternehmerischen Tätigkeit in der Öffentlichkeit abzubauen.
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Breites Sicherheitskonzept, das allerdings Umwelt oder Ressourcen nicht einschließt: „Security risks can result from political, economic, civil or social factors“.
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Keine Relevanz.
<b>Bemerkungen</b>	Durch die Beteiligung von Öl, Gas und Bergbau Unternehmen besteht ein Bezug, das Thema Umwelt und Ressourcen wird jedoch nicht dem Bereich Sicherheit zugeordnet.

<sup>71</sup> <http://www.state.gov/g/drl/rls/2931.htm>

<b>World Bank Operational Policies</b> <sup>72</sup>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	- Anfang der neunziger Jahre hat die Weltbank Operationsrichtlinien („Operational Policies“) für ihre Geschäftstätigkeiten entwickelt, die seither laufend ergänzt wurden. Die Operational Policies sollen verhindern, dass Projekte mit negativen sozialen oder ökologischen Folgen gefördert werden.
<b>Gültigkeit</b>	- Für die Weltbank, die geförderten Länder und Regionen: die Vergabe von Krediten wird von der Einhaltung bestimmter Grundsätze abhängig gemacht;
<b>Grundsätze</b>	- Die Operation Policies sind extrem umfangreich und befassen sich mit diversen Themen, wie Armutsbekämpfung, Entwicklungszusammenarbeit und Konflikt, Umwelt, Entwicklung, Naturschutz, Gesundheit, Seuchenbekämpfung etc.;
<b>Umsetzung</b>	- Je nach Thema verpflichtet der jeweilige „Kreditnehmer“ sich zur Einhaltung bestimmter Richtlinien, an die die Kreditvergabe gekoppelt ist. Über die Einhaltung bzw. die Fortschritte muss der Kreditnehmer die Weltbank regelmäßig informieren. Die Weltbank berät bei der Umsetzung mancher Projekte.
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	- Das Thema Umwelt (Environmental Assessment) wurde 1999 in die Operational Policies aufgenommen, um für die Umwelt negative Projekte abzuschätzen und zu reduzieren. - Im Jahr 2001 nahm die Weltbank den Bereich „Entwicklungszusammenarbeit und Konflikt“ in ihre „Operational Policies“ auf. Dabei hebt die Weltbank die negativen Auswirkungen von gewaltsamen Konflikten auf Entwicklung und Armutsbekämpfung hervor. Die Bank versucht durch Entwicklungshilfe einen positiven Beitrag zur Beilegung von Konflikten und Informationen zu sozioökonomische Auswirkungen von Konflikten zu liefern.
<b>Korruption / Transparenz</b>	- Weltbankkredite sollen transparent verwendet werden, Korruption und Bestechung ausgeschlossen sein.
<b>Bemerkungen</b>	Es handelt sich hier um sehr ausführliche Vergaberichtlinien für Kredite, aber nicht um einen von Unternehmen entwickelten Code of Conduct im herkömmlichen Sinne. Die Equator Principles behandeln ebenfalls Umwelt- und Sozialrichtlinien der Weltbankgruppe.

<sup>72</sup> <http://wbIn0018.worldbank.org/Institutional/Manuals/OpManual.nsf/TOC1-DefinitionsOPs?OpenPage>

<b>Wolfsberg Anti Money Laundering Principles (2002, revised version)<sup>73</sup></b>	
<b>Allgemeine Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Wolfsberg Prinzipien sind globale Richtlinien zur Bekämpfung der Geldwäsche für international tätige Privatbanken. Sie wurden im Oktober 2000 von elf weltweit führenden Banken sowie Transparency International (TI) bekannt gegeben. Gleichzeitig drückten die Beteiligten ihre Erwartung aus, dass die Grundsätze von einer wachsenden Anzahl von Finanzinstituten übernommen werden. Im Jahr 2002 wurden die Grundsätze überarbeitet.</li> <li>- Eine für die Formulierung der Richtlinien wichtige Sitzung fand im thurgauischen Wolfsberg (Schweiz). Deshalb tragen die Richtlinien den Namen "Wolfsberg-Richtlinien";</li> </ul>
<b>Gültigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei den beteiligten Instituten handelt es sich um ABN AMRO Bank, Barclays Bank, Santander Central Hispano,S.A., Bank of Tokyo-Mitsubishi, Ltd., Citigroup, Credit Suisse Group, Deutsche Bank AG, Goldman Sachs, HSBC, J.P. Morgan Chase, Société Générale und UBS AG;</li> <li>- Die Selbstverpflichtung schließt Finanzplätze, deren Gesetze nicht den formulierten Standards entsprechen, ausdrücklich ein (sog. Steueroasen und Offshore-Finanzzentren).</li> </ul>
<b>Grundsätze</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Richtlinien sehen unter anderem die Schaffung unabhängiger Kontrollabteilungen in jedem Institut vor. Nach den neuen Richtlinien dürfen die Institute Konten nur noch dann eröffnen, wenn sich der Konto-Inhaber zu erkennen gibt. Einzahlungen von Politikern, Funktionären und Topmanagern staatlicher Firmen sollen besonders genau überprüft werden. Unterlagen, die im Zusammenhang mit einem Verdacht der Geldwäsche stehen, müssen fünf Jahre lang aufbewahrt werden;</li> </ul>
<b>Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiwilligkeitsprinzip, regelmäßige Berichte an das Management, bankinterne Kontrollen und eine bessere Ausbildung des Personals sollen dafür sorgen, dass die Richtlinien eingehalten werden;</li> <li>- Die „Wolfsberg-Gruppe“ passt sich an aktuelle Entwicklungen an. Im Januar 2002 wurde zum Beispiel die Erklärung zur Eindämmung von Terrorismusfinanzierung verabschiedet;</li> </ul>
<b>Umwelt/ Sicherheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine Bedeutung;</li> </ul>
<b>Korruption / Transparenz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zentrales Thema dieses Codes;</li> </ul>
<b>Bemerkungen</b>	Dieser Code befasst sich weder mit Umwelt noch mit Sicherheit.

<sup>73</sup> <http://www.wolfsberg-principles.com/>

## 10 Anhang 2: Auswertung der PPP Projektinformationsblätter

### Nigeria

#	Wird Instabilität oder Konflikt direkt thematisiert?	Welche indirekten Konfliktbezüge werden durch den Inhalt des PPP Projektes erfasst?	Gibt es einen Umwelt- / Ressourcenbezug? Wie wird er dargestellt?	Welche konfliktensiblen Maßnahmen sieht die PPP Umsetzung vor?	Kommentar	Privatsektor beteiligung
1	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vandalismus von Leitungen und Diebstahl von schwerlich erhältlichen Isolatoren</li> <li>- Qualifizierung von lokalem Fachpersonal</li> <li>- Energieausfälle und unzuverlässige Versorgung mit elektrischer Energie.</li> </ul>	-Wertvolle Primärenergie wird sinnvoller eingesetzt durch Verringerung der Verluste	Partizipativer Ansatz zwischen den Beteiligten PPP Partnern	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Ziel des PPP (Rehabilitierung eines Hochspannungslabors sowie Qualifizierung in Hochspannungsmess- und Prüftechnik) betrifft zwar den Energiesektor, es wird aber kein Bezug zur Ölbranche oder den damit verbundenen Konflikten in Nigeria hergestellt.</li> <li>- Qualifizierung soll ISO 9000 Standard haben</li> </ul>	- Deutsches Unternehmen

**Kamerun**

#	Wird Instabilität oder Konflikt direkt thematisiert ?	Welche indirekten Konfliktbezüge werden durch den Inhalt des PPP Projektes erfasst?	Gibt es einen Umwelt- / Ressourcen-bezug? Wie wird er dargestellt?	Welche konflikt-sensiblen Maßnahmen sieht die PPP Umsetzung vor?	Kommentar	Privatsektor beteiligung
1	Nein	- Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für ländliche Bevölkerung	- Bislang nicht genutztes, waldliches Nichtholzprodukt (Nussöl) soll industriell und nachhaltig erschlossen werden.	- Partizipativer Workshop, - Studien zu sozio-ökonomischen und ökologischen Auswirkungen der Maßnahme, - Berücksichtigung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsprinzipien	- Einziges Projekt (von den untersuchten 17), das Auswirkungsanalyse vorsieht.	Multi-nationaler Konzern aus Großbritannien
2	Nein	- Hintergrund: höherer Anteil von Erwerbslosen und niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen als im nationalen Durchschnitt; 70% der ländlichen Haushalte liegen unter der Armutsgrenze - Nutzen in Form von gestiegenen und sicheren Einkünften von Kleinbauernfamilien - Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ernährungssicherheit in der Provinz.	- Landwirtschaftliches Produkt (Kaffee)	Keine	- Exportsicherheit eines wichtigen Exportgutes soll gestärkt werden - Modellcharakter & Übertragbarkeit des Projektes wird hervorgehoben	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft aus Kamerun

## Kolumbien

	Wird Instabilität oder Konflikt direkt thematisiert?	Welche indirekten Konfliktbezüge werden durch den Inhalt des PPP Projektes erfasst?	Gibt es einen Umwelt / Ressourcenbezug? Wie wird er dargestellt?	Welche konfliktensiblen Maßnahmen sieht die PPP Umsetzung vor?	Kommentar	Privatsektor beteiligung
1	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachhaltige Verbesserung der urbanen Umwelt und der sozialen Gerechtigkeit auf Andenebene</li> <li>- Qualifizierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Städtische Umweltverschmutzung durch Verkehr</li> </ul>	Keine	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit wird dadurch geleistet, dass eine staatliche Universität, die keine Studiengebühr erhebt, ein Projektpartner ist.</li> </ul>	Unternehmen aus Deutschland (KMU)
2	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Negative Folgen für Gesundheit und Lebensgrundlagen der Bevölkerung sollen verringert werden</li> <li>- Erhalt von Arbeitsplätzen</li> <li>- Qualifizierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verschmutzte Grund- und Fließgewässer sollen durch ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept nachhaltig gesäubert werden.</li> </ul>	Kurse für Scavenger (Müllsammler), deren Belange im integrierten Abfallwirtschaftskonzept berücksichtigt werden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Berücksichtigung und Partizipation von Randgruppen (Scavenger)</li> </ul>	Unternehmen aus Deutschland (KMU)
3	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hintergrund: zentralistische Wirtschaftsstrukturen und hohe Arbeitslosigkeit</li> <li>- Qualifizierung &amp; Verbesserung der Chancen junger Menschen auf einen Arbeitsplatz</li> </ul>	Nein	Vorhaben trägt zur regionalen Wirtschaftsentwicklung bei & verringert Abwanderung junger Menschen		Deutsche Wirtschaft; deutsch - kolumbianische Handelskammer.
4	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Zielgruppe ist von der Landwirtschaft abhängig, erhält aber wegen des Lebensmittelpreisverfalls immer weniger Einkommen.</li> <li>- Organisch biologische Landwirtschaft soll zur mittelfristigen Einkommenssteigerung und als legale Einkommensalternative zur Coca und Mohnbewirtschaftung dienen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhalt der Artenvielfalt und Verbesserung der Umweltsituation durch organisch biologischer Landwirtschaft</li> </ul>	Auswahl der Zielgruppe (soll von der Illegalität bewahrt werden)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hinweis auf Illegalität, es wird aber keine Verbindung zu Guerilla und Rebellengruppen oder Konflikte hergestellt.</li> </ul>	Deutsches Unternehmen (Fairer Handel)& Bauernverband aus Kolumbien

## Indonesien

	Wird Instabilität oder Konflikt direkt thematisiert?	Welche indirekten Konfliktbezüge werden durch den Inhalt des PPP Projektes erfasst?	Gibt es einen Umwelt / Ressourcenbezug? Wie wird er dargestellt?	Welche konflikt-sensiblen Maßnahmen sieht die PPP Umsetzung vor?	Kommentar	Privatsektor beteiligung
1	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Malaria; als eine der häufigsten Infektionskrankheiten weltweit (ca. 1 Mio. Todesopfer jährlich) mit verheerenden sozioökonomischen Folgen</li> <li>- Neue Einkommensquelle für die ländliche Bevölkerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nutzungsrecht der sog. Drittweltländer für ihre Bioressourcen (Rio-Konvention),</li> <li>- Nachhaltiger Beitrag zur Arterhaltung geleistet durch Inkulturnahme (feldmäßiger Anbau) einer indigenen Heilpflanze</li> </ul>	Keine	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Forschungsprojekt zur Entwicklung eines neuen Malariamittels basierend auf indigenen Heilkräutern zum Verkauf zu erschwinglichen Preisen</li> <li>- Auf die „verheerenden sozioökonomische Folgen“ und destabilisierenden Faktoren von Malaria wird nicht näher eingegangen</li> </ul>	Unternehmen aus Indonesien & Deutschland
2	Nein	Keine	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hohe Schadstoffemissionen durch 5000 Busse mit veralteten Motoren</li> <li>- Entlastungen für die Umwelt sowie Reduzierung der Abhängigkeit vom Erdöl- und Dieselkraftstoffimport</li> </ul>	Steuerungskomitee aus versch. Interessensgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Pilotvorhaben zum Nachweis, dass die Bereitstellung umweltgerechter Stadtverkehrsbusse im öffentlichen Nahverkehr Jakartas ökonomisch, technisch und ökologisch sinnvoll ist.</li> <li>- Sehr technische Projektinformation</li> </ul>	Unternehmen aus Deutschland (multinationaler Konzern)
3	Nein	Keine (spezialisierte Bildungsmaßnahme)	Nein	Keine	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Drei Pilottrainingszentren zum Trainieren von Multiplikatoren mit dem Ziel, Produktivität zu erhöhen.</li> <li>- Automatisierung soll entwickelt werden &amp; Personal zur Wartung geschult. Ob Automatisierung auch Arbeitsplätze ersetzt wird nicht thematisiert.</li> </ul>	Unternehmen aus Deutschland (multinationales Unternehmen)

	<b>Wird Instabilität oder Konflikt direkt thematisiert?</b>	<b>Welche indirekten Konfliktbezüge werden durch den Inhalt des PPP Projektes erfasst?</b>	<b>Gibt es einen Umwelt / Ressourcenbezug? Wie wird er dargestellt?</b>	<b>Welche konflikt-sensiblen Maßnahmen sieht die PPP Umsetzung vor?</b>	<b>Kommentar</b>	<b>Privatsektor beteiligung</b>
4	Nein	- Bekämpfung von Ernteverlusten	Effektive Schädlingsbekämpfung durch Saatgutbeize, Spritzmittel & Training sowie Einführung eines Locusten-Frühwarnsystems	Keine	- Der Mangel an Locusten - Bekämpfungsmaßnahmen wird mit einer „mangelnden örtlichen Leistungsstruktur“ begründet, ohne diese genauer zu beschreiben. - Sehr technische Projektinformation	Unternehmen aus Deutschland
5	Nein	Keine (spezialisierte Bildungsmaßnahme)	Nein	Keine	- Qualifizierung von Unternehmenstechnikern, Trainern und Lehrern aus öffentlichen Institutionen im Bereich Automation. - Sehr technische Projektinformation	Indonesisches Büro eines deutschen, international tätigen Konzerns
6	Nein	- Sicherung und Erweiterung von Arbeitsplätzen durch Qualifizierung und Steigerung der maschinellen Leistungsfähigkeit	Holzindustrie	Keine	- Keine Erwähnung von Nachhaltigkeit, Korruption oder Konfliktrichtigkeit des Holzsektors in Indonesien! - Rein technische Projektinformation zu einem rein technischen Projekt (Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der indonesischen Holzindustrie)	Deutscher Industrieverband & Indonesischer Industrieverband (durch GTZ gefördert)
7	Nein	- Wirtschaftliche Förderung der lokalen Industrie	Nein	Keine	- Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Aus- und Weiterbildungssektor	Deutsches Unternehmen (Fairer Handel)

	<b>Wird Instabilität oder Konflikt direkt thematisiert?</b>	<b>Welche indirekten Konfliktbezüge werden durch den Inhalt des PPP Projektes erfasst?</b>	<b>Gibt es einen Umwelt / Ressourcenbezug? Wie wird er dargestellt?</b>	<b>Welche konfliktsensiblen Maßnahmen sieht die PPP Umsetzung vor?</b>	<b>Kommentar</b>	<b>Privatsektorbeteiligung</b>
8	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umgang mit Waldressourcen soll verbessert werden</li> <li>- Aufhebung struktureller Defizite der Planungsbehörde</li> </ul>	Enorme Überkapazitäten der Holzverarbeitenden Industrie belasten die verbliebenen Waldressourcen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zusammenarbeit mit den Provinzbehörden,</li> <li>- Situations- und Bedarfsanalyse für die allgemeine Raum- und Forstplanung,</li> <li>- Pilotprojekt zur Erstellung eines systematischen, partizipativen Ansatzes für die Flächennutzungs- und Raumplanung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Probleme von Überkapazitäten der Holzverarbeitenden Industrie werden angesprochen jedoch nicht näher erläutert</li> <li>- Kein expliziter Bezug zu Konflikte / Korruption</li> </ul>	Europäisches Unternehmen (multinational)
9	Nein	Keine (spezialisierte Bildungsmaßnahme)	Nein	Keine	- Aufbau eines Weiterbildungszentrums für Hydrauliktechnik	Deutsches Unternehmen
10	Nein	- Beitrag zur Arbeitsplatzbeschaffung und zur Armutsminderung in ländlichen Regionen	- Nein (Qualitätsverbesserung bei der Produktion von Gold- und Silberschmuck; der Fokus liegt auf der Produktion, nicht der Rohstoffbeschaffung)	Keine	- Stärkung der Exportfähigkeit der balinesischen Schmuckindustrie durch die Einführung von Technologien, Qualifizierung von Handwerkern und die Entwicklung von absatzfähigen Schmuckkollektionen	Unternehmen aus Deutschland KMU